Nr. 208. 12. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1895 unter Nr. 7149.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 6. September 1895. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Abschrift. In der Strafsache gegen den Redakteur Adam und Genossen wegen öffentlicher Beleidigung durch die Presse und bezw. zugleich wegen Vergehens wider die öffentliche Ordnung — J. I A. 76 94 — hat die zweite Strafkammer des Königlichen Landgerichts I zu Berlin am 9. Mai 1894 für Recht erkannt, 1. daß der Redakteur Robert Schmidt zu Berlin, geboren am 15. Mai 1864 zu Berlin, Dissident, zuletzt Soldat gewesen, der wiederholten Beleidigung durch die Presse schuldig und deshalb mit fünf Monaten Gefängniß zu bestrafen, 2. pp., 3. dem Königlichen Polizeipräsidenten zu Berlin die Befugniß zuzusprechen, die Verurtheilung der Angeklagten binnen vier Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urtheilstenors auf Kosten der Angeklagten, und zwar des Angeklagten Schmidt durch das Hauptblatt der Zeitung „Vorwärts", und zwar an der Spitze des genannten Blattes, bekannt zu machen, 4. alle Exemplare des Hauptblattes der Nr. 15 des „Vorwärts" vom 19. Januar 1894 und der Nr. 16 desselben Blattes vom 20. Januar 1894, sowie der 1. Beilage zu Nr. 17 des „Vorwärts" vom 21. Januar 1894, sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen unbrauchbar zu machen. Von Rechts Wegen.

Der Trade Unions-Kongreß in Cardiff.

Mit bezug auf den Trade Unions-Kongreß in Cardiff wird uns von unserem Londoner Korrespondenten geschrieben:

Selten noch hat ein Gewerkschafts-Kongreß so sehr die Presse im voraus beschäftigt, wie der diesmalige Jahres-Kongreß der englischen Gewerkschaften, der heute in Cardiff (Süd-Wales) eröffnet wird. So sensationell die Kongresse von Dundee, Liverpool, Newcastle und Norwich waren, so kam doch bei ihnen die Wirkung auf das große Publikum hinterher. Diesmal aber ist die Sensation schon da, alle größeren Blätter, die „Times" voran, diskutirten den Kongreß im Voraus und nahmen Stellung zu Fragen, die eigentlich nur die Gewerkschaften selbst angehen oder wenigstens keine direkte Beziehung zur allgemeinen Politik und dem Wirthschaftsleben der Nation haben.

Es handelt sich um die Abänderungsbestimmungen über die Zusammensetzung und Geschäftsordnung des Kongresses, welche das Parlamentarische Gewerkschaftskomitee auf grund eines etwas zweideutig gefaßten Auftrages des vorjährigen Kongresses (Norwich) ausgearbeitet und ohne weiteres bereits für den diesjährigen Kongreß als bindend proklamirt hat. Dieselben betreffen drei Punkte:

1. Zulassung keiner Delegirten zum Kongreß, die nicht in dem Berufe, den sie vertreten, thatsächlich arbeiten oder bezahlte Beamte des Gewerkvereins sind, der sie entsendet.
2. Aberkennung des bisherigen Rechts der lokalen Gewerkschaftskomitees („Trades Councils"), sich durch eigene Delegirte am Kongreß vertreten zu lassen.
3. Ersetzung der bisherigen Abstimmung nach Köpfen durch Abstimmung nach der Zahl der vertretenen Gewerkschaftsmitglieder.

Alle diese Bestimmungen richten sich gegen Zustände, über die schon lange Klage geführt wird und bezüglich deren schon auf früheren Kongressen Remedur verlangt wurde. Die bisherige Vorschrift über die persönliche Qualifikation der Delegirten — daß dieselben Lohnarbeiter sein oder gewesen sein müßten — war zum mindestens inkonsequent. Auf der einen Seite legte sie den Gewerkvereinen bei der Wahl ihrer Delegirten eine Fessel auf, und auf der anderen verhinderte sie doch nicht, daß Leute auf dem Kongreß erschienen, die sicher nicht mehr dazu berufen waren, als etwa ein bewährter Sozialist oder auch nur Sozialreformer bürgerlicher Abkunft. Die Sondervertretung der Trades Councils ist wiederholt als Doppelvertretung angegriffen worden, die sie in der That auch darstellt, und bei der Abstimmung nach Köpfen der gerade Anwesenden wurden wiederholt die großen, leistungsfähigen Gewerkschaften von den kleinen Vereinen, von denen viele nur ein Scheindasein führen, überstimmt. Daß an alledem geändert wurde, ist also begreiflich, und fraglich ist nur, ob die Aenderungen die rechten Verbesserungen des bisherigen Zustandes sind, und ob das Parlamentarische Komitee berechtigt war, sie kurzweg zu proklamiren und nach ihnen bereits über die Mandate des gegenwärtigen Kongresses zu bestimmen. Die Resolution von Norwich, die ihm die dort vorgelegten betreffenden Abänderungsvorschläge überwies, läßt diese Auslegung zu, schwerlich aber haben die ihr Zustimmenden sie so verstanden, und jedenfalls ist es ein nicht gerade sehr demokratisches Verfahren, eine so durchgreifende Aenderung einzuführen, ohne der konstituirenden Vertretung, von der das Parlamentarische Komitee sein Mandat hat, Gelegenheit zu geben, sich darüber zu äußern. Es ist nicht zu unrecht das Wort Staatsstreich darauf angewendet worden.

Bis soweit betrifft es aber, wie gesagt, eine interne Angelegenheit der Gewerkschaften, die das große Publikum und die politische Welt kalt lassen könnte. Was sie für diese interessant macht, ist, daß sich die Spitze des Staatsstreichs gegen den Sozialismus wendet, wie derselbe durch die Independent Labour Party vertreten wird. Es ist ein Staatsstreich der alten — im weiteren Sinne — konservativen Gewerkschaftler, repräsentirt in erster Reihe durch James Mawdslei von den Spinnern, und gewisser, der Independent Labour Party aus persönlichen oder taktischen Gründen feindseliger Elemente, deren ausgeprägtester Vertreter John Burns ist. Die Independent Labour Party hat in Norwich den Gewerkschafts-Kongreß für sich erobern und ihren Sekretär Tom Mann zum parlamentarischen Gewerkschaftssekretär machen wollen. Sie war durch geschicktes Manövriren nahe daran, ihr Ziel durchzusetzen, aber sie hat etwas zu früh die Frucht einheimsen wollen, und vorerst nur die Wirkung erzielt, daß ihre Gegner ihre ganze Kraft eingesetzt haben, einem gleichen Manöver im vorhinein die Spitze abzubrechen.

Die neuen Vorschriften schließen theils die Elemente aus, auf die die Independent Labour Party sich zur Zeit vorzugsweise stützt, theils neutralisiren sie deren Stimmen. Die großen Gewerkschaften sind bis jetzt in der Masse und noch mehr in ihrer Vertretung mit überwiegender Mehrheit Gegner derselben, und nach den neuen Vorschriften würden bei jeder Frage, wo die großen Gewerkschaften zusammengehen, ihre Stimmen die Masse der mittleren und kleineren Gewerkschaften einfach erdrücken. Wie einige der großen Gewerkschaften erklärt haben, daß wenn der alte Abstimmungsmodus mit der Ueberstimmung der Großen durch die Kleinen beibehalten wird, sie den Kongreß einfach nicht mehr beschicken würden, so stehen jetzt die Kleinen vor derselben Frage, ob es für sie einen Zweck hat, einen Kongreß zu beschicken, wo sie durch eine Handvoll Vertreter der großen Verbände einfach erdrückt werden können. Es sind auch Drohungen in diesem Sinne gefallen, und wenn auch nicht sehr wahrscheinlich, liegt eine Spaltung des Kongresses immerhin im Bereich der Möglichkeit.

Nun sind aber die „Großen" selbst nicht durchweg einig. Und über die Frage, ob die neuen Vorschriften sofort bindend sein sollen, herrschte selbst im Parlamentarischen Komitee große Meinungsverschiedenheit, und nur dadurch, daß der Vorsitzende, David Holmes von den Webern, sich auf die Seite der sie Bejahenden stellte, kam eine Mehrheit für diese heraus. Leute, die keineswegs allzu gut mit der Independent Labour Party stehen, wie J. H. Wilson von der Matrosen-Union und der alte Broadhurst — beide bei den jüngsten Wahlen als Liberale ins Parlament gewählt, stimmten mit W. Thorne von der Gasarbeiter-Union und anderen stramm gegen die sofortige Proklamirung der neuen Bestimmungen und gegen die eine oder die andere dieser selbst. Es wird also, soweit diese Bestimmungen in betracht kommen, keineswegs die Abstimmung sich ganz nach der Schablone machen: Hier Große, hier Kleine, hier Gegner, hier Freunde der Independent Labour Party, hier Konservative, hier Radikale, die wunderlichsten Kreuzabstimmungen stehen vielmehr in Aussicht. Alle möglichen Motive, Doktrinarismus und persönliche Rancüne, Prinzipientreue und Geschäftspolitik kommen hüben und drüben in betracht und nehmen der Abstimmung ein gutes Stück derjenigen Bedeutung, die ihr sonst beiwohnen würde. Sie ist nur wichtig wegen der Folgen die sich möglicherweise an sie knüpfen werden, wie die ganze Angelegenheit wichtig ist als Symptom der Gährung, welche die Bewegung erfaßt hat. Wenn dieser Brief gedruckt sein wird, wird auch vielleicht schon die Abstimmung vorliegen und jedenfalls ist so nahe vor der Entscheidung jede Spekulation über sie zwecklos.

Außer dieser Frage, die nur indirekt und, wie wir gesehen haben, sehr unbestimmt die Sozialdemokraten in Mitleidenschaft zieht, ist dem Kongreß eine zweite gestellt, die direkt gegen den Sozialismus zielt: ein Antrag liegt vor, die „kollektivistische" Resolution des Kongresses von Norwich zu widerrufen. Ihm ist, falls der neue Abstimmungsmodus in kraft tritt, die Annahme fast sicher, denn die Bergarbeiter-Delegirten, die alsdann allein beinahe halb soviel Stimmen haben als der ganze Kongreß, haben sich schon für ihn erklärt, und die Textilarbeiter werden sich ihnen anschließen. Ueber diese „Niederlage des Sozialismus" mögen sich dann die bürgerlichen Blätter nach Herzenslust freuen, die Sozialdemokratie wird sie ertragen können. Für uns kann es immer nur angenehm sein, genau zu wissen, wo wir stehen, und daß die große Mehrheit, mit der der besagte Antrag in Norwich angenommen wurde — 219:61 — im höchsten Grade täuschend war, darüber herrschte schon bei den ruhigen Beobachtern jenes Kongresses kein Zweifel, und die Wahlen haben es zur genüge bestätigt. Eine Masse von Delegirten stimmte für die Resolution nicht aus tiefer, innerer Ueberzeugung, sondern aus Konvenienz und weil sie für die Praxis zu garnichts verpflichtete. Und damit man nicht etwa annehme, dies sei nur gesagt, um die Traube nachträglich für sauer erklären zu können, füge ich hinzu, daß selbst die sozialistischen Blätter im vorigen Jahre es rügten, wie wenig ernst es die Delegirten mit ihrer Abstimmung genommen. Andererseits aber muß bemerkt werden, daß die jetzige Gegnerschaft gegen die Resolution von Norwich zu einem großen Theil weit weniger ihrem prinzipiellen Inhalt, den Zielen der Sozialdemokratie gilt, als der derzeitigen politischen Taktik der sozialdemokratischen Parteien in England. Es ist bei vielen die Rückwirkung gegen die Art, wie verschiedene Vertreter dieser Parteien oder Parteiansätze ihre Steckenpferde in den Vordergrund geschoben und dabei wichtige Interessen weiter Kreise der Arbeiter beeinträchtigt haben. Es ist schon recht, daß die Sozialdemokratie der übrigen Arbeiterschaft als Avantgarde vorangeht, aber wenn sie sich daraufhin das Recht vindizirt, mit deren aktuellen Interessen nach Belieben umspringen zu können, wird sie die Gefahr einer Reaktion in deren Reihen heraufbeschwören, vor allem in einem Lande, wo der Polizeidruck fehlt und alle sonstigen Vorbedingungen, die ein künstliches Band zwischen Sozialdemokratie und dem Gros der Arbeiterschaft herstellen könnten. Man sehe z. B. nur, wie hier die bürgerliche Presse sich zu der Krisis in dem Gewerkschaftskongreß stellt. Liberale Blätter, die sonst Burns nicht genug preisen können, nehmen diesmal offen gegen ihn Partei oder reden ihm ins Gewissen, es nicht auf eine Spaltung des Kongresses ankommen zu lassen, und selbst konservative Blätter erklären, daß, so sehr sie oft die Beschlüsse des Kongresses hätten bekämpfen müssen, sie eine Spaltung dieses Parlaments der Arbeit nicht anders als ein höchst bedauerliches Ereigniß, als eine schwere Beeinträchtigung einer berechtigten und werthvollen nationalen Institution beklagen würden.

* *

Ueber die Beschlüsse des Kongresses wird telegraphirt:

Der Gewerkvereins-Kongreß beschloß, gemäß der neuen Geschäftsordnung, vom Kongreß alle Delegirten auszuschließen, welche nicht eigentliche Arbeiter sind. Ausgeschlossen sind somit Tom Mann und Burns, sowie alle Trade Councils und ferner Delegirte, die nicht bezahlte Arbeiterbeamte von Trades-Unions sind. Dann wurde mit großer Mehrheit ein Antrag zu gunsten des Achtstundentages angenommen, wovon nur die Bergarbeiter ausgenommen sein sollen, ferner eine Resolution, welche die schleunige Abschaffung des Oberhauses verlangt, und eine, wonach der parlamentarische Ausschuß angewiesen wird, die Zahlung von Diäten an die Parlamentsmitglieder nochmals im Parlament zur Sprache zu bringen.

Gekrönte Worte.

Unsere Parteipresse hat sich anläßlich der letzten Ereignisse wacker gehalten und sich in keiner Weise einschüchtern lassen. Wir sind leider nicht in der Lage, aus derselben große Auszüge zu veröffentlichen. Nur mit dem folgenden Artikel der „Leipziger Volkszeitung" wollen wir eine Ausnahme machen:

Die Belgier hatten gerade, im Oktober 1830, sich von den Niederlanden losgerissen, die Holländer belagerten Antwerpen, die revolutionäre Bewegung ging hoch. Da schrieb am 5. November 1830 der preußische General von Rochow an den preußischen Generalpostmeister von Nagler: „Ich nehme mir die Freiheit, von einem Diner zu sprechen, welches nach der Parforcejagd am St. Hubertustage im Schloß Grunewald stattgefunden. Es ist dabei etwas tumultuarisch zugegangen. Die königlichen Prinzen haben, obwohl sie viele Personen eingeladen hatten, die solche Herren gewöhnlich nicht in einem etwas exaltirten Zustande sehen, heftige Gesundheiten ausgebracht. Bei dieser Gelegenheit gingen einige Gläser entzwei, auch litten mehrere Fensterscheiben." Und Varnhagen von Ense, der unerbittliche Prokop des preußischen Hofes, schreibt in seinen Blättern zur preußischen Geschichte: „Bei dem Jagdfest im Grunewald waren die königlichen Prinzen sehr lustig, in Gegenwart von 50 Gästen und aller Bedienung wurde laut angestoßen auf baldigen Krieg, auf Untergang der Belgier, auf Sieg der guten Sache, Theilnahme der Preußen daran ꝛc. Der Kronprinz (der spätere Friedrich Wilhelm IV.), Prinz Wilhelm (Wilhelm I.), Prinz Karl und Prinz Albrecht brachten diese Toaste unter allgemeinem Beifallsjubel aus." Es war in jenen Tagen, als Prinz Karl über die „jammervolle Bettelgarde in Paris" spottete, die „sich Nationalgarde nenne", einige Monate nur, nachdem der Bürgerkönig in wilder Flucht aus Schloß und Reich entwichen war, und der Prinz vermaß sich großer Dinge: „Ich habe erst heute vier Generale gesprochen: die sagen alle, die Sachen hätten gute Wege, man müsse nur frisch drauf losgehen."

Trotz der in wohliger Dinerstimmung, beim Klange der Schaumweinkelche, beim Splittern des an die Wand geschleuderten Krystalls mit keckem Muthe ausgebrachten Prinzentoaste schuf sich das belgische Volk seine Heimath, seine Verfassung, seine Freiheit. Mächtiger als der Hochgefürstete Wille war die eherne Wucht der Entwickelung, die alte, abgestorbene Bildungen durch neue Formen mit neuem Inhalte ersetzte. Aus dem Schooße der Nothwendigkeit werden die Geschicke der Menschheit geboren und auch die taumelnde Willkür einzelner wird von den geschichtlichen Mächten am seidenen und doch unzerreißbaren Fädchen gelenkt.

Achtzehn Jahre später, am 19. März, trug das arbeitende Volk von Berlin die auf den Barrikaden Gefallenen in den Schloßhof, und tausendstimmig erscholl der Ruf: „Der König soll kommen!" Auf der inneren Gallerie erscheinen der König und die Königin, bleich, angegriffen. Es wird still. Eine Stimme ruft: „Mütze herunter!" und Friedrich Wilhelm IV., der bittere Hasser des „Undergeruchs der Revolution", der geistreiche Toastredner vom Jagdschlosse Grunewald, entblößt das Haupt vor der schweigenden Majestät des Heldentodes. Derselbe Friedrich Wilhelm IV. ist's, von dem der Hof-Geschichtsschreiber des Hohenzollernhauses schreibt: „Jetzt zum ersten Mal erschien auch in dem Fürstenhause der Hohenzollern ein widerspruchsvoller problematischer Charakter, dem das tragische Schicksal beschieden war, sich selber und der Welt ein Räthsel zu bleiben, seine Zeit zu verkennen und von ihr verkannt zu werden."

Und etwa um dieselbe Stunde, acht Tage später, erschien der andere Prinz, der später nicht blos die preußische Krone, sondern auch den Kaisermantel tragen sollte, ein Flüchtling vor der gerechten Wuth des Volkes, im Hause des preußischen Gesandten Christian Karl Josias von Bunsen in London, ein Landfremder, auf dessen Berliner Palais in kräftigen Zügen das Wort: Nationaleigenthum stand, derweil der Besitzer als Kaufmann Lehmann geflohen war. Am 29. März war der Prinz von Preußen bei Bunsen in Carlton Terrace Nr. 4. Wie stand es um die „gute Sache", die im Grunewald bei perlendem Sekte gefeiert worden war? „Der Prinz," schreibt Bunsen, „stellte sich zum gemeinschaftlichen Frühstück ein und war sehr liebenswürdig. Frances hatte einen Armsessel herbeigeholt und in die Mitte des Tisches gerückt. Aber der Prinz stellte ihn selbst weg und nahm einen anderen mit den Worten: „Man muß Demuth üben, denn die Throne wackeln." . . . Er erzählte alles, was er von den furchtbaren Ereignissen wußte." Am 18. März, während des Berliner Barrikadenkampfes, hatte der jetzt so demüthige Prinz, der spätere „Heldenkaiser", die Soldaten, die die ersten Gefangenen in den Schloßhof brachten, meist armselige Leute, Krüppel, die nicht schnell genug hatten fliehen können, schwächliche Alte und unreife Jungen, die darauf in den Schloßkeller gebracht und arg behandelt wurden, heftig angefahren: „Grenadiere, warum habt Ihr die Hunde nicht auf der Stelle niedergemacht?"

Thatsachen sind hartnäckige Dinger, und auch der starrköpfige Hohenzoller fand, daß sie stärker waren als er. Er hatte auf seiner Flucht sich verkleiden und den Schnurrbart abschneiden müssen, war dennoch auf der Eisenbahn erkannt worden, hatte sie verlassen, war zu Fuß querfeldein gewandert und mußte auf Nebenwegen sich davonschleichen. Auf den Bahnhöfen, in Ludwigslust, in Hamburg hatten tausende feindselig ihn erwartet. Der preußische Generalkonsul Oswald in Hamburg schiffte ihn dann nach England ein. Und die ganze Fluchtgeschichte ließ sich darauf ein anderer der Toastprinzen, Prinz Albrecht, bei der Mittagstafel von Oswald erzählen. „Die brüderliche Theilnahme erschien den meisten als brüderliche Bosheit, das alles an voller Tafel wiederholen zu lassen!"

Solcher Widerspruch zwischen dem absterbenden „Wirklichen", das, wie Hegel sagt, „nicht mehr vernünftig" und dem Vernünftigen, das „noch nicht wirklich ist," aber mit elementarer, revolutionärer Kraft zum Dasein drängt, findet sich stets in jenen Zeitaltern des stürmischen Uebergangs von einer Geschichtsperiode zur andern, wo alte, befestigte Ideen und Besitzzustände daran sind, von neuen Grundsätzen und jugendfrischen Einrichtungen abgelöst zu werden. Die Herrschenden, die sich dann mit verdoppelter Zähigkeit an ihre schwankenden goldenen Sessel klammern, da doch schon der vulkanisch unterwühlte Boden unter dem Herrentritte bebt, sie alle, mögen sie den Hermelin des Fürsten tragen oder als Klasse ungekrönt gebieten, sind dann Romantiker auf dem Throne der Cäsaren.

David Friedrich Strauß, der geniale Forscher, hat in seiner glänzenden Streitschrift: Der Romantiker auf dem Thron der Cäsaren oder Julian der Abtrünnige, jene alle und nicht blos Friedrich Wilhelm IV. gezeichnet. „Wie jede neue Epoche in der Geschichte der Menschheit", sagt Strauß, „durch einzelne Zeichen vorherverkündigt zu werden pflegt, wie jede neue, in das Leben der Menschen tief eingreifende Wahrheit sich versprengte Boten vorausschickt, welche sie vorzeitig einem noch unempfänglichen Zeitalter predigen, so geschieht es auf der anderen Seite, daß einzelne es versuchen, einen Zustand des Menschengeschlechts, der für dasselbe nicht mehr geeignet ist, zurückzuführen, indem sie noch einmal recht kräftig aussprechen, was doch seine Herrschaft über die Menschen nicht mehr erhalten kann. Der Unmöglichkeit, das Verfaulte durch sich selbst wieder frisch zu machen, sich bewußt, sehen sich diese Männer nach einer Würze um, nach einem Salze . . . Romantische Politiker sehen in der Wiederholung des mittelalterlichen Feudal- und Ständewesens das einzige Heilmittel für den modernen Staat; ein romantischer Fürst endlich wäre derjenige, der, in den Vorstellungen und Bestrebungen der Romantik aufgenährt, dieselben durch Regierungsmaßregeln in die Wirklichkeit überzusetzen den Versuch machte."

Wo aber sind die geschichtlichen Stellen, wo Romantik und Romantiker aufkommen können? Es sind solche Epochen, sagt Strauß, „wo einer altgewordenen Bildung eine neue gegenübersteht, welche, noch unfertig und unausgebildet, in Vergleichung mit den entwickelten Positionen vor jener als negativ erscheint. Auf solchen Marksteinen der Weltgeschichte werden Menschen, in denen Gefühl und Einbildungskraft das klare Denken überwiegt, Seelen von mehr Wärme als Helle, sich immer rückwärts, zum Alten kehren .... Da sie aber von dem ihnen widrigen Prinzipe, als Kinder ihrer Zeit, mehr als sie wissen, selbst auch durchdrungen sind, so wird das Alte, wie es sich in ihnen und durch sie reproduzirt, nicht mehr das . . . ursprüngliche Alte sein .... Den Widerspruch und die Unwahrheit, die hierin liegen, verbirgt sich jenes gemüthliche Bewußtsein durch ein phantastisches Dunkel . . . Weswegen denn Selbstverblendung und innere Unwahrhaftigkeit zum Wesen jeder Romantik gehören."

Sehen wir nicht an Friedrich Wilhelm IV., diesem klassischen Typus des Romantikers, wie er, in mystische Frömmigkeit versenkt, der eifrigste ist in den gottesdienstlichen Veranstaltungen? Für solchen sehnsuchtsvollen Beter ist, wie für den römischen Kaiser Julianus, kein Weg zum Tempelbesuche zu weit oder zu beschwerlich, keine Hitze zu groß.

Mit dem religiösen Gefühl paarte sich bei Friedrich Wilhelm IV. die Lust an der Rede und die Kunst, öffentlich zu sprechen. „Wenn er," sagt Treitschke, „in öffentlicher Versammlung sprach, dann bezauberte er alles, ein geborener Redner . . . Und doch mangelte diesem glänzenden Geiste das ursprüngliche schöpferische Vermögen und damit das Geheimniß aller Menschengröße, die innere Einheit." Er schwankte von Ansicht zu Ansicht, von Gefühl zu Gefühl, und die vollendeten Thatsachen fanden ihn jedesmal als einen anderen. Der tragische Ausgang dieses Königs ist bekannt.

Lehrreich sind die Thatsachen der Vergangenheit. Wilhelm I., so sehr er uns als der selbstherrliche Repräsentant des engherzigen Junker- und Soldatenstaates erscheint, lernte durch die Härte der Erfahrungen auf die schönen Turniere der Rhetorik verzichten. Aus seiner langen Regierungszeit — dreißig Jahre sind es gewesen — weiß der Historiker von öffentlichen Reden des bedachtsam sich zurückhaltenden Mannes, der für seine dynastischen Zwecke sich klug die richtigen Männer stets ausgewählt und an ihnen festgehalten hat, so gut wie gar nichts zu berichten. Einige Oktavblättchen des Geschichtskalenders füllten sie kaum.

Nach Friedrich Wilhem IV. ist es erst wieder sein Großneffe, der dritte preußische König nach ihm, Kaiser Wilhelm II., der in der kurzen Zeit seiner nun siebenjährigen Regierung durch häufige Toaste, Trinksprüche, Reden und Ansprachen sei es an Abordnungen der verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Gruppen, sei es an zu vereidigende Rekruten oder an die Elite des Offizierkorps seine Stellung zu den die Welt bewegenden Fragen offen und „ohne ministerielle Bekleidungsstücke", um mit Bismarck zu sprechen, dargelegt hat. Man könnte traun damit jetzt schon ein stattliches Bändchen füllen.

In unseren Tagen, da der Herrscher im kräftigen Schwunge seines zur Bethätigung lebhaft drängenden Temperaments politische und soziale Streitfragen persönlich, ohne die Vermittelung verantwortlicher Minister, erörtert und über Parteien und Grundsätze sein subjektives Urtheil fällt, in dieser Aera des persönlichen Regiments hat die Kritik einen schweren Stand. Soll sie aber ihre Pflicht, dem Gemeinwesen zu nützen, ehrlich erfüllen, so muß sie mit dem schon durch das Strafgesetzbuch gebotenen Respekt, aber ohne Scheu und geradeheraus die Worte des Reichsoberhauptes abwägen.

In blendender Pracht, mit kriegerischem Prunke ist das Sedanfest in Berlin begangen worden, und die offizielle Begeisterung hat hohe Wogen geschlagen. Bei den Myriaden Schaulustiger, den vielen Zehntausenden Abhängiger, Indifferenter und Interessirter ist die Kundgebung natürlich glänzend verlaufen, trotzdem Berlin eine sozialdemokratische Stadt ist; die Wahlziffern beweisen es. In dem Feiertagsjubel des 2. Septembers hat der Kaiser nun, und nicht zum ersten Mal, den Kreuzzug aller Gutgesinnten gegen den Umsturz gepredigt. Ihm ist es ernst mit diesem Kampfe. In Königsberg hörten wir dieselbe Weise schon; der Zusammenbruch der Umsturzvorlage kröne freilich den Feldzug gegen den Sozialismus nicht mit schönem Erfolge.

Doch lassen wir einmal den Kaiser über die soziale Bewegung selber sprechen, um ihn, wie es der historisch Denkende soll, zu begreifen.

Der Kaiser beim Empfang der Kaiserdelegirten aus dem Ruhrkohlen-Revier, unter denen auch der „Zuchthäusler" Schröder, am 14. Mai 1889:

Für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind.

Der Kaiser beim Empfang der rheinisch-westphälischen Bergwerksbesitzer am 16. Mai 1889:

Er wirft ihnen vor, daß sie sich nicht in genügender Fühlung mit den Arbeitern hielten. Es sei menschlich natürlich, einen möglichst günstigen Lebensunterhalt zu erwerben. Die Gesellschaften sollten dafür sorgen, daß die Arbeiter Gelegenheit hätten, ihre Wünsche zu formuliren.

Der Kaiser beim Empfang der Göttinger Hochschule, September 1889:

„Daß die grundstürzenden Bestrebungen der Sozialdemokratie so viele Köpfe und Herzen verwirren, kommt daher . . .

Aus den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890:

Es ist die Aufgabe der Staatsgewalt, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirthschaftlichen Bedürfnisse und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern sind gesetzliche Bestimmungen über die Frauen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, die ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten .... betheiligt waren. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen.

Der Kaiser auf dem Diner des brandenburgischen Provinzial-Landtages im März 1890:

Er erwähnt seine Arbeiterschutzgesetzpläne und erklärt: Es ist meine Aufgabe, das mir von Gott anvertraute Pfund zu mehren. Diejenigen, welche sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere ich.

Der Kaiser auf einem Festessen in Breslau während der schlesischen Manöver, September 1890:

Das gute Beispiel, das die Provinz Schlesien gegeben hat, möge ohne Unterschied der Parteien und der Konfessionen befolgt werden, daß unsere Bürger endlich aus dem Schlummer erwachen und nicht blos dem Staate und seinen Organen die Bekämpfung der umwälzenden Elemente überlassen, sondern selbst die Hand anlegen.

Des Kaisers Königsberger Tischrede am 6. September 1894:

Es mahnt uns alle an andere Pflichten, an den ernsten Kampf wider die Bestrebungen, die sich gegen die Grundlagen unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens richten. Nun, meine Herren, an Sie ergeht jetzt mein Ruf: Auf zum Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung, gegen die Parteien des Umsturzes.

Des Kaisers Tischrede am 2. September 1895 an die Garde:

Eine Rotte von Menschen, nicht werth, den Namen Deutscher zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die uns geheiligte Person des allverehrten verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen. Möge das gesammte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen! Geschieht es nicht, nun so rufe ich Sie, um der hochverrätherischen Schaar zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen.

Eine Folge von Reden ist's, die in aufsteigender Linie die sozialpolitischen Ansichten des deutschen Kaisers offenbaren und in dem Sedan-Trinkspruche gipfeln, dem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die „Hamburger Nachrichten" mit ihren Umsturzfanfaren stimmungsvoll präludirt hatten. Doch der Mächtigste auch steht im Banne des ökonomisch-sozialen Mittels, woraus er hervorgegangen ist. So sicher es ist, daß Wilhelm II. in immer stärkeren Accenten die mechanischen Zwangsmittel in der Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Besitzlosen als nöthig darstellt, die geschlossene Macht der organisirten Arbeiterklasse ist ein Faktor, der heute in jedem politischen Rechenexempel steht. Die „gesetzliche Gleichberechtigung", von der der Herrscher in dem Februarerlasse von 1890 spricht, gewährt der Sozialdemokratie die Möglichkeit, auf gesetzlichem und nur auf gesetzlichem Wege für ihre politischen und sozialen Ziele, deren Verwirklichung der großen Masse der Enterbten, der Armen und Elenden erst die Wohlfahrt und dadurch eine wahre Heimath, ein wirkliches Vaterland schaffen wird, zu wirken. Sie ist ein Stück der Verfassung. Eine neue Umsturzvorlage wäre aber ein neues Fiasko, nachdem die erste kaum unter dem Fluche der Lächerlichkeit begraben worden ist.

Ohne Bruch der Verfassung, ohne Staatsstreich kann der heutige Zustand nicht beseitigt werden. Und wir, die wir das Martyrium des Sozialistengesetzes durchkämpft haben, werden nie und nimmer die Hoffnungen jener Reaktion erfüllen, die auf den Straßenkampf lauert. Daß wir legal sind, ist unserer Widersacher brennender Schmerz. Keine Herausforderung sieht uns an; die Sozialdemokratie läßt sich nicht provoziren.

Das dräuende Bild des Bürgerkrieges, das ja der Kampf zur „Befreiung", der Appell des Kaisers an die Offiziere des Gardekorps heraufbeschworen, ist eine Luftspiegelung.

Nennt man uns eine „Rotte", auch diesen Ausnamen können wir tragen, so stolz wie die Freiheitskämpfer der Niederlande, die Geusen, den ihren.

Friedlich schafft das Proletariat im Befreiungskampfe für das große Kulturwerk der Zukunft.

Wer aber könnte auf dieser Bahn es zerschmettern?

* * *

Die vorstehenden Zitate der „Leipziger Volkszeitung" aus früheren Kaiserreden werden durch andere, die das „Hamburger Echo" zusammengestellt hat, in geeigneter Weise ergänzt:

Am Tage seiner Thronbesteigung wandte der Kaiser in erster Linie sich an die Truppen mit einem Armeebefehl, in dem es heißt: „So gehören wir zusammen — ich und die Armee — so sind wir für einander geboren, und so wollen wir unauflöslich zusammenhalten."

Gelegentlich einer Fahnenweihe am 18. März 1891 sagte der Kaiser: „Der Soldat und die Armee, nicht Parlaments-Majoritäten und -Beschlüsse haben das Deutsche Reich zusammengeschmiedet."

Bei einer Rekrutenvereidigung am 23. November 1892 erklärte er: „Der Soldat müsse unbedingten Gehorsam leisten, selbst wenn die militärischen Befehle dahin lauteten, gegen die Eltern und Brüder zu schießen."

Tags darauf, wiederum bei einer Rekrutenvereidigung, meinte er: „Der vornehmste Umgang für den Soldaten ist der Soldat, nicht das Zivil."

Am 5. Dezember 1894 schärfte er den Marinerekruten in Kiel ein: „Ihr tragt des Kaisers Rock, Ihr seid dadurch anderen Menschen vorgezogen und nehmt eine besondere Stelle ein."

Im März 1890 in einem Trinkspruche beim Festmahl des brandenburgischen Provinzial-Landtages erregte der Kaiser Aufsehen durch die Erklärung: er erachte es für seine Aufgabe, das ihm von Gott anvertraute Pfund zu mehren; „diejenigen, welche sich mir bei dieser Arbeit entgegenstellen, zerschmettere ich."

Bei einem Festessen des rheinischen Provinziallandtages im Mai 1891 entfuhren ihm die Worte: „Einer nur ist Herr im Reiche und der bin ich; keinen anderen dulde ich."

Nach seiner dem Provinziallandtag in Königsberg im Mai 1890 bei einem Festmahl gegebenen Versicherung haben die Hohenzollern „ihre Krone vom Himmel und die darauf ruhenden Pflichten nur dem Himmel gegenüber zu vertreten".

In das „goldene Buch" der Stadt München schrieb er das Wort: „Suprema lex regis voluntas", — „Der Wille des Königs ist das höchste Gesetz".

Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie!

gellt es auf der ganzen Linie der früheren Kartellparteien. Uns ist noch kein mittelparteiliches Blatt zu Gesicht gekommen, das nicht eingestimmt hätte in den Ruf. Auch Herr von Bennigsen, der ewige Staatsretter zur Disposition, hat die gute Gelegenheit nicht versäumen wollen, sich in seiner Glanzrolle auch bei dieser Gelegenheit vorzustellen. Aber über die schwunghaften, entrüstungsgeschwollenen Allgemeinheiten, die wir aus den Ergüssen seiner schreibenden Gesinnungsgenossen bereits genügend kennen, kommt auch er nicht hinaus. Wir hören nur immer, daß durchaus etwas geschehen soll und muß, aber was und wie, darüber bleiben uns die Staatsretter, die seit der Sedanrede des Kaisers zu einer neuen Hetze gegen die Sozialdemokratie den Muth gefunden haben, die Aufklärung schuldig. In dem Rufe nach Ausnahmegesetzen finden die Mittelparteien allerdings werkthätige Unterstützung bei den Konservativen. Mit Ausnahme des „Volks", das vor Ausnahmegesetzen warnt, sind die konservativen Organe alle dabei, aber von einem Kartell, das den verkrachten Mittelparteilern am Herzen liegt, wollen sie nichts wissen. Die „Kreuz-Zeitung", die ja ihrer ganzen Ueberlieferung nach stets in erster Stelle mit dabei sein muß, wenn Reaktionsbrei gekocht wird, ist das einzige Blatt, das ein Rezept entworfen hat, wie denn und in welcher Sauce die verhaßte Sozialdemokratie gesotten werden soll. Ihr Rezept lautet:

„Die Regierung stellt bestimmte, ihr unerläßlich erscheinende Grundsätze eines gesetzlichen Vorgehens gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie auf; ob als spezielle oder allgemeine Gesetzgebung gedacht, ob allein im Reich oder, was wohl zu erwägen, auch in Preußen, lassen wir für jetzt dahingestellt sein. Sie versucht eine vorherige Verständigung mit den Führern der allein in Frage kommenden Parteien, zu denen wir auch das Zentrum rechnen. Gelingt diese — was wir für Preußen bestimmt annehmen — nun gut. Gelingt es aber im Reichstag nicht, zu erreichen, was die Regierung, im Interesse der Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens im weiteren Sinne des Wortes fordern muß, so löse sie den Reichstag auf und appellire — und wenn es mehr als einmal nöthig wäre — an das Volk. Um alles aber hüte sie sich davor, der ungezügelten Agitation, wie es leider schon zweimal geschehen ist, auch nur irgend welchen Einfluß auf sich einzuräumen.

Man werfe uns nicht ein, unser Vorschlag sei weder neu, noch führe die Auflösung des Reichstags zum gewünschten Ziele. Das erstere ist richtig; aber das Alte behält, wo Neues kaum sich darbieten möchte, immer seinen Werth. Ob aber eine Auflösung, wenn eine auch zum äußersten entschlossene Regierung sie vornimmt, wenn unser Volk mit unzweideutiger Klarheit den vollen Ernst der Situation erkennt, des Erfolges entbehren würde, scheint uns doch sehr fraglich. Ueberall will das Volk geführt werden, es muß nur deutlich erkennen, von wem und wohin?

Darin liegt für uns die große Bedeutung der Rede Sr. Majestät, daß sie, hervorgerufen durch das treibende Gefühl tief innerlichster Entrüstung, doch im rechten Moment an das von gleicher Empfindung ergriffene Volk sich wendet. Hier sehe man ein. Stark und entschlossen stelle sich Se. Majestät mit seiner Regierung an die Spitze der Aktion. Sie wird gelingen. Täuscht der Glaube an die innere gesunde Kraft unseres Volkes, an das sich Se. Majestät wendet, kann dieses unter zielbewußter Leitung nicht mehr wie vor 25 Jahren den Feind, der seine Existenz bedroht, überwinden, — nun dann freilich könnte die Nothwendigkeit sich aufdrängen, an die Treue und den Muth des Heeres zu appelliren. Daß es aber dazu nicht kommen möge, ist der Wunsch aller derer, die mit Sr. Majestät noch nicht den Glauben an die sittliche Kraft unseres deutschen Volkes verloren haben."

Viel sagt das zwar nicht, aber doch etwas. Es zeigt wenigstens, daß diese Leute, die dem Appell des Kaisers an das gesammte Volk so eifrig widerhallen lassen, herzlich wenig Zutrauen dazu haben, daß das „gesammte Volk", oder auch nur dessen Mehrheit diesem Appell Folge leisten wird. Denn sonst würde die „Kreuz-Zeitung" nicht einer Aktion in Preußen, wo bekanntlich nicht das Volk, sondern nur eine kleine bemittelte Minderheit die Zusammensetzung der Volksvertretung bestimmt, den Vorzug gegeben haben, vor der im Reiche, in dem der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Reichstag ein ausschlaggebendes Wort mitzureden hat. Indem wir dieses unfreiwillige Eingeständniß der Schwäche registriren, können wir ruhig abwarten, ob man uns reichsgesetzlich oder preußisch unterdrücken will, vergeblich wird der Versuch auch diesmal sein.

Für ein anderes Zugeständniß sind wir der „Schlesischen Zeitung" verpflichtet. Dieses konservative Blatt spricht die Hoffnung aus:

„Wenn also wirklich noch einmal ein gesetzgeberisches Vorgehen in Aussicht genommen werden sollte, dann wird sich jedenfalls das Versteckenspiel des Caprivischen Entwurfs nicht wiederholen, sondern rund und offen gesagt werden, wer getroffen werden soll."

Man muß sich bei dem Lesen dieser Zeilen erinnern, mit welchem Aufwand von Worten damals von den Regierungsvertretern schriftlich und mündlich behauptet wurde, die Umsturzvorlage sei nicht gegen die Sozialdemokratie berechnet.

Daß das gesammte Volk für Ausnahmegesetze jedenfalls nicht ohne weiteres zu haben ist, ergiebt sich schon daraus, daß die Vertreter der Zentrumspartei und der verschiedenen freisinnigen Gruppen zunächst wenigstens sich durchweg dagegen erklären. Das bürgt allerdings nicht, wie die Vergangenheit lehrt, gegen Umfälle und Schachergeschäft

mit den Freiheitsrechten des Volkes. Vorderhand aber sind sie jedenfalls nicht dafür zu haben. Die meisten Organe jener Parteien suchen allerdings durch kindliches Geschimpfe auf die Sozialdemokratie ihre unentwegte Reichstreue zu bekunden.

So schreibt der zentrumspolitische „Aachener Volksfreund", von der „Germania" zustimmend zitirt:

„Wie aber soll nun die große Mehrheit des deutschen Volkes die Angriffe (der Sozialdemokraten) weiter zurückweisen? Doch nicht etwa durch den Erlaß eines — neuen Sozialistengesetzes? Einen solchen Gedanken hegt man doch nicht etwa in leitenden Kreisen? Fast sollte man freilich meinen, wenn man beobachtet, wie die reaktionäre Presse der Kartellparteien immer lauter nach einem solchen Gesetze schreit. Die leitenden Kreise mögen sich doch keiner Täuschung hingeben: der Entwurf eines neuen Sozialistengesetzes würde im Lande in den weitesten Kreisen auf den stärksten Widerstand stoßen und im Reichstage ganz gewiß keine Mehrheit finden. Der Weg des Ausnahmegesetzes ist heute gegen keine Partei mehr gangbar. Man beschreite nur energisch und nachhaltig den Weg der sozialen Reformen und es wird garnicht nöthig sein, mit Unterdrückungsmaßregeln gegen die Sozialdemokratie zu operiren."

Was die auswärtigen Zeitungen sagen, muß man in ihnen selbst nachlesen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 5. September.

Dem Kaiser sollen dem „Lokal-Anzeiger" zufolge in letzter Zeit auf seinen Befehl fortgesetzt Ausschnitte aus dem „Vorwärts" vorgelegt worden sein. Leider ist der „Lokal-Anzeiger" nicht in der Lage zu melden, ob auch unsere vorläufige Auslese aus den Briefen an den Freiherrn von Hammerstein dem Kaiser vorgelegt wurden. Der ganze „Vorwärts" ist nämlich noch viel interessanter als die von Hofschranzen zu bestimmten Zwecken zusammengeklebten Ausschnitte aus unserem Blatte. Aus dem in unserer letzten Nummer mitgetheilten Briefe des Herrn Hofprediger Stöcker kann man ersehen, auf welche Weise Leute, die durch Hintertreppenpolitik ihre Ziele erreichen wollen, den Kaiser zu beeinflussen suchen. —

Kaiser und Bürgermeister. Gleichzeitig mit dem Kaiser hat bei einem Festmahl der Stadt Berlin am Sedantage der Berliner Bürgermeister Kirschner sich über die Sozialdemokratie ausgesprochen. Auch er ist ein Gegner der Sozialdemokratie und glaubt sie bekämpfen zu müssen und überwinden zu können; aber der Ton, den er gegen uns anschlägt, ist doch ein anderer, als der, welcher der Rede des „obersten Kriegsherrn" das charakteristische Gepräge gab. Zum Vergleich theilen wir jenen Redesatz des Bürgermeisters Kirschner mit:

„Und wenn in diesen Tagen Glieder unseres Volkes in ihren nationalen Gefühlen nachzustehen scheinen und namentlich in der jetzigen festlichen Zeit in einer uns schmerzenden Weise wenigstens äußerlich mit ihren Empfindungen abseits stehen von der großen Menge des Volkes, so wollen wir doch nicht vergessen, daß auch sie unsere deutschen Brüder sind, daß auch sie in den Tagen des Kampfes treu zum Vaterlande gestanden haben, daß wir trotz aller Verirrungen stets bestrebt bleiben müssen, wozu ja die Gemeinden insbesondere berufen sind, durch Belehrung und liebevolle Fürsorge ihre Herzen wieder für die Allgemeinheit zu gewinnen."

Der Reichskanzler wird sich demnächst nach Petersburg begeben. Ob in privaten, seinen russischen Gutsbesitz betreffenden Geschäften oder ob zum Studium der russischen Regierungsmaßregeln zur Ausrottung des Umsturzes wird nicht mitgetheilt. —

Die Rede unseres Genossen Auer, welche derselbe am letzten Mittwoch gehalten hat, giebt einigen Blättern Anlaß zu möglichst albernen Bemerkungen. So theilt das „Tageblatt" seinen Lesern mit, Auer habe dagegen protestirt, daß die Sozialdemokratie antinational und antimonarchisch sei. Die „National-Zeitung" will dagegen in der Rede nur den Versuch sehen, der „allgemeinen Entrüstung" gegenüber, die darnach auch in unseren Reihen durch unser unpatriotisches und vaterlandfeindliches Gebahren, erregt worden sein soll, „aus taktischen Rücksichten" einzulenken. Selbstverständlich ist es unserm Genossen auch nicht im Traume eingefallen, solchen Unsinn vorzutragen. Was Auer wirklich gesagt und wie wenig es ihm eingefallen ist, den internationalen Standpunkt und die republikanische Gesinnung zu verleugnen, das ersehen unsere Leser aus dem Bericht über die betreffende Versammlung. Wenn Auer auf die Thatsache hinwies, daß es eine Zeit gab, wo sozialdemokratische Versammlungen von Bourgeois-Bürger-Meistern drangsalirt wurden, weil sie dem Könige ein Geburtstagstelegramm schickten, so that er dies einestheils, um die Heuchelei zu kennzeichnen, welche unsere Bourgeois heute mit ihrer angeblich monarchischen Gesinnung treiben, und andererseits wollte er gerade an diesem Beispiele zeigen, wie die Machthaber in Preußen und im Reiche es fertig gebracht haben, in wenigen Jahrzehnten durch ihre „arbeiterfreundliche" Politik das damals noch vorhanden gewesene Vertrauen den Arbeitern gründlich auszutreiben.

Zum neuesten Angriff auf die Preßfreiheit. Als Vertheidigerin der von uns berichteten ungesetzlichen Beschlagnahme einiger Vorwärtsnummern wirft sich die „National-Zeitung" auf. Sie meint, die richterliche Beschlagnahme sei nach dem Preßgesetz zulässig gewesen und betont, daß sie eine „Freundin der Gesetzlichkeit" sei. Diese Anschauungen der „National-Ztg." sind durchaus hinfällig. Allerdings kann alles auf grund der Vorschriften der Straf-Prozeßordnung durch den Richter mit Beschlag belegt werden. Unzulässig und gesetzwidrig ist aber eine auf grund des § 23 des Preßgesetzes erfolgte Beschlagnahme, selbst wenn sie vom Richter erfolgt. Die bez. Beschlagnahmen sind nicht auf grund der Straf-Prozeßordnung, sondern, wie der Beschluß betont, auf grund des § 23 des Preßgesetzes erfolgt. Das bleibt, wie das sich als „Freundin der Gesetzlichkeit" vorstellende nationalliberale Organ durch eine Durchsicht des § 23 des Preßgesetzes oder eines Kommentars des Preßgesetzes lernen könnte, gesetzwidrig. —

Die Unglücksfälle unserer Marine in vollstem Frieden lassen ihre See- und Kriegstüchtigkeit nicht im besten Lichte erscheinen. Durch die Bewilligung von den alljährlich wiederkehrenden Marineforderungen wird man an diesem Zustande nichts ändern, eher jedenfalls verschlechtern als verbessern. Werden doch durch die Vermehrung der Schiffe und der Kadres die tauglichen Kräfte zersplittert und dadurch ihre Leistungsfähigkeit vermindert.

Heute berichtet man wieder von einem bösen Unglücksfall. Die offiziöse Meldung lautet:

Bei den gestrigen Marine-Uebungen in der Strander-Bucht kenterte eine Gigg mit mehreren Insassen; Hierbei ertranken der Obermatrose Hieber vom Panzerschiff „Wörth" und der Obermatrose Kleres vom Panzerschiff „Kurfürst Friedrich Wilhelm".

Eine uns hierüber zugegangene Privatdepesche aus Kiel hat den folgenden Wortlaut:

Gestern Nachmittag wurde eine Marinejolle durch eine vom Aviso „Jagd" und einem Dampfer geschleppte Minensperre umgestürzt. Vier Mann stürzten ins Wasser. Die Obermatrosen Kleres und Hieber ertranken. Ein Zivilboot blieb blos durch einen Zufall verschont. —

Wieder eine Militärvorlage für Neubewaffnung der Infanterie scheint in Aussicht zu stehen. Das erste Garde-Jäger-Bataillon, das erste Bataillon des ersten Garde-Regiments zu Fuß und auch ein Bataillon des 68. Infanterie-Regiments sollen mit einem neuen Infanterie-Seitengewehr, das Revolvergewehr genannt werden soll und aus der Mauser'schen Fabrik in Oberndorf a. N. stammt, bewaffnet sein. Es handelt sich hierbei jedenfalls um eine Probe mit einer neuen Waffe, die wenn sie gut ausfällt, eine Forderung von mehreren Millionen zur Folge haben wird.

Die Waffe stellt sich, der „Pots. Ztg." zufolge, als eine Art Bajonnet dar, etwas länger und etwa halb so breit als das Infanterie-Seitengewehr, das gegenwärtig im Gebrauch ist. Der hintere Theil der Parirstange fällt bei der neuen Waffe fort; der Griff trägt an der Hinterseite nur einen starken Ring, mit dem das Bajonnet auf dem Gewehrlauf befestigt wird. Der vordere Theil der Parirstange ist dagegen wesentlich länger als bei den jetzigen Seitengewehren und weit stärker gekrümmt. An der Scheide fallen die Metallbeschläge fort. In der Säbeltasche wird die Waffe mit einem Lederriemen festgehalten, der an einem an der Scheide befindlichen Metallknopf befestigt wird. —

Die sozialdemokratische Presse als Erzieherin der Behörden. Man erinnert sich noch der scharfen Kritik, die die Reichsregierung gefunden hat anläßlich der Verheimlichung der Formulare zur Berufs- und Gewerbezählung vom 14. Juni 1895. Die sozialdemokratische „Leipz. Volksztg." war damals in der Lage, vor dem „Reichs-Anzeiger" die Formulare zu veröffentlichen. Um diesem Schicksale nicht nochmals zu verfallen, veröffentlicht heute der „Reichs-Anzeiger" die Formulare für die Volkszählung vom 2. Dezember d. J. —

* * *

Deutsches Reich.

— Zum Essener Meineidsprozeß wird uns aus Essen geschrieben, daß am 31. August eine eingehende Rechtfertigung der Revision abgesandt wurde, in denen sehr viele Revisionsgründe angeführt werden. Juristen, die von derselben Kenntniß genommen haben, rechnen zuversichtlich auf die Aufhebung des Urtheils. —

— Auch eine Kriegserinnerung. Bergmann Ludwig Schröder, der wegen angeblichen Meineids ins Zuchthaus soll, hat, wie der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung" von unterrichteter Seite mitgetheilt wird, ebenfalls den Krieg von 1870/71 mitgemacht. Er hat in der Schlacht bei Mars la Tour, deren Gedenktag am 25. August von dem patriotischen Deutschland gefeiert wurde, als Angehöriger des 16. Infanterieregiments mitgestritten. Bekanntlich ist dieses Regiment an jenem Augusttag fürchterlich mitgenommen worden. Schröder hat, da er sämmtliche Kämpfe seines Truppentheils mitgefochten hat, ordentlich Pulver gerochen und oft dem Tode fürs Vaterland ins Auge gesehen. Dafür feiert er sein Erinnerungsfest zwischen Kerkermauern. —

— Zur Beschlagnahme ihrer Nr. 35 meldet die „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung", daß sie noch am 3. September keine schriftliche Verfügung der Konfiskation in Händen hatte. Die Beschlagnahme erfolgte am 29. August.

Die Vernehmung des Genossen Hue vor dem Untersuchungsrichter in Essen hat ergeben, daß die Beschlagnahme thatsächlich auf grund des Artikels „Herr Erster Staatsanwalt Peterson und die Bergarbeiter-Zeitung" geschehen ist. Der „Beobachter" theilt mit, daß in Steele die konfiszirten Nummern am nächsten Tage den Eigenthümern durch Polizeibeamte wieder zugestellt worden sind. Danach scheint die Beschlagnahme nicht aufrecht erhalten zu werden.

— Das Konfisziren wird jetzt Mode und zwar nicht nur in Berlin, sondern auch im übrigen Deutschland. Aus Nürnberg wird telegraphirt, daß die „Fränkische Tagespost" wegen eines Leitartikels über die Kaiserrede beschlagnahmt wurde. —

— Ausdehnung der preßgesetzlichen Verantwortlichkeit. Wegen eines Artikels „Du sollst entbehren", ist gegen den Redakteur des Stettiner „Volksboten", Genossen Rohl, „wegen Mithilfe" auch noch gegen den Reichstags-Abgeordneten Herbert ein Verfahren anhängig, weil in dem Artikel zu Gewaltthätigkeiten aufgereizt sein soll. Herbert ist Verleger des „Volksboten", man könnte also an eine Wiederholung der jetzt in Schwang gekommenen Verleger-Anklagen denken. Der Stettiner Staatsanwalt hat Herbert aber nicht als Verleger, sondern als Mitarbeiter des „Volksboten" aufs Korn genommen. Bei der gegenwärtigen Praxis der deutschen Gerichte kann auch eine Verurtheilung Herbert's nicht als vollkommen ausgeschlossen erscheinen. —

— Die Gesetzsammlung veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten, vom 18. August 1895. —

— Der bayerische Landtag ist auf Sonnabend, den 28. September einberufen worden. —

— Nachwahl zum Landtage. Heute fand die Landtags-Ersatzwahl für den Kreis Neustadt-Landau statt. Im ersten Wahlgange wurde der Kandidat der Nationalliberalen, Bürgermeister Exten aus Neustadt, mit 180 Stimmen gewählt.

— Zu der Veröffentlichung der Hammersteinbriefe im „Vorwärts" schreibt Dr. Franz Mehring der „Germania":

Steglitz, 4. September 1895.

Geehrte Redaktion!

In Ihrer heutigen Nummer erwähnen Sie — unter Vorbehalt — die Behauptung einer hiesigen Lokalkorrespondenz, wonach ich bei einer gerichtlichen Auktion ein Konvolut Briefe aus der Korrespondenz des Freiherrn v. Hammerstein erstanden haben soll. Ihr Vorbehalt war sehr berechtigt; eine unbekannte Lokalkorrespondenz hat sich die ganze Geschichte aus den Fingern gesogen. Ich habe weder einer gerichtlichen Auktion beigewohnt, noch je ein Blatt aus der Korrespondenz des Freiherrn v. Hammerstein besessen. Ich bitte Sie um gefälligen Abdruck dieser Zeilen. Hochachtungsvoll F. Mehring." —

— Intimes aus dem antisemitischen Lager. Unter dem bezeichnenden Titel: „Der Untergang der antisemitischen Partei", ist in Leipzig jüngst eine Broschüre erschienen, welche in fast hysterischer Weise gegen das Hinabgleiten in das sozialdemokratische Fahrwasser Front macht, und zum Schluß in pathetischer Weise prophezeit, daß daran schließlich alles scheitern müsse. Den radikalen Reformern wird scharf der Text gelesen. Das famose Programm von Eisenach, das eine Versöhnung mit den Deutsch-Sozialen herbeiführen sollte, erhält den Titel Mischmasch. Von Zimmermann wird dann gesagt, er stehe politisch und gesellschaftlich auf demselben radikalen Boden wie Böckel. Verfasser ermahnt die Epigonen, doch schleunigst zu ihrer eigenen Rettung ins konservative Fahrwasser überzuschwenken, dort ihr Heil zu suchen und zu finden, und sofort sämmtliche führende Demagogen an die Luft zu setzen. Unter diesen versteht er, nebenbei bemerkt, auch den bekannten Professor Paul Förster in Friedenau, den er ironisch als den Kipperdolling der modernen Heiligen einführt. Der Verfasser, der sich unter einem Pseudonym versteckt, ist, wie wir verbürgen dürfen, kein anderer, als der Ehrenmann Ervin Bauer von der selig entschlafenen Neuen Deutschen Zeitung.

Oesterreich.

— Ein politisches Submissions-Ausschreiben. Einzig in seiner Art dürfte wohl das nachstehende Ausschreiben sein, das die Nummer 71 der „Egerer Zeitung" vom 4. September an der Spitze ihres Inseratentheils bringt:

Kundmachung. Ueber Beschluß deutscher Vertrauensmänner aus dem Landwahlbezirke Asch, Eger und Wildstein wird hiermit anläßlich der bevorstehenden Landtagswahl zur Kandidatur für das Landtagsmandat des erwähnten Landtagswahlbezirks öffentlich aufgefordert.

Bewerber um dasselbe wollen die Anmeldung der Kandidatur bis 10. d. Mts. an den Gefertigten gelangen lassen und entweder in der Anmeldung der Kandidatur ihr politisches Programm in großen Umrissen schriftlich niederlegen oder dasselbe bei der am Sonntag, den 15. September laufenden Jahres, um 10 Uhr, vormittags in der Kanzlei der Egerer Bezirksvertretung stattfindenden neuerlichen Berathung der Vertrauensmänner persönlich entwickeln.

Eger, am 2. September 1895.

C. Krämling, Bezirksobmann.

Die Partei, um die es sich hier handelt, ist die sogenannte „Vereinigte deutsche Linke." Sie vertritt ungefähr dieselben „Grundsätze", wie „die um Rickert" und verfügt heute noch im österreichischen Parlament unter allen Parteien über die größte Stimmenzahl. Kann es eine schärfere Charakterisirung der politischen Lage in Oesterreich geben, als die Thatsache, daß die größte politische Partei sich gezwungen sieht, ihre Mandate auszubieten, wie saures Bier?

Italien.

— Kolonialabenteuer. Aus Rom wird telegraphirt: Die Blätter protestiren energisch gegen die Rede des Generals Baratieri, in welcher er durchblicken läßt, daß ein Ausrottungskrieg gegen den König Menelik nothwendig sei, und daß jede Gelegenheit ergriffen werden müsse, um dies zu ermöglichen. „Secolo" besonders bezeichnet die Sprache des Generals als eine sinn- und maßlose.

Frankreich.

— Die Korruption in den leitenden Kreisen. Aus Paris wird telegraphirt: In Regierungskreisen herrschen lebhafte Besorgnisse wegen der Enthüllungen, die voraussichtlich in dem in den nächsten Tagen beginnenden Südbahn-Prozeß zu tage kommen werden; eine große Anzahl Abgeordneter und Senatoren sollen von der Südbahn-Gesellschaft bestochen worden sein. —

England.

— Das Parlament ist ohne Thronrede bis zum 18. November vertagt worden. —

Dänemark.

— Das Programm der dänischen Reformpartei enthält noch folgende Punkte:

Zolltarifreform im Sinne des Freihandels, Herabsetzung der Einkommen- und Vermögenssteuer, sowie der Ausgaben für das Militär, Verbesserung der landwirthschaftlichen Kreditverhältnisse und Reform des Volksschulwesens mit Erhöhung der Lehrergehälter. —

Serbien.

— Der Schmuggel und die serbischen Finanzen. Ein Artikel des Organs der serbischen Kaufmannschaft konstatirt, daß der Schmuggel an sämmtlichen Grenzen, besonders an den türkischen und bulgarischen, außerordentliche Dimensionen angenommen hat. Namentlich sei der Schmuggel mit sämmtlichen Monopolartikeln äußerst schwunghaft und es sei infolge dessen ein rapider Niedergang sämmtlicher Monopoleinnahmen zu verzeichnen. Wenn nicht bald Abhilfe geschafft würde, so könnte der Zweck der neuen autonomen Monopolverwaltung vollständig vereitelt werden und es dürfte der Moment kommen, wo ein neues Finanzarrangement nothwendig ist. —

Rußland.

— Wetterwolken in Ostasien. Die russische Regierung hat beschlossen, wegen der immer ernster sich gestaltenden Lage in Ostasien die Ussuribahn vollständig militärisch zu organisiren. Der Kommandant der Truppen des Amurgebiets wird zum Direktor der Bahn ernannt werden. Am 18. d. M. gehen aus Odessa zur Vervollständigung des Betriebspersonals drei Kompagnien des Eisenbahn-Bataillons nach dorthin ab und in einiger Zeit folgt ein viertes Bataillon nach. Die Truppen des Amurgebietes werden ferner durch Truppen aus Westsibirien verstärkt. —

Warum die Sozialdemokratie die Sedanfeier nicht mitmacht.

Die Besprechung dieses Themas, welche bekanntlich am St. Sedantage aus „ordnungs- und sicherheitspolizeilichen Gründen" verboten war, fand nunmehr am Mittwoch in Cohn's Festsaal in der Beuthstraße statt. Schon lange vor der festgesetzten Zeit strömten die Genossinnen und Genossen dem Lokal zu, so daß, als die Versammlung kurz nach ½9 Uhr eröffnet wurde, der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer den interessanten Ausführungen des Genossen Auer, über die wir nachstehend einen kurzen Bericht geben:

Bürgerliche Blätter meinten, das Verbot der Versammlungen am Montag sei erfolgt, um zu verhindern, daß wir gegen neuere politische Vorgänge Protest erheben wollten. Was mich anbetrifft, so hatte ich diese Absicht nicht; ich wollte vielmehr eine Darstellung aller der Dinge geben, die uns zu unserer Stellung gegenüber der Sedanfeier veranlassen.

Unsere Gegner aus dem bürgerlichen Lager kennen die sozialdemokratische Bewegung sehr wenig, von jeher haben sie uns nur für eine Partei des Umsturzes gehalten, die sozusagen alles verrunjeniren will, von jeher antimonarchisch, vaterlandsfeindlich gewesen sei. Mit wie wenig Recht, will ich Ihnen an ein paar Beispielen zeigen:

Die Sozialdemokratie soll von je antimonarchisch gewesen sein. Viele unserer Parteigenossen werden wissen, daß es eine Zeit gab, in der die Sozialdemokratie durchaus nicht antimonarchisch war. Die seinerzeit im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein vertretene Richtung bekundete sogar eine sehr monarchische Gesinnung im Gegensatz zu der fortschrittlichen bürgerlichen Opposition, die damals bis in die höchsten Kreise der städtischen Behörden sich erstreckte und entschieden antimonarchisch war, sodaß seitens mancher Bürgermeister, welche die Polizeigewalt hatten, die Arbeiterbewegung gerade wegen ihrer monarchischen Gesinnung verfolgt wurde.

Als im Jahre 1865 die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu Iserlohn, unter ihnen auch der alte Töike, den Geburtstag des Königs feiern wollten, verbot der Bürgermeister diese Feier, die Mitglieder waren aber trotzdem unter der Form eines vom Lokalbesitzer veranstalteten „gemüthlichen Beisammenseins" zusammen gekommen, hatten ein Glückwunschtelegramm an den König von Preußen gesandt und darauf auch eine dankende Antwort erhalten. (Heiterkeit.) Aber die Polizei verhinderte selbst die Verlesung dieser Antwort. So war es damals — heut ist es anders.

Die Arbeiter in ihrer Naivetät und ihrer unreifen politischen Anschauung glaubten, daß der König ihnen zur Verbesserung ihrer wirthschaftlichen Verhältnisse helfen könne. Die Bourgeoisie aber, gegen deren Interesse die Bestrebungen der Arbeiter liefen, suchte mit richtigem Klasseninstinkt jedes Verlangen nach Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter zu unterdrücken. Dieselben Leute, welche damals die naiven Arbeiter verhinderten, ihre Verehrung dem König zu Füßen zu legen, nennen uns heute eine vaterlandslose Gesellschaft. Damals war eben die Bourgeoisie in Opposition mit der Regierung, heute hat sie ihren Frieden mit der Regierung gemacht.

Das war also die Stellung derjenigen Richtung innerhalb der deutschen Arbeiterpartei, welche die nationale Einigung unter preußischer Spitze erwartete. Aber auch die andere, die großdeutsche Richtung der Sozialdemokratie, politisch radikaler, aber mit partikularistischen Elementen durchsetzt, vertreten durch die Genossen Liebknecht und Bebel, verkannte die politische Situation, so daß das Organ dieser Richtung, das in Leipzig erscheinende „Demokratische Wochenblatt", im Jahre 1868 in Oesterreich beim Antritt des sog. Bürgerministeriums bereits den Volksstaat entstehen sah und die Politiker, welche in Oesterreich an der Spitze standen, die Giskra, Herbst und Konsorten, als Volksmänner feierte.

So lagen die Dinge, als der Krieg von 1870 ausbrach. Man hat es immer so hingestellt, als ob die Sozialdemokraten unbedingte Gegner des Krieges gegen Frankreich waren und womöglich mit den Franzosen vereint, Deutschland hätten zerstören mögen; aber das ist durchaus nicht der Fall. Redner verliest Artikel aus dem „Sozialdemokrat" und dem „Volksstaat" vom 17. resp. 20. Juli 1870, aus denen hervorgeht, daß beide Blätter Deutschland für den angegriffenen Theil und den Krieg für einen Kampf Napoleon's gegen die proletarischen und republikanischen Strömungen halten, weshalb die Vernichtung Bonaparte's in unserem Interesse liege.

In allen offiziellen Kundgebungen unserer Partei wird die Schuld des Krieges dem französischen Kaiser zugeschoben, der zur Erhaltung seines Thrones diesen Krieg brauchte, um im Falle eines Sieges seine Herrschaft durch Unterdrückung der republikanischen und sozialistischen Strömungen zu befestigen. Der Sieg Napoleon's galt unseren Genossen als Sieg der Reaktion, seine Niederwerfung aber als Vorbedingung des Gedeihens unserer Sache. Daher sehen wir überall auf unserer Seite Sympathie für die deutschen Kämpfer, heiße Wünsche ihres Sieges, aber darüber hinaus den höheren Gedanken der Völkersolidarität.

Die Stimmenthaltung unserer Genossen Bebel und Liebknecht im norddeutschen Reichstage bei der Abstimmung über die Kriegsanleihe wird nun stets auf gegnerischer Seite als Beweis dafür angeführt, daß die Sozialdemokratie 1870 Deutschland an Frankreich hätte ausliefern wollen, man vergißt aber dabei, daß zwei andere Sozialdemokraten, Hasenclever und Schweitzer, für die Anleihe stimmten und ignorirt die Begründung, welche Bebel und Liebknecht ihrer Stimmenthaltung gaben. Diese haben ausdrücklich erklärt, daß sie zwar Napoleon für den Angreifer halten und deshalb die Mittel zur Kriegführung nicht verweigern wollten, daß sie aber andererseits grundsätzliche Gegner jedes Krieges seien, und deshalb die Anleihe auch nicht bewilligen könnten, sich also aus diesen Gründen der Abstimmung enthielten.

Unsere Genossen standen übrigens mit ihrer Auffassung nicht allein; die ultramontane Majorität des bayerischen Landtages sprach sich sogar entschieden gegen die Theilnahme am Kriege aus und es bedurfte der Einwirkung der höchsten Kreise, um so viel ultramontane Abgeordnete zum „Umfall" zu bringen, als zur Annahme des Mobilisirungsbeschlusses mit den Liberalen nothwendig waren. Aehnlich war es in Württemberg. Damals waren eben noch andere Verhältnisse. Aber es ist gelogen, wenn man behauptet, die Sozialdemokratie habe 1870 Partei für den Gegner genommen oder ihn auch nur indirekt unterstützt. Das gerade Gegentheil ist der Fall und durch alle offiziellen Parteikundgebungen jener Zeit erweisbar.

In der Kriegsproklamation hieß es, daß der Krieg nicht gegen das französische Volk, sondern gegen den Kaiser und seine Armee geführt werde. Das steht aktenmäßig fest. Demnach durfte also nach der Gefangennahme Napoleon's der Kampf nicht gegen die französische Nation weitergeführt werden. Der Krieg war bis dahin nur als ein Vertheidigungskampf gegen den Angriff des französischen Kaisers aufgefaßt worden. Erst nach Sedan tauchte in militärischen Kreisen der Gedanke an die Annexion von Elsaß-Lothringen auf, was angesichts eines siegreichen Krieges ja begreiflich ist. Mußte doch Bismarck 1866 seinen ganzen Einfluß aufwenden, um die Annexionsgelüste der preußischen Militärpartei zu unterdrücken. Er sah sehr wohl ein, daß sich Preußen die anderen deutschen Staaten nicht zu Feinden machen dürfe, weil es ihre Bundesgenossenschaft zur Durchführung seiner weiteren Pläne brauchte.

Nach dem Tage von Sedan brach der deutsche Chauvinismus hervor, der die Rückeroberung der geraubten Provinzen verlangte. Die Wiedergewinnung der deutschen Brüder in Elsaß und Lothringen war aber nicht der wahre Grund dieses Verlangens, sondern das entscheidende waren die militärischen Interessen.

Nachdem Napoleon bei Sedan gefangen war und die französische Republik vergebens um Friedensschluß nachgesucht hatte, wurde der Krieg nur zum Zweck der Annexion weitergeführt, und war dieser also aus einem Vertheidigungskampf zu einem Eroberungskriege geworden. Dem konnte die Sozialdemokratie nicht zustimmen, und sie wußte sich mit allen ehrlichen Leuten im Einklang, als sie dagegen protestirte. Es war stets Grundsatz der Sozialdemokratie, daß Ländergebiete nur mit Zustimmung der Bewohner von einem Staat zum andern übergehen dürften, und sie mußte auch in diesem Falle an ihren Grundsätzen festhalten, denn eine Partei, die das nicht thut, ist verloren. (Lebhafter Beifall.)

In allen offiziellen Kundgebungen ist ein scharfer Unterschied zwischen dem französischen Kaiser und dem französischen Volke gemacht. Man wußte in Deutschland ganz genau, daß das französische Volk in seiner Mehrheit nicht chauvinistisch war. In der Thronrede bei Eröffnung des norddeutschen Reichstages heißt es, daß wir mit dem französischen Volke einen heilsameren Wettkampf zu führen berufen seien, als den mit den Waffen, und in der Antwort des Reichstages auf diese Thronrede wird gesagt, daß es dem besonnenen Theil des französischen Volkes nicht gelungen sei, den Krieg zu verhindern. Ein klassischer Zeuge für die Unschuld des französischen Volkes am Kriege ist Bismarck selber, der in seinem Bericht über die Unterredung mit Napoleon am 2. September 1870 sagt: „Napoleon erklärt, daß er von der öffentlichen Meinung zum Kriege gedrängt sei. Ich hielt es nicht für meinen Beruf, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß das, was der Kaiser für die öffentliche Meinung hielt, nur ein Produkt einzelner Strömungen war."

Unsere Parteigenossen protestirten also gegen die gewaltsame Annexion von Elsaß-Lothringen, weil, den Grundsätzen unserer Partei gemäß, das Eroberungsrecht vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zurücktreten müsse. Unser unvergeßlicher Karl Marx hat mit prophetischem Blick die Folgen vorausgesehen, die aus diesem unheilvollen Schritt entstehen mußten, denn er sagte, daß die Annexion von Elsaß-Lothringen nicht, wie es von der Militärkamarilla behauptet wurde, ein Mittel zur Verhinderung des Krieges, wohl aber das beste Mittel zur dauernden Verhetzung von Frankreich und Deutschland sei, und als nothwendige Folge ein Bündniß zwischen Frankreich und Rußland gegen Deutschland zeitigen müsse. Wer das damals sagte, wurde ausgelacht, man hielt es nicht für möglich, daß eine Verbindung zwischen dem republikanischen Frankreich und dem autokratischen Rußland, dem Hort der europäischen Reaktion, möglich wäre. Die Ereignisse von Kronstadt haben heute jeden belehrt, daß diese Vorhersage buchstäblich eingetroffen ist.

Nach dem Kriege begann nun die Scheidung des Volkes in Reichsfreunde und Reichsfeinde. Zu diesen letzteren gehörten alle, die nicht in stummer Verehrung zu Bismarck aufblickten, Ultramontane, Polen, Welfen u. s. w., aber vor allen die Sozialdemokraten. Da unsere Partei also zu Reichsfeinden gestempelt war, hatte sie umsoweniger Ursache, den Reichsfesttag zu feiern.

Ein nationales Fest ist der Sedantag niemals gewesen, sondern ein Parteifest. Diese Auffassung hatte auch Bischof Ketteler, als er in einen Rundschreiben an seinen Klerus 1874 erklärte: das Sedanfest geht nicht vom ganzen Volke aus, sondern von einer Partei, ist also künstlich gemacht; der Feier fehlt die innere Wahrheit.

Als Reichsfreunde dagegen betrachteten sich diejenigen, welche aus der Reichsgründung Vortheil hatten. Wirkliche Reichsfeinde, also solche, welche gegen die Reichsgründung überhaupt waren, gab es nur sehr vereinzelt, und diese waren nicht in den Reihen der Arbeiter, sondern in ganz anderen Kreisen zu suchen. Die Arbeiter sind niemals Reichsfeinde gewesen, sie haben auf den Schlachtfeldern gekämpft und geblutet und dadurch zur Verwirklichung der Reichseinheit beigetragen, sind aber von denen, die sich an ganz anderen „Gründungen" als der des Reiches betheiligten, als Reichsfeinde bezeichnet worden. (Stürmischer Beifall.)

Verschiedene Ansichten darüber, wie das neue Reich zu gestalten sei, gab es allerdings, aber der Gedanke der nationalen Einigung Deutschlands war so allgemein, daß seine Verwirklichung gar nicht mehr gehindert werden konnte. Die wirthschaftliche Entwickelung bedingte den deutschen Einheitsstaat, denn die kleinstaatliche Zerrissenheit war dem Handel und Verkehr in jeder Hinsicht im Wege. Die Einigung Deutschlands war also nicht Bismarck's Werk, sondern die nothwendige Folge der wirthschaftlichen Entwickelung und die Verwirklichung eines allgemein herrschenden Gedankens.

Und da sollten wir, die Arbeiter, Gegner des Nationalstaates sein? Ich habe noch nie gehört, daß jemand von uns den 1866 entthronten Fürsten eine Thräne nachgeweint hätte; im Gegentheil bedauerte man hier und da, daß mit denselben nicht noch gründlicher aufgeräumt worden ist. (Heiterkeit.)

Daß uns in dem Deutschen Reiche manches nicht gefällt, ist allerdings richtig, und wenn wir für die Verwirklichung unserer Forderungen kämpfen, so ist das unser gutes Recht; wenn das diesem und jenem unbequem ist, so bedauern wir das, können es aber nicht ändern. (Heiterkeit und Beifall.)

Das allgemeine Wahlrecht ist uns bei der Gründung des Reiches gegeben; durch dieses Mittel suchen wir unsere Forderungen durchzusetzen. Wer uns das allgemeine Wahlrecht nehmen will, der spielt mit dem Reichsgedanken, der ist ein Reichsfeind. (Stürmischer Beifall.)

Wir waren Gegner der Annexion. Nachdem sie vollzogen, ist gewissermaßen ein neues Recht geschaffen — wie, das ist eine andere Frage — und es würde Ströme von Blut kosten, wollten wir in die Rückgabe von Elsaß-Lothringen an Frankreich willigen. Unbeschadet unserer Grundsätze kann von einer Rückgabe keine Rede sein, weil der daraus entstehende Krieg so schrecklich würde, daß niemand dafür die Verantwortung übernehmen kann. Ich für mein Theil — und ich kann hier nur meine persönliche Auffassung aussprechen — würde es auf einen Krieg wegen dieser Angelegenheit nicht ankommen lassen. Wenn die Franzosen hierüber anders denken, so ist das ihre Sache, die vernünftigen unter ihnen werden hierin mit uns einer Meinung sein.

Uns wird ferner vorgeworfen, daß wir in bezug auf die Emser Depesche nach unserer Weise der Wahrheit die Ehre geben.

Ich lege der Depesche und der Manipulation Bismarck's mit derselben nicht die Bedeutung bei, wie der eine oder andere meiner Parteigenossen. Napoleon konnte sich nur noch durch einen glücklichen Krieg auf dem Thron erhalten. Aber auch Bismarck arbeitete seit Jahren auf den Krieg mit Frankreich hin. Das Streben der Deutschen nach nationaler Einheit war vorhanden und wurde von der Bourgeoisie anderer Länder mit Mißgunst betrachtet, weil sie in dem einigen Deutschland einen unbequemen Konkurrenten sah. Die fortgesetzten Anmaßungen und Einmischungen des französischen Kaisers in die deutschen Angelegenheiten waren allgemein auch von der Sozialdemokratie als ungehörig betrachtet worden und daher entschieden zurückzuweisen.

Es steht fest, daß der Absender der Emser Depesche etwas anderes gemeint hat, als das, was der Redakteur derselben der Welt bekannt gab. Die Depesche war aber für den Zeitpunkt des Kriegsausbruches von sehr wesentlichem Einfluß. Man kann die Aenderung der Depesche tadeln, man kann sie loben, je nachdem, nur soll man sie nicht ableugnen. Vom ethischen Standpunkt aus war die Depeschen-„Korrektur" nicht entschuldbar. So lange der Krieg zu vermeiden, wäre es verwerflich, ihn herbeizuführen. Aber abgesehen von ethischen Erwägungen, nur vom Standpunkte der Klugheit betrachtet, kann ich es verstehen, daß Bismarck, wenn der Krieg doch unvermeidlich, den günstigsten Augenblick für den Anfang desselben für sich wählte. Die Thatsache aber, daß er aus der Chamade eine Fanfare, aus der Friedensbotschaft — denn König Wilhelm wollte den Krieg nicht — einen Kriegsruf gemacht hat, läßt sich nicht aus der Welt schaffen, und wir lassen uns nicht verbieten, immer wieder darauf hinzuweisen, wie die Depesche zu stande gekommen. (Großer Beifall.)

Das Anwachsen der Sozialdemokratie ist begreiflicherweise den herrschenden Klassen höchst unbequem. Es giebt Leute, welche uns mit allen Mitteln aus der Welt schaffen möchten. König Stumm und Genossen, die durch die Ablehnung der Umsturzvorlage eine Niederlage erlitten haben, fühlen sich jetzt wieder oben auf; sie wittern Morgenluft. Eine Hetze wird gegen uns in Szene gesetzt werden und unter dem Deckmantel der nationalen Gesinnung wird die Bourgeoisie ihren ganzen Haß gegen uns auslassen, und die bürgerliche Presse ist so feig und so erbärmlich, wie sie es seit den Zeiten Nobiling's nicht gewesen ist.

Woher diese nervöse Aufregung? Gewiß, die auswärtigen Verhältnisse sind nichts weniger als angenehm.

In bezug auf die auswärtige Politik ist eben das eingetroffen, was Karl Marx vor 25 Jahren voraussagte. Bei den Kieler Festen trat es klar zu tage, daß eine tiefe Kluft die europäischen Nationen trennt.

In Italien protestirt das Volk gegen die Maßregeln seiner Gewalthaber, in Oesterreich herrscht ein unentwirrbares Durcheinander. Ich kann es begreifen, wenn angesichts dieser Zustände ein deutscher Kanzler sich fragt: Was wird die Zukunft bringen?

Die inneren Verhältnisse entwickeln sich durchaus nicht nach dem Willen der herrschenden Klassen, unsere Bewegung fängt an, die dicksten Bauernschädel zu revolutioniren. Da kann ich verstehen, daß man etwas sucht, um aus diesem Dilemma herauszukommen. Von all' diesem Gewirr sticht vortheilhaft ab die Sicherheit, mit der die Sozialdemokratie vorwärts schreitet.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die heutigen Zustände eine gewisse Aehnlichkeit mit denen von 1878 haben; ob die Folgen dieselben sind, wissen wir nicht. Wir sind uns bewußt, nichts gethan zu haben, was diese Haltung gegen uns rechtfertigt. Aber es ist nicht das erste Mal, daß gegen unsere Partei die schwersten Vorwürfe grundlos erhoben worden. 1878 hat uns Bismarck eine „Gesellschaft von Banditen" genannt. Wohlan: die „Banditen" sind in dem schweren Kampfe die Sieger geblieben, der Erfinder dieses unglückseligen Wortes sitzt heute gealtert und vergrämt abseits, die jugendfrische Sozialdemokratie aber ist auf dem Platze und wird keiner Macht weichen. Was auch die Zukunft bringen mag, halten wir fest an unserer Ueberzeugung, behalten wir kühles Blut und klare Augen.

Brausender lang anhaltender Beifall erfüllte den Saal nach Schluß dieser fesselnden 2½ stündigen Rede. In das vom Vorsitzenden ausgebrachte Hoch auf die Sozialdemokratie stimmte die Versammlung begeistert ein und unter dem Gesang der Arbeiter-Marseillaise leerte sich langsam und in größter Ordnung der Saal.

Soziale Uebersicht.

Die „Kölnische Zeitung" brachte folgenden Bericht: „Der Präsident des Reichs-Versicherungsamts, Herr Bödiker, hatte am Donnerstag im Hotel Ernst eine Besprechung mit einer Anzahl Sektionsvorsitzender der in Rheinland-Westfalen vertretenen Berufsgenossenschaften. Es handelte sich dabei im besondern um die zweckmäßigste Einrichtung einer ständigen Revision der Betriebe und die damit verbundene überaus wichtige Frage der Unfallverhütung. Herr Bödiker war der Ansicht, daß in dieser Hinsicht die Genossenschafter unter sich nicht nur aus allgemein menschlichen Rücksichten, sondern auch aus dem Interesse an einer allmäligen Verringerung der Rentenbezüge heraus ein schärferes Auge als bisher auf einander haben sollten, welcher Weg in der Praxis allerdings sich schwerlich gangbar erweisen dürfte. Aus dem Kreise der Sektionen wurde vor den Präsidenten des Reichs-Versicherungsamts die Klage gebracht, daß die ihm unterstellte Behörde bei ihren Rechtsprechungen in Uebertrumpfung (!) der guten Absichten der sozialpolitischen Gesetzgebung, nicht selten die Arbeitnehmer gegenüber den berechtigten Interessen der Berufsgenossenschaften allzu sehr begünstige und damit die Begehrlichkeit in den Kreisen der Arbeiterbevölkerung nur noch steigere. (!!). So sei es vorgekommen, daß von einander widersprechenden ärztlichen Gutachten bei der Urtheilsfällung demjenigen der Vorzug gegeben worden sei, das zu gunsten des Verletzten sich ausgesprochen habe, ohne Rücksicht darauf, daß das andere von einer Leuchte der Wissenschaft herrührte. Herr Bödiker hatte ein aufmerksames Ohr für alle durch Thatsachen belegten Beschwerden, die ihres Eindrucks offenbar nicht verfehlten."

Dazu bemerkt die „Staatsbürger-Zeitung": „Wen die Hergabe einer Rente mehr schmerzt, als das Unglück der beklagenswerthen Opfer der zahllosen Unfälle, der kann derartige Vorwürfe erheben. Es gehört eine eigenartige Stirn dazu, von der „Begehrlichkeit in den Kreisen der Arbeiterbevölkerung" zu sprechen, wenn ein armer Krüppel vom Reichs-Versicherungsamt zur Steuer der höchsten Noth auf grund der zu recht bestehenden Reichsgesetze eine Rente zugesprochen erhält. Es wäre zu bedauern, wenn das Reichs-Versicherungsamt durch dergleichen Vorstöße sich in seiner bisherigen Praxis wankend machen lassen sollte. . . . Mögen die Berufsgenossenschaften und speziell die im Bericht angezogenen Sektionen nur auf die verständigen Vorschläge des Dr. Bödiker zur Unfallverhütung achten, mögen sie ihrerseits mehr dazu beitragen, daß die zahllosen Uebelstände in ihrer Selbstverwaltung von der Bildfläche verschwinden, daß die kolossalen Verwaltungskosten, welche mit dem, was geleistet wird, vielfach nicht im Verhältniß stehen, wesentlich herabgemindert, und daß vor allem die hohen Repräsentationsgelder für Genossenschafts-2c. Vorstände etwas energisch beschnitten werden, dann dürfte für die armen Unglücklichen, welche zu Opfern der Großkapitalswirthschaft geworden sind, bei herabgesetzten Beiträgen hinreichend Geld zur Verfügung sein, und man brauchte seinem Aerger über zugesprochene Renten nicht mit Worten, wie „Begehrlichkeit des Arbeiterstandes" in ungeschickter Weise Luft zu machen . . . Wir geben . . . allen billig denkenden Menschen zu erwägen, ob das Verhalten der „Köln. Zeitung" die Art ist, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Auf welcher Seite liegt denn hier die Selbstsucht; wo ist denn da etwas von „Unterordnung der selbstischen Interessen zum Wohle des großen Ganzen" zu spüren? Versteht man das in den Kreisen, welche die „Köln. Ztg." vertritt, immer und immer nur so, daß der Mammonismus allein das oberste Gesetz sein soll, dann sagen wir der „Köln. Ztg." und ihren Hintermännern: „Das ist die Art, der Sozialdemokratie die Wege zu bahnen! Ihr und keiner sonst seid es, die sie erzeugen und nähren!"

Wie man sieht, kommt die konservativ-antisemitische „Staatsbürger-Zeitung" in ihrer Kritik des Unternehmerthums und dessen Organisation, der Berufsgenossenschaften im wesentlichen zu denselben Schlüssen wie unsere Partei, die Sozialdemokratie, gegen die jetzt eine Art „heiliger Krieg" inszenirt werden soll.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Köln, 5. September. (W. H.) Heute Nachmittag ist im hiesigen Augustahospitale der Afrikareisende Dr. Baumann am Sumpffieber gestorben.

Braunschweig, 5. September. (W. T. B.) Heute ist der Fernsprechverkehr Braunschweig-Bremen-Bremerhafen-Vegesack eröffnet worden.

Schwientochlowitz, 5. Sept. (W. H.) In der letzten Nacht ist in der hiesigen Theerfabrik ein großer Brand ausgebrochen. Ein bedeutender Vorrath ist verbrannt.

Lyon, 5. September. (W. T. B.) Die katholischen Missionen melden, daß Anfang Juli in Vonney in China Gewaltthätigkeiten gegen Christen begangen wurden. Das Waisenhaus wurde in Brand gesteckt, mehrere Christen wurden getödtet.

Paris, 5. September. (W. T. B.) Heute Nachmittag wurde eine dürftig gekleidete Person dabei überrascht, als sie in der Einfahrt des Rothschild'schen Bankhauses in der Rue Lafitte die Zündschnur einer Bombe anzuzünden versuchte. Die Person, nach den bei ihr vorgefundenen Geräthen anscheinend ein Barbiergehilfe, warf die Bombe zur Erde, ohne dieselbe jedoch zur Explosion zu bringen, und ergriff darauf die Flucht. Eingeholt, setzte der Mann seiner Festnahme durch Polizisten sehr heftigen Widerstand entgegen; er verweigerte seinen Namen zu nennen. Der Polizeipräfekt Lepine begab sich sofort nach dem Thatorte behufs Einleitung der Untersuchung. Die Polizeipräfektur welche über den Fall bis jetzt strengstes Stillschweigen bewahrt, scheint an ein anarchistisches Attentat zu glauben. Die Bombe wurde dem Chemiker Girard zur Untersuchung übergeben.

Paris, 5. September. (W. T. B.) Der Urheber des Attentats im Bankhause von Rothschild, der, wie bereits gemeldet, sich weigert, seinen Namen zu nennen, hat große Aehnlichkeit mit dem Anarchisten Pauwels, dem Urheber des Attentats in der Madeleine-Kirche. Der Attentäter erklärte, er wäre überzeugter Anarchist und er hätte die Bombe selbst hergestellt. Die Bombe besteht aus einer mit chlorsaurem Kali gefüllten Kakaobüchse. Der Attentäter erklärte ferner, er habe die Zündschnur mit seiner Zigarette anzünden wollen, die Asche der Zigarette habe aber verhindert, daß die Zigarette mit der Zündschnur in Berührung kam. Die Bombe wird morgen am Tage von dem Chemiker Girard untersucht werden.

Tarnopol, 5. September. (W. T. B.) Von den an der Cholera erkrankten Personen starben am 3. September 3, während eine Neuerkrankung gemeldet wurde. Am 4. September fand ein Todesfall, aber keine Neuerkrankung statt.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 208. Freitag, den 6. September 1895. 12. Jahrg.

Die Kameel-Inschrift.

Was Baurath Schwechten einen „Scherz“ nennt.

Die Kameel-Inschrift hat nunmehr endlich eine Auslassung von „zuständiger“ Seite im Gefolge gehabt, eine Auslassung, die allerdings auch darnach ist. Die bürgerlichen Preßorgane veröffentlichen eine ihnen vom Erbauer der Kirche, dem Baurath Schwechten, zugesandte Erklärung des folgenden Inhalts:

> „Mit der von dem „Vorwärts“ mit so viel unwahren und tendenziös aufgebauschten Zusätzen versehenen Nachricht über die auf die Stadtverordneten sich beziehende Inschrift an einer Thür der Kaiser Wilhelm-Gedächtniß-Kirche verhält es sich folgendermaßen: Entgegengesetzt den Mittheilungen des „Vorwärts“ ist die betreffende Thür die von dem Altar am weitesten entlegene. Das betreffende Relief ist als Entwurf nach den Bildern aus der Bibel von Schnorr v. Carolsfeld nur begonnen, an einer durchaus dunklen Stelle, so daß es den Augen des Kirchenbesuchers ganz entzogen war und noch heute ist. Daß das Relief Porträts enthalte, ist unwahr; die Inschrift ist eine Nachahmung eines bei altromanischen und gothischen Bauten fast überall sich findenden Architekten-Scherzes. Die Fertigstellung des Reliefs wurde durch die Einweihung der Kirche unterbrochen und nimmt jetzt noch eine längere Zeit in Anspruch. Der nur skizzirte Entwurf ist von der Baukommission noch nicht einmal besichtigt worden, und es war derselben der darauf befindliche Scherz vollständig unbekannt. Daß der Scherz sich, wie der „Vorwärts“ erzählt, auch auf den Oberhofmeister Freiherrn v. Mirbach bezöge, ist selbstverständlich unwahr.“

Was Herr Schwechten dem „Vorwärts“ gegenüber Unwahrheiten nennt, muß der Leser errathen, wir haben es nicht herausgefunden. Im übrigen verlohnt es sich nicht, ernsthaft darauf einzugehen. Selbst die „Vossische Zeitung“ sieht sich gemüssigt, die merkwürdige Ehrenrettung aus der Feder des Bauleiters mit folgenden bitteren Worten zu begleiten:

> „An der Beurtheilung der Sache wird durch diese Erklärung nichts geändert. Es kommt nicht auf das Relief, sondern auf die Inschrift an und diese enthält nicht einen Scherz, sondern eine grobe Beschimpfung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, und es wäre nicht ohne Interesse, den Verüber dieses Scherzes und seine etwaigen Theilnehmer kennen zu lernen.“

Lokales.

Für Agnes Wabnitz, unsere vor Jahresfrist auf tragische Weise aus dem Leben geschiedene Mitkämpferin, haben engere Freunde und Freundinnen der Verstorbenen mit Hilfe von Parteigenossen und Genossinnen ein Denkmal gestiftet, dessen Enthüllung an der Grabstätte auf dem Freireligiösen Friedhof an der Pappel-Allee am kommenden Sonntag stattfindet.

Die Arbeiterschaft und die Ordnung. Am Mittwoch Abend herrschte bis in die zwölfte Stunde hinein in der Beuthstraße ein lebhaftes Treiben. Uniformirte und nichtuniformirte Beamte gingen auf und ab, und selbst in Hausfluren waren Berliner Ordnungshüter postirt. Ganz besonders fiel denen, die das Schauspiel sahen, eine provisorische Polizeiwache auf, die im Flur der Buchdruckerei von H. S. Hermann, Beuthstr. 8, am Treppenaufgang zum „Berliner Fremdenblatt“ etablirt war.

Was war los, daß die Polizei in solchem Aufgebot ausrücken mußte? Ja, was war los? Vernimm denn, deutsches Publikum, das Bedeutsame! Rottenführer Ignaz Auer hielt am Mittwoch Abend vor einer zum theil wohl hochverrätherischen Schaar einen Vortrag über das Thema: „Warum die Sozialdemokratie das Sedanfest nicht mitmacht.“

Die Polizei sollte erforderlichen Falles der Schaar wehren. Es ging selbstverständlich ohne Kampf ab, was sich die Polizeibeamten verständigerweise wohl von vornherein gesagt haben mochten. Denn in der provisorischen Polizeiwache, die mit Erlaubniß der Gebrüder Hermann im Hause Beuthstr. 8 errichtet war, spielten die Beamten gemüthlich ihren Skat, der erst sein Ende erreicht hatte, als die Versammlung, unter der auch eine Rotte von Menschen war, die nicht werth ist, den Namen Deutscher zu tragen, in gewohnter Ruhe nach Hause ging, um im Schlummer auf kurze Zeit Kräfte sammeln zu lassen zum neuen Ringen.

Auch an diesem klassischen Fall zeigt sich wiederum, wie wenig man an leitender Stelle doch die Berliner Arbeiterschaft kennt, die sich gerade in Tagen, wie den gegenwärtigen, der hohen Aufgabe bewußt ist, im friedlichen Wirken ihre Befreiung von wirthschaftlichen und politischen Fesseln anzustreben!

Dank für die Kameelerziehung votirten gestern die liberalen Stadtväter durch Bewilligung einer Summe bis 3000 M. jährlich als Gegenleistung für einen besonderen Gottesdienst, der am Sonntag abgehalten werden soll, damit der Sonntags-Fortbildungsschul-Unterricht in der bisherigen rückständigen Art weiter ertheilt und der obligatorische Fortbildungsschul-Unterricht, der in der Woche werktäglich zu ertheilen wäre, in weitere Ferne gerückt werde. Die kirchliche Behörde hatte noch im Jahre 1894 erklärt, sie wolle in keiner Weise die Hand dazu bieten, daß überhaupt am Sonntag noch unterrichtet werde. Im Interesse der Fortsetzung einer ungehinderten Ausbeutung der Lehrlinge an den Wochentagen, kroch der Magistrat unter das von der kirchlichen Behörde ihm auferlegte Joch, die Kosten eines Sonder-Gottesdienstes zu zahlen. Die Stadtverordneten-Mehrheit kroch durch ihr gestriges Votum nach. Was thun in einer Kirche „ruppige Kameele“ benamsete Stadtväter nicht alles zu gunsten unbeschränkter Ausbeutung!

Wenn der Muth in der Brust die Spannkraft übt, springt selbst über Kameele ein Stadtvatergemüth. Die liberalen Stadtverordneten beabsichtigten, wegen der bekannten Kameel-Inschrift die Ermächtigung zur Strafverfolgung der Inschriftenveranstalter zu ertheilen. Im letzten Augenblick haben sie jedoch aus Rücksichten nach oben ihre Absicht aufgegeben. Es soll hinreichender Grund zu der Annahme vorhanden sein, daß der Kameel-Stein alsbald dem Märkischen Museum überwiesen wird.

Die Sorge der Polizei, in die an vielen Beispielen von uns nach bürgerlichen Blättern geschilderte Heiligkeit des St. Sedan ja keinen Mißton kommen zu lassen, hat zuweilen zu Handlungen geführt, die auch ernsten Männern wohl oder übel ein Lächeln abringen müssen. Eine in der Gürtelstraße in Friedrichsberg, vier Treppen hoch wohnende Familie hatte am Morgen des 2. September wie sonst die Wohnung gereinigt und dabei die Betten zum Lüften aus dem Fenster gelegt. Die Betten hatten nun das Unglück, von rother Farbe zu sein, und dieser Umstand war es, der zu polizeilichem Einschreiten Veranlassung gab. Ein Gendarm kam und befahl die Entfernung der Betten; außerdem verlangte der Beamte, den „weißen Zettel“ zu sehen, der nach seiner Meinung unterhalb der Betten befestigt sei. Der Eigenthümer war sowohl wegen der Aufforderung an sich, als auch wegen der Frage nach dem Zettel, für den offenbar in den Augen des Gendarmen die Unterlage gegolten hatte, nicht schlecht erstaunt. Alle Einwendungen des Hausherrn, daß er bislang Tag für Tag auf die nunmehr für polizeiwidrig befundene Weise seine Betten gelüftet habe, halfen nichts; die „Demonstrationszeichen“ mußten entfernt werden, und nachdem dies geschehen, waren Staat und Sedan auch in Friedrichsberg gerettet.

In der jetzigen Zeit des Kriegserinnerungsrummels feiert die Rohheit natürlich wahre Orgien, die sich bis in die „witzige“ Ecke der bürgerlich-staatserhaltenden Blätter hinein erstrecken. Gegenwärtig werden in der der Ordnung, Religion und Sitte zugethanen Berliner Presse Perlen „erfrischenden Humors der Berliner im Feldzuge“ aufgetischt. Was in diesen Scherzen an bestialischer Gesinnung geleistet wird, möge ein Exempel lehren, das wir aus dem Bündel gleichwerthiger Erzeugnisse herausziehen wollen.

„Zwei Soldaten standen nachts auf Posten. Der eine setzte sich nieder und war bald vor Müdigkeit eingeschlafen, als eine Kanonenkugel ihm den Kopf wegriß. „Na,“ rief der andere aus, „der wird sich wundern, wenn er aufwacht und ihm der Kopf fehlt!“

Zur Ehre der deutschen Soldaten nehmen wir an, daß keiner von ihnen selbst 1870 so roh war, über ein vernichtetes Menschenleben sich derart gemein zu äußern. Wir halten diese und ähnliche Rohheiten für ein Erzeugniß der für Ordnung, Religion und Sitte delirirenden Preßphantasie, und würden uns kaum darüber aufhalten, wenn sie sich nur in Junker-, Börsen- und Pastorenblättern fänden. Was soll man aber dazu sagen, wenn selbst ein Blatt wie die „demokratische“ „Volks-Zeitung“ sich in dem alle edlen Gefühle untergrabenden Mordkulturrummel so weit vergißt, eine Gemeinheit, wie die zitirte, als „Scherz“ zu bringen?

Noch ein Mordswitz. Die Fälle von Erbärmlichkeit und Rohheit, mit der sich die bürgerliche Presse in diesen Tagen des Sedanschwindels besudelt hat, strotzte natürlich nicht bis zum Ueberlaufen, wenn die sog. Witzblätter nicht ihr wohlgemessen Theil hinzulieferten. Als eine Probe dessen, was sich das allerdings selbst in der bürgerlichen Welt nicht mehr zu den Organen satirischen Inhalts gerechnete älteste Blatt der gedachten Art, der „Kladderadatsch“ an lächerlicher Erbärmlichkeit herausnimmt, sei eine „Briefkasten-Notiz“, die sich in der Sedannummer dieses trostlosen Organs befindet, der Nichtbeachtung entrissen. Sie lautet:

„R. W.: Sie machen zu einer Vorfeier des Sedantages folgenden Vorschlag: „Freiwillige, an denen es gewiß nicht fehlen wird, thun sich am 1. September zusammen, führen den greulichen Liebknecht und sämmtliche Redakteure des „Vorwärts“ vor das Rathhaus, legen die frechen Burschen dort über und lassen ihnen mit derben Ruthen eine so gründliche Züchtigung angedeihen, daß sie vier Wochen lang nicht auf ihren Redaktionsstühlen sitzen können. Die Polizei wird sich gewiß nicht einmischen, wenn ihr gleich klar gemacht wird, um was es sich handelt.“ Die Polizei würde Ihr Vertrauen schwerlich rechtfertigen, und daran scheitert die Sache. Schade, der Vorschlag hat sonst sehr, sehr viel für sich.“

Was sollte eine künftige Generation von der Rohheit unserer Tage denken, wenn nicht die Arbeiterpresse die einzige wäre, die aller solcher Erbärmlichkeit, und allen Verfolgungen zum Trotz den Muth besäße, auch heute das Banner der Menschheit hochzuhalten und den Molochsdienern die Larve von der scheußlichen Fratze zu reißen.

Skizzen aus dem südamerikanischen Hinterlande.

[Nachdruck verboten] 33

„Kein angenehmes Hinunterkommen,“ meinte Herr Ramirez, den Weg mit den Augen messend, den sie zu machen hatten, um in die Thalsohle zu gelangen.

„Ja, aber um etwas zu verbergen, ein ungemein passender Ort. Man ist damals bis hierher gefahren mit den Karreten, wie Elisa Lynch schreibt, und hat dann die einzelnen eisernen Kistchen mit vieler Mühe auf den Schultern hinuntergeschleppt. Auf den Pferden oder mit ihnen hinunterzukommen, ist natürlich unmöglich, wir müssen uns schon entschließen, den Rest des Weges zu Fuß zu machen und unterdessen die Thiere hier anzubinden, bis wir wieder zurückkommen.

Sie stiegen ab, banden die Pferde an Bäume unweit des Abhanges und fesselten zum Ueberfluß noch ihre Vorderfüße mit ledernen Fesseln, wie sie zu dem Zweck in Südamerika gebräuchlich sind; und dann stiegen die beiden vorsichtig in schräger Linie hinunter. Das Geröll und die Erde lösten sich häufig unter ihren Füßen und stürzten nach dem Bach ab; ab und zu erhob sich vor ihnen auch eine große grüne Eidechse und huschte davon. Sie waren eben unten an dem Bambusdickicht angelangt, das der Bach begrenzte, als oben in der Nähe der Pferde aus demselben Wege, den die beiden früher gekommen waren, ein Mann auftauchte in leinenen Hosen und mit einem Poncho und einem Filzhut und in der Hand ein langes Buschmesser tragend. Er schritt zum Abhang und schaute, sich vorsichtig in dem Buschwerk verbergend, aufmerksam hinunter, bis die beiden hinter den Bambusreihen verschwunden waren. Dann trat er wieder zurück. Es war niemand anders als der Richter von San Fernando, Herr Matias Patino. Ueber sein Gesicht zog eine Art verächtlichen Lächelns und er sagte vor sich hin, während er mit seinem langen Messer in der Erde herumstocherte:

„Dacht' ich es doch sofort vom Anfang an; ein Gringo bleibt ein Gringo. Das ist also der Grund des Prozesses um den Campo Cerro Desgracias, Don German ... geht Gold suchen ... es ist schwer, Matias Patino zu hintergehen ... ein Gringo thut eben alles um Geld ... paciencia ...“

Er schaute noch einen Augenblick vor sich hin; dann wandte er sich zum Gehen. Bei den Pferden blieb er eine andere Weile.

„Will mir ein Andenken mitnehmen an die Goldsucher ... will's auch der Sennora zeigen, wenn sie es sehen will.“

Dann beugte er sich zu dem leise wiehernden Pferde des Herrn Winterfeld, löste seine Fußfessel und steckte sie in seine Hosentasche.

„Ein schönes Pferd ... englisch Blut ... doch Lopez hielt schönere ... ha, für englische Pfunde kann man schöne Dinge haben ... auch Pferde ... alles ... verfluchtes Gold.“

Im nächsten Augenblick war er lautlos zwischen den Aesten verschwunden. Unsere beiden Abenteurer hatten also unten einen Durchgang zwischen den dichten Lakuaren gefunden und schritten in dem seichten Wasser des Baches, das ihnen nur bis an die Knöchel ging, vorwärts, dem Lauf desselben nach.

„Wir haben nicht lange mehr von hier, Don German ... nicht wahr?“

„Eine knappe halbe Stunde noch ... war übrigens eine gute Idee von Francisco Solano, das Geld im Bache selber zu vergraben. Wenn einer der häufigen Regen kommt und das Wasser von den Abhängen zusammenströmt, dürfte der kleine Bach ein reißender Strom werden für viele Tage ... Bergabwärts vierzig Cuadras,“ memorirte er vor sich hin, „wo an der linken Seite ein kleiner Nebenbach in den Arroyo Tainaras mündet, ist eine ziemlich große Ausbuchtung gebildet, auf deren Boden ein riesiger Stein liegt, den auch das größte Hochwasser nicht von der Stelle rührt. Rund um diesen Stein liegen in drei Varas Tiefe fünfhundert eiserne Kistchen jede vier Arroben schwer ... Der Schatz von Francisco Solano ...“

Beim Weitergehen traten die Ufer des Baches ein wenig mehr auseinander.

„Da seht Ihr, wo das Wasser gestanden hat beim letzten Regen,“ und er wies auf die Wipfel der Bambusse hin, wo sich oben einige Büschel abgestorbenen grauen Pflanzenzeugs befanden, „das hat das Wasser dort zusammengetrieben, und dort haben wir auch die Bucht, da wo der Bach nach rechts abbiegt ...“

Links, ein großes Dreieck bildend, lag eine ruhige Wasserfläche da, deren Ufer senkrecht in die Höhe stiegen, nicht weit davon schoß rechts der Bach um eine Ecke und verschwand vor den Augen. Ueber das steile Ufer der Bucht fiel von oben her aus einer Rinne ein dünner träger Wasserfaden hinab.

„Hier solls sein, da liegt auch der Stein ..“

Ein großer Basaltblock, der vielleicht einmal vor langer Zeit aus der Höhe hinuntergestürzt war, lag mitten in dem Wasserdreieck. Er hatte sich tief in den Kies des Bodens gebohrt, und sein Haupt zeigte eine schleimig feuchte, gelbgrüne Decke einer niedrigen pflanzlichen Vegetation. Auch dieser Stein lag beim Hochwasser unter dem Spiegel des Wassers. Keine größere Pflanze hatte auf seiner Oberfläche Wurzel zu schlagen vermocht.

Tief aufathmend machte German Winterfeld Halt und

„Wer hilft gelähmt. gebild. Veteranen, der sich trotz aller Gedenkfeiern in bitterster Nothlage befindet? H. S. 55. Postamt 34." Diese Anzeige befindet sich im Morgenblatt der „Voss. Ztg." vom Mittwoch. Heil dem Reich, das für Feuerwerksbegeisterung Hunderttausende zu verpuffen weiß!

Und es begab sich zur Zeit des Sedanfestes, daß ein Gebot ausging vom Minister des Innern, daß am 2. September keine sozialdemokratische Versammlung statthaben solle, damit die hehre Nationalfeier durch keinen Mißton gestört werde. Herr v. Windheim beeilte sich daraufhin pflichtgemäß, in Berlin alle sozialdemokratischen Versammlungen, welche am Sedanstage in Berlin stattfinden sollten, zu verbieten und den Einberufern der betreffenden Versammlungen von diesem Verbote Mittheilung machen zu lassen. Von diesem Verbote wurde auch die Gewerkschaftsversammlung der Vergolder und Berufsgenossen betroffen, welche für den Abend des 2. September anberaumt gewesen war. Von diesem Verbote wurden nicht nur aufs höchste die nichtsahnend zur Versammlung sich einfindenden Arbeiter und Arbeiterinnen überrascht, sondern auch die beiden Polizeibeamten, die sich pflichtschuldigst zur Ueberwachung der Versammlung eingefunden und von dem ergangenen Verbote keine Ahnung hatten. Sie wollten es auch nicht glauben, daß die Versammlung verboten sei und erst den seitens des Einberufers ihnen vorgelegten untrüglichen Beweisen gelang es, die Herren Polizeibeamten von der Wahrheit der unglaublichen Thatsache zu überzeugen. Ledig ihrer Pflicht zogen sie von dannen und werden auch wohl nicht besonders böse darüber gewesen sein, daß sie ihres Ueberwachungsdienstes am Sedanabend enthoben wurden. Doch auch die Arbeiter können zufrieden sein. Das polizeiliche Verbot brachte ihnen am Mittwoch einen vollbesetzten Saal.

Zum Kampf gegen die Neue freie Volksbühne. Die „Neue freie Volksbühne" ist mit ihrer Klage gegen das Polizeipräsidium in erster Instanz zurückgewiesen worden. Es handelt sich um die Zensurpflichtigkeit der vom Verein „Neue freie Volksbühne" aufgeführten Stücke. Der Bezirksausschuß erklärte die Aufführungen des Vereins für öffentliche, die Stücke für zensurpflichtig und somit die Forderung der Polizei für berechtigt. Der Vertreter des Vereins, Rechtsanwalt Dr. Richard Grelling, wird gegen dieses Urtheil beim Ober-Verwaltungsgericht Berufung einlegen.

Wird das Ober-Verwaltungsgericht ein gleiches thun und damit einer der segensreichsten Institutionen, die sich die Arbeiterschaft den Lichtfeinden zum Aerger geschaffen, der Vernichtung überliefern? Was auch geschehen möge, das Streben der Arbeiterschaft nach Licht, Wissen und Freiheit läßt sich aller Polizeigerechtigkeit zum Trotz nun und nimmer unterdrücken!

Die Berliner Fuhrherrn-Innung, deren Berufsinteressen durch die Wirthschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer infolge der Organisation der Müllabfuhr gefährdet erschienen, hatte an den Magistrat die Anfrage gerichtet: ob in der Abfuhr des Mülls eine durchgreifende Aenderung vorgenommen sei. Es wurde um die Beantwortung bestimmter Fragen gebeten, welche seitens der städtischen Deputation für das Reinigungswesen im August erfolgte und folgendermaßen lautet:

„Dem Vorstande erwidern wir auf das an den Magistrat gerichtete, vom 23. Juli datirte, aber erst am 27. Juli d. J. eingegangene gefällige Schreiben ergebenst das folgende:

1. Es bestehen zwischen der Stadtgemeinde und der Wirthschaftsgenossenschaft keine Verträge oder Vereinbarungen; es ist der Genossenschaft nur gestattet, unsere Abladeplätze unter denselben Bedingungen, wie jeder andere Fuhrunternehmer zu benutzen.

2. Eine Erhöhung der Gebühren für die Benutzung unserer Abladeplätze ist bis jetzt überhaupt noch nicht in Erwägung genommen.

3. Wir sind nicht in der Lage, der Innung Abladeplätze zu überlassen, da uns solche nicht zur Verfügung stehen; dagegen steht es den Mitgliedern der Innung nach wie vor frei, die bestehenden städtischen Abladeplätze unter den bekannten Bedingungen zu benutzen.

gez. Menbrink.

Vorstehende Antwort ist, wie der Fuhrhalter berichtet, geeignet für weitere Kreise Interesse zu erwecken.

Durch eine Windhose ist vorgestern abends gegen 9 Uhr auf dem Platze der Gewerbe-Ausstellung im Treptower Parke ein Gerüst umgeworfen worden. Es handelt sich um ein Stangengerüst, das zur Errichtung des Fischereigebäudes auf der nördlichen Seite der Treptower Chaussee, links wenn man von Berlin kommt, aufgestellt war. Die Windhose kam von Westen — Spandau-Moabit — her und legte das Gerüst, das noch nicht fertig war, nieder. Verletzt ist niemand, da alle Arbeiter den Platz längst verlassen hatten. Die Aufräumungsarbeiten waren heute Mittag schon beendet.

Eine Explosion von Grubengasen hat in der vorletzten Nacht in Groß-Lichterfelde stattgefunden. Da dieser Vorort noch nicht kanalisirt ist, so haben seine Grundstücke große Gruben, in denen die Abfälle aller Art gesammelt werden. Diese Einrichtung besteht auch auf dem Besitzthum des Schlächters Neumann in der Jägerstraße Nr. 83. Die Grube ist hier 2 Meter tief und hat 6 Meter im Geviert. Ueberdeckt ist sie mit einem Gewölbe, das auf eisernen Trägern ruht. Ueber dem Gewölbe liegt eine Erdschicht und dann als Pflaster ein 75 Zentimeter starkes Gemisch von Schlacke aus Rathenower Steinen und Zement. Durch eine Oeffnung von 2 Fuß im Geviert, die durch einen eisernen Deckel verschlossen wird, pumpt man den Inhalt der Grube jede Woche einmal aus. Diese Arbeit sollte in der Nacht zum Mittwoch der Arbeiter Priewe aus Marienfelde besorgen. Dabei hat er, obwohl er es bestreitet, wahrscheinlich eine Pfeife angezündet und ein glimmendes Streichholz in die Grube geworfen, denn kaum hatte er den Deckel gehoben, so erfolgte ein Knall wie ein starker Donnerschlag, und eine mächtige Feuersäule stieg aus der Grube empor. Die Gase, die sich in der halbgefüllten Grube gesammelt hatten, waren explodirt. Der Knall weckte die Bewohner der Nachbarschaft aus ihrer Nachtruhe — es war gegen 11 Uhr —, die meisten liefen bestürzt ins Freie und erfuhren nun die Ursache der Erschütterung. Der Luftdruck war so stark gewesen, daß das ganze Gewölbe mit der Erdschicht und dem Pflaster hochgehoben wurde. Die eisernen Träger waren zum theil gebogen, zum theil gebrochen und in die Grube hineingefallen. Der Arbeiter Priewe wurde zur Seite geschleudert. Er kam ohne Verletzung davon, nur verspürte er ein heftiges Brennen im Kopfe.

Zur Verhaftung eines Soldaten in einem von der Militärbehörde boykottirten Lokal schreibt uns ein Leser, daß der von uns bekanntlich vorgestern gemeldete Vorfall sich nicht am Montag, sondern schon am Sonntag Abend abgespielt hat. Das betreffende Lokal, Manteuffelstr. 19, habe sich bislang nicht auf der militärischen Boykottliste befunden; es sei jedoch nachträglich, nämlich am Mittwoch, den Unteroffizieren und Mannschaften des 3. Garderegiments verboten worden. In diesem Falle hat bekanntlich der Reviervorstand, vorsorglicher noch als die Militärbehörde, den Staat gerettet.

Ein dreister Einbruchsdiebstahl wurde am Dienstag Nachmittag in Rixdorf ausgeführt. Während die alleinstehende Schulvorsteherin Fräulein Gommert, Berlinerstr. 40 wohnhaft, am Dienstag Nachmittag auf kurze Zeit aus ihrer Wohnung abwesend war, drang ein Dieb mittels Nachschlüssels dort ein und entwendete außer sämmtlichen Schmucksachen der G. auch deren sämmtliche Ersparnisse in Höhe von 450 M., welche in einer kleinen Terrine versteckt lagen. Alles andere hat der Einbrecher unberührt gelassen. Obwohl die That nur von einer Person begangen sein kann, welche mit den Gepflogenheiten und Verhältnissen der Bestohlenen genau vertraut sein muß, fehlt der Kriminalpolizei bis jetzt noch jeder Anhalt.

Ganz eigenartig ist ein Unglücksfall, von welchem der bekannte Buffetier des Restaurants Schloß Weißensee, Herr Berner, betroffen wurde. Vorgestern erschien in diesem Restaurant ein Radfahrer, der mit B. bekannt war, und der junge Mann stellte sein Vehikel an die Seitenwand des Buffets. Scherzend erklärte nun B., daß er das Fahrrad in den See fahren werde, und machte Miene, sich auf dasselbe zu setzen. In gleichem scherzenden Tone gab der Radfahrer Antwort und versetzte dem Buffetier, der bereits auf dem Vehikel saß, einen leichten Stoß vor die Brust. Dabei stürzte B. zu Boden und fiel so unglücklich, daß er einen zweimaligen komplizirten Bruch des rechten Unterschenkels erlitt und mittelst Krankenwagens nach dem städtischen Krankenhause Friedrichshain geschafft werden mußte. Leider wird wahrscheinlich die Amputation des gebrochenen Beines erforderlich werden.

Selbstmord eines Berliners in Südamerika. Der seit etwa sechs Jahren in Argentinien lebende frühere Goldwäscher, spätere Kaufmann Rehfisch aus Berlin, hat sich, wie eine Lokalkorrespondenz berichtet, unter grauenhaften Umständen vor etwa fünf Wochen in Buenos Aires entleibt. Rehfisch, ein wohlhabender Mann, der erst vor wenigen Monaten eine junge Deutsche geheirathet hatte, veranlaßte seine Frau zum Besuch einer befreundeten Familie und sandte dann die Dienstboten unter verschiedenen Aufträgen aus dem Hause. Er begoß darauf seine Kleidung mit Petroleum, zündete es an und verbrannte, nachdem er sich noch an der Wand an einem Haken festgebunden hatte. Als Leute, durch den brandigen Geruch aufmerksam geworden, in das Zimmer drangen, fanden sie nur noch die verkohlte Leiche des R. vor. Die That dürfte in einem Anfall von Wahnsinn begangen worden sein.

Wegen eines schweren Verbrechens, begangen an seinem 4jährigen Stieftöchterchen ist gestern der in der Greifswalderstraße wohnende Arbeiter Baumann verhaftet worden. — Die Kleine hat den haarsträubenden Sachverhalt fremden Leuten erzählt, die nun Anzeige gegen den Wüstling bei der Polizei erstatteten.

Ein merkwürdiger Fall im eigentlichen Sinne des Wortes wird nachträglich vom vergangenen Sonntag aus der Möckernstraße gemeldet. Hier fanden früh um 3 Uhr Bewohner des Hauses 96 einen bis auf das Hemd und die Strümpfe entkleideten Mann auf, der anscheinend schwer verletzt war und mit einem Wagen in das Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. Es war der 24jährige Posthilfsbote Hermann Fischer, der in dem Hause im dritten Stock bei seinem Bruder wohnt. Es scheint, daß der junge Mann in der Trunkenheit aus dem Fenster gefallen ist.

Polizeibericht. Am 4. d. M. vormittags sprang ein Arbeiter gegenüber dem Grundstück Maybach-Ufer 2 in der Absicht, sich das Leben zu nehmen, in den Landwehr-Kanal. Er wurde jedoch durch einen Schutzmann noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Vor dem Hause Kottbuserstr. 6 fiel nachmittags ein Mann hin und brach den Arm. — Im Laufe des Tages fanden neun unbedeutende Feuer statt.

Witterungsübersicht vom 5. September 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 0° R.)
Swinemünde	766	WSW	3	wolkig	18
Hamburg	766	SW	1	Nebel	15
Berlin	766	NW	2	wolkig	18
Wiesbaden	766	Still	—	wolkenlos	18
München	768	Still	—	heiter	18
Wien	767	Still	—	wolkenlos	15
Haparanda	752	WSW	2	wolkenlos	11
Petersburg	—	—	—	—	—
Cork	761	N	2	Nebel	14
Aberdin	760	NO	1	halb bedeckt	13
Paris	767	N	1	bedeckt	15

Wetter-Prognose für Freitag, 6. September 1895.
Ein wenig kühleres, theils heiteres, theils wolkiges Wetter mit etwas Regen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

---

stützte sich einen Augenblick an den großen Stein. Hier unten sollte ein Schatz ruhen, den drei der fürchterlichsten Tyrannen, die je die Welt gesehen hat, zusammengeraubt, und der einer ganzen Nation ein Meer von Thränen und Blut gekostet hatte. Wie viele waren zu Tode gefoltert worden, wie viele erschossen, von Lanzen durchbohrt, in Kerkern verhungert, im Kriege umgekommen; wie viele Kinder, Eltern, Brüder und Schwestern hatten grauenhaften Tod finden müssen, bis dieses gelbe Metall sich hier zusammen gefunden hatte in der Einsamkeit! Zwanzig Jahre hatte es hier geschlummert, vielleicht hing an den Stücken des Metalls noch der Edelrost der Blutstropfen eines paraguayischen Märtyrers. Auch sein Besitzer hatte diesen Schatz niemals mehr zu Gesicht bekommen, seitdem er ihn hier versenkt hatte. Der lag ebenfalls in der Erde, in gleicher Abgeschiedenheit von allen Menschen oder noch einsamer; denn sein Grab ist in einer Einöde, wo man auf viele Tagesreisen Entfernung kein anderes Wesen treffen kann, als einen scheuen Jaguar oder eine giftige Schlange. Er ruht dort verflucht von allen, die sich seiner erinnern. Aber sein Leib war schon Asche und Staub, der Erde gleich, die ihn umhüllte, während sein goldner Hort nach bestand in seiner ganzen Körperlichkeit. Hier kam man endlich nach soviel Jahren, um an seinen Sarg zu pochen. Er sollte bald die Auferstehung feiern, auf die er so lange gewartet hatte und dann galt es wieder seinen Weg durch die Welt zu nehmen, um Trauer und Kummer oder rauschende Lust und stilles Glück bei allen denen zu erregen, durch dessen Hände er von neuem rollen sollte.

Herr German Winterfeld sah sich scheu um. Es war das eine mechanische Bewegung; denn wer sollte hier in diesem vergessenen Felsthal ihn belauschen, das vielleicht nie mehr an diesem Orte betreten worden war, seitdem die paraguayischen Soldaten den Schatz verborgen hatten. Dann zog er unter seinem Poncho ein Bündel dünner stählerner Stangen hervor, das er öffnete.

Die einzelnen Stangen waren an ihren Enden mit schraubenartigen Vorrichtungen versehen, die es ermöglichten, eine große dünne Stange zusammenzusetzen, nur das eine Ende lief in eine feine Spitze aus. Nach einiger Mühe war die Stange fertig, und die beiden stellten sie senkrecht in den Kies des Baches. Herr German Winterfeld holte ein anderes Instrument hervor, eine Art eiserner Kluppe, mit der er die Stange in mäßiger Höhe umgriff. Sie bot ihm eine geeignete Handhabe, die Sonde in die Tiefe zu bohren. Die Spitze derselben drang knirschend in den Kies des Baches ein und ziemlich mühelos näherte sich die Handhabe dem Wasserspiegel. Er löste sie und legte sie wieder oben an. Herr Jean Ramirez sah aufmerksam zu. Beinah die ganze Sonde verschwend in dem Boden, bis sie auf etwas festes stieß. (Fortsetzung folgt.)

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 5. Sept., nachmittags 5 Uhr.

Die Vertretung der Berliner Bürgerschaft nimmt heute nach zweimonatlichen Ferien, die nur am 12. August durch eine außerordentliche Sitzung unterbrochen wurden, ihre regelmäßigen Berathungen wieder auf. Auf der Tagesordnung steht neben einer großen Zahl minder wichtiger oder blos formaler Vorlagen auch wieder einmal die Frage des Sonntagsunterrichts in den Fortbildungsschulen. Nach einem zwischen dem Stadtschulrath Bertram und einem Vertreter des brandenburgischen Provinzial-Konsistoriums am 16. Februar cr. vereinbarten „Protokoll" sollen die kollidirenden Interessen der evangelischen Kirche und der städtischen Schulverwaltung nunmehr in der Art versöhnt werden, daß zunächst versuchsweise in einzelnen besonders dazu geeigneten Anstalten gottesdienstliche Einrichtungen hergestellt werden, so daß die mit diesen Einrichtungen versehenen Schulen am Sonntag Vormittag 4 Stunden unterrichten dürfen (von 9—1), während die andern auf die Zeit von 8—9½ Uhr beschränkt bleiben. Das Konsistorium hat am 25. März die betr. Vereinbarungen unter der Abänderung genehmigt, daß der Magistrat erst dann freies Vorschlagsrecht bezüglich der für den Gottesdienst zu wählenden Geistlichen haben soll, sobald die Geistlichen der bezügl. Kirchengemeinde, in der die Anstalt liegt, ihn abzuhalten sich weigern. Der Magistrat hält „unter den gegebenen Verhältnissen" das Uebereinkommen für empfehlenswerth und beantragt die Bewilligung von 3000 M. zu dem gedachten Zweck für das bevorstehende Winterhalbjahr. Von der Summe sind 600 M. für Aufräumungsarbeiten, 2400 als Honorar für die Geistlichen (in maximo 200 Gottesdienste, welche die amtirenden Geistlichen zu liquidiren berechtigt sind) bestimmt; doch wird vom Magistrat angenommen, daß nicht alle Geistlichen liquidiren werden.

Der Vorsteher macht u. a. die Mittheilung, daß der bisherige Stadtv. Dr. Alexander Meyer sein Mandat niedergelegt hat wegen Verlegung seines Wohnsitzes nach Charlottenburg.

Zu der Vorlage beantragt der Stadtv. Stadthagen: 1. die Vorlage abzulehnen und 2. den Magistrat aufzufordern, ein Statut vorzulegen, wodurch die männlichen Arbeiter unter 18 Jahren zum Besuch der Fortbildungsschulen an den Wochentagen verpflichtet werden.

Stadtv. Stadthagen: Meinen zweiten Antrag ziehe ich aus Geschäftsordnungsbedenken, die der Vorsteher mir gegenüber geltend gemacht hat, für jetzt zurück und behalte mir vor, ihn als besonderen Antrag später einzubringen. Die Gründe für meinen Antrag sind von meinen politischen Freunden hier und an anderer Stelle oft ausführlich dargelegt worden. Im Jahre 1891 wurde endlich im § 120 der Gewerbe-Ordnung die Möglichkeit gegeben, daß der Fortbildungsunterricht als wirklicher Unterricht anerkannt wurde, womit gewisse Bedenken der Gerichte den Schulbehörden gegenüber sich erledigten. Damals schon ging die allgemeine Stimmung dahin, daß man den Fortbildungs-Schulunterricht überhaupt nicht an Sonntagen stattfinden lassen solle, sondern auf die Wochentage zu verlegen habe. Im Reichstage wurde ein dahingehender Antrage zunächst angenommen, schließlich aber wurde mit Rücksicht auf die Interessen der Unternehmer und im Anschluß an Petitionen, unter denen sich, irre ich nicht, auch eine solche des hiesigen Magistrats befand, beschlossen, daß dieser Unterricht nur dann an Sonntagen stattfinden dürfe, wenn die Unterrichtsstunden so gelegt werden, daß die Theilnahme am Hauptgottesdienst oder an einem besonderen Gottesdienst möglich blieb. Bis zum 1. Oktober 1894 gab man für die Vereinbarung von Ausnahmen Frist. Der Magistrat beschritt den letzteren Weg; die Verhandlungen sind bekanntlich gescheitert. Im Reichstage fand die Auffassung immer stärkere Zustimmung, daß mindestens die größeren Gemeinden die Pflicht haben, den Fortbildung-Schulunterricht auf einen Wochentag zu legen, und demgemäß wurde der Antrag des Bundesraths, jene Frist um 3 Jahre zu verlängern, vom Reichstage abgelehnt. Nun hat der Magistrat von neuem den Versuch gemacht, einen besonderen Gottesdienst zu schaffen. Nehmen Sie seinen Antrag an, so wird die Rückständigkeit des Fortbildungs-Schulunterrichts in Preußen den Süddeutschen gegenüber in Berlin in ganz konzentrirter Weise festgelegt. Es sind in richtiger Würdigung der Umstände Sachsen, Hessen, Baden und jetzt auch Württemberg zum obligatorischen Unterricht an Wochentagen übergegangen. Der Magistrat kann sich also auf Gutachten aus Württemberg nicht mehr wie früher berufen, denn Württemberg steht jetzt auf unserem Standpunkt. Der Magistrat machte früher ferner geltend, daß die Gewerbetreibenden selbst den obligatorischen Unterricht nicht wollten. Ich gebe das bezüglich einiger gerne zu, meine aber, daß sie dann eben auf diesen Weg gezwungen werden müssen, und kann ich mich auch hier auf Stimmen aus jenen Reihen selbst berufen. Die Magdeburger Tischlerinnung, also eine Innung, welche das Zeichnen sehr nöthig braucht, hat amtlich bestätigt, daß sie den Unterricht Sonntags für schädlich, Wochentags für nöthig und möglich hält, und seit zwei Jahren oder noch länger hat diese Innung den Zeichenunterricht obligatorisch in der Woche. Die Innung bestätigt auch, daß diese Einrichtung von den Gewerbetreibenden sehr bald lieb gewonnen worden ist. (Der Vorsteher Dr. Langerhans ersucht den Redner, sich an die Vorlage zu halten, die von obligatorischem und fakultativem Unterricht überhaupt nicht spreche.) Ich will ja theilweise dem stattgeben, verwahre mich aber doch dagegen, als ob ich irgendwie von der Tagesordnung abgewichen wäre. Der Magistrat macht die Vorlage, um den Sonntagsunterricht beizubehalten; wir sind Gegner des letzteren und legen dar, daß dieser Weg zu den schlechteren gehört, daß es bessere giebt, wir müssen also die besseren wenigstens streifen. Das nothwendigste habe ich ja über diesen Punkt auch gesagt. Ich muß Sie aber auch bitten, die Vorlage abzulehnen, insbesondere wegen der Stellung, welche die kirchlichen Organe in dieser Frage eingenommen haben. Diese haben früher ausdrücklich erklärt, daß sie ihre Hand nicht dazu bieten wollen, daß am Sonntag der Unterricht ertheilt werde. Jetzt soll dieser Standpunkt verlassen werden, wenn die Stadt für die Predigt 12 M. geben will. Soll die Predigt Unterricht sein oder nicht? Darüber ist aus der Vorlage keine Klarheit zu erlangen. Soll das Unterricht sein? (Stadtv. Kyllmann: Nein!) Ja, wenn es kein Unterricht ist, aus welchen Gründen sollen dann die 12 M. aus städtischen Geldern gegeben werden? Es wäre doch ein niedriger Verdacht, daß die kirchlichen Organe von ihrem prinzipiellen Standpunkt zurückgetreten sein sollten, wenn von der Stadt 3000 M. gezahlt werden. Aber einen anderen Grund giebt die Vorlage nicht an. Auch steht nicht fest, ob das Konsistorium die Zustimmung widerruflich oder nicht widerruflich ertheilt. Und wollen Sie denn mit Gewalt eine Art kirchliche Aufsicht auch in den Fortbildungsunterricht hineinzwängen, wo Sie wissen, wie über Sie in Kirchen gedacht wird, zu einer Zeit, wo in einer Kirche sogar der Meinung über Sie ein eigenartiger monumentaler Ausdruck gegeben ist? (Heiterkeit und Bewegung.)

Stadtschulrath Bertram: Unser Antrag schließt sich ziemlich genau an die letzten Erörterungen dieser Frage in der Versammlung im November 1894 an. Von einer Geldfrage ist hier nicht die Rede; niemand außer dem Vorredner wird glauben, daß das Konsistorium seine Ansicht geändert habe, weil jetzt einige Geistliche an einem Sonntag 12 M. verdienen können. Einen ähnlichen Versuch wie die Magdeburger Tischlerinnung machten wir auch; wir geben an einem Mittwoch Vormittag entsprechende Gelegenheit, ohne, wie die Magdeburger Innung, eine Verlängerung der Lehrzeit um ein Vierteljahr den Lehrlingen aufzuerlegen. (Hört! Hört!) Rück-

ständig sind wir und werden es hoffentlich bleiben mit der obligatorischen Fortbildungsschule, weil wir die fakultative Fortbildungsschule, die in Berlin sehr fleißig besucht wird, für eine edlere Form dieses Unterrichts halten.

Ohne weitere Debatte wird die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und weniger Anderer angenommen.

Zu den Kosten der privaten Vorarbeiten für das Projekt des Mittellandkanals (Rhein-Weser-Elbe-Kanal) wird ein nochmaliger Beitrag von 500 M. bewilligt.

Die Wahlzeit der Stadträthe Bail, Borchardt, Heller, Hübner, Kochhann, Krause, Marggraff, Straßmann und Struve läuft am 1. Januar 1896, die des Stadt-Baurath Blanckenstein am 1. Juni 1896, die des Stadtraths Voigt am 1. Juli 1896 ab. Auf Antrag des Vorstehers wird beschlossen, die Vorbereitung der Neuwahlen einem Ausschusse von 15 Mitgliedern zu übertragen.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung sind ohne allgemeineres Interesse.

Schluß ½7 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Für die neueste Hetze gegen unsere Partei soll anscheinend die nationale Entrüstung wider unser angeblich vaterlandsloses Gebahren gegenüber den Ereignissen der 70er Jahre mobil gemacht werden. In einer Rede vom 4. September hat Genosse Auer an der Hand geschichtlicher Dokumente nicht blos die Stellung der Sozialdemokratie zum Kriege und zur Reichsgründung klargelegt, sondern zugleich auch die ganze Legende des Hurrahpatriotismus so gründlich zerfetzt, daß die Buchhandlung des „Vorwärts" sich entschlossen hat, diese Rede, von der die heutige Nummer des „Vorwärts" einen kurzen Bericht bringt, als Agitations-Broschüre herauszugeben. Die Broschüre wird bereits anfangs nächster Woche erscheinen.

Parteigenossen des Kreises Niederbarnim! Sonntag, den 8. September, vormittags 11 Uhr, tritt im Lokale des Herrn Spitzig in Friedrichsberg, Frankfurter Allee 193, die Kreis-Versammlung zusammen. Die Parteigenossen haben die Pflicht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Auf der Parteikonferenz für den Reichstags-Wahlkreis Westprignitz, die am 1. September in Wittenberge abgehalten wurde, waren die Orte Wittenberge, Perleberg, Wilsnack, Havelberg, Strehlen, Targardt, Rühstädt und Weisen durch zusammen 21 Delegirte vertreten. Die Agitationskommission der Provinz Brandenburg war durch Rietz aus Berlin vertreten, die „Brandenburger Zeitung" durch Sidow. Daß gegenüber der vorjährigen Konferenz zwei Orte weniger vertreten waren, beruht auf äußerlichen Gründen und ist daher nicht als ein Rückgang der Bewegung aufzufassen. Ueber Mangel an Referenten wurde vielfach geklagt; besonders bedauerte man, daß immer noch kein Reichstags-Abgeordneter die Westprignitz besucht habe. Der Kreis-Vertrauensmann hatte 458,69 M. Einnahme und 315,30 M. Ausgabe. Mit Agitationsschriften ist der ganze Kreis zweimal und einmal theilweise belegt worden. Außerdem wurde für die Wahl im Stendaler Kreise Hilfe geleistet. Die Beschlüsse der Konferenz sind folgende. Gegen die Berliner Referentenkommission wird Beschwerde erhoben, weil die Wünsche des Kreises nicht so Berücksichtigung gefunden hätten, als dies im Interesse des Kreises und der Partei wohl nothwendig gewesen wäre. Die Provinzialkonferenz soll dahin wirken, daß für rechtzeitige Zuweisung von Referenten auf Verlangen der einzelnen Orte mehr Sorge getragen wird. Ueber das Agrarprogramm wurde folgende Resolution gefaßt: „Die Kreiskonferenz der Westprignitz spricht sich entschieden gegen den Entwurf der Agrarkommission im ganzen und in seinen Einzelheiten aus. Nach der Auffassung der Konferenz widerspricht der Entwurf in seinen Grundlagen wie in seinen Konsequenzen dem sozialrevolutionären Charakter der Partei. Zudem würde seine Durchführung unter allen Umständen seinem Zweck, die Bauernschaft zur revolutionären Partei zu machen, nicht entsprechen, sondern vielmehr geeignet sein, die heute bestehende Gesellschaftsordnung durch künstliche Konservirung des Bauernstandes noch auf unabsehbare Zeiten hinaus aufrecht zu erhalten, und damit den natürlichen ökonomischen und politischen Entwicklungsprozeß zu hemmen. Sie hält die bestehenden Forderungen des Erfurter Programms für ausreichend, um die sozialdemokratische Agitation auf das platte Land zu tragen. Der in Breslau stattfindende Parteitag möge diesen Entwurf an die Agrarkommission zurückverweisen und diese beauftragen, die Agrarverhältnisse eingehend zu prüfen und das gesammelte Material in einer Broschüre niederzulegen bezw. dasselbe zu einer Agitationsschrift zu verwerthen. Die Delegirten zur Parteikonferenz der Provinz Brandenburg haben auf dieser für den obigen Antrag einzutreten." Der § 7 des Organisationsstatuts erhielt folgende Fassung: „Die Beschickung der Provinzial-Konferenz, des allgemeinen Parteitages und der internationalen Kongresse ist Angelegenheit der Kreiskonferenz. Ebenso hat die Aufstellung der Reichstags-Kandidaten durch die Kreiskonferenz zu erfolgen." § 8 lautet jetzt so: „Zur Kreiskonferenz kann jeder Ort nach Maßgabe seiner Mittel bis zu drei Delegirte entsenden. Wo ein Ort nicht in der Lage ist, aus eigenen Mitteln die Delegation zu bestreiten, übernimmt die Kreiskasse die Kosten für einen Delegirten." Beschlossen wurde ferner, daß für Parteizwecke bei außergewöhnlichen Gelegenheiten neben den Bons auch Sammellisten ausgegeben werden dürfen, daß die „Brandenburger Ztg." Parteiorgan des Kreises bleibt und daß die Genossen die Pflicht haben, nach Kräften für die Ausbreitung des Blattes zu sorgen, ferner daß ein Delegirter des 6. Berliner Wahlkreises den Kreis Westprignitz auf dem Breslauer Parteitage vertreten soll. Zum Kreis-Vertrauensmann wurde Frischbier-Wittenberge wiedergewählt, zum Stellvertreter Behrend-Wittenberge, zu Revisoren Grand, Meier, Ziegenbein-Wittenberge. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und unter dem Gesang der Marseillaise wurde die Konferenz geschlossen.

Die sozialdemokratische Partei Elsaß-Lothringens hat am Sonntag in Mülhausen im Ober-Elsaß ihre diesjährige Landeskonferenz abgehalten. Die Versammlung war nicht öffentlich, eine sogenannte réunion privée, wie sie selbst durch die im deutschen Reichsland bestehende napoleonische Versammlungs-Gesetzgebung nicht ins Belieben der Polizei gestellt ist. Es waren sämmtliche Orte mit namhafter Parteibewegung vertreten, aus dem angeführten Grunde jedoch mußte die Zahl der Konferenzbesucher eine beschränkte bleiben. Erschienen waren 42 Theilnehmer, darunter der Reichstags-Abgeordnete von Straßburg, Genosse Bebel, und der Redakteur des „Volksfreund", Genosse Zielowski aus Offenburg. Den Vorsitz führte Emmel aus Saargemünd, Beisitzer war Walter aus Mülhausen und Schriftführer Martin aus Mülhausen. Den Bericht des Landesvorstandes erstattete Doppler aus Mülhausen, über die Kassenverhältnisse und die Presse referirte Martin. Gegenüber dem vielfach geäußerten Wunsche, den Offenburger „Volksfreund" täglich erscheinen zu lassen, erklärte Redakteur Zielowski im Namen des Verlegers Geck: es sei in absehbarer Zeit nicht an ein tägliches Blatt zu denken. Bebel äußerte: wenn gegen keine Partei, so werde die Diktatur in Elsaß-Lothringen doch sicher gegen uns festgehalten, man müsse daher mit Gründungen vorsichtig sein. Außerdem habe die Erfahrung gezeigt, daß Tageblätter in der Provinz ohne bedeutende Zuschüsse nicht zu halten seien. Zu lebhaften Auseinandersetzungen führte der Punkt der Tagesordnung: „Die Wahlen in Elsaß-Lothringen und die Taktik der Partei." Referent war Bueb aus Mülhausen, Korreferent Böhle aus Straßburg. Es gingen zwei Resolutionen ein, von denen die erste (Antragsteller Martin) den Straßburger Parteigenossen, die bei der letzten Bezirkstags-Wahl im Kanton Straßburg-Nord auch im zweiten Wahlgange, trotz der geringen Aussichten, mit einer eigenen Kandidatur vorgegangen sind, die Zustimmung der Landesversammlung ausspricht und im zweiten Theile sagt: „Die Konferenz spricht sich gegen jede direkte oder indirekte Unterstützung einer bürgerlichen Kandidatur, gleichgiltig welcher Parteischablone, aus und empfiehlt den Parteigenossen im Lande, überall wo es die Kampfmittel der Partei erlauben, auch im zweiten Wahlgang mit eigenen Kandidaturen vorzugehen. Die Konferenz giebt ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß nur durch diese Taktik der proletarisch-revolutionäre Charakter der Partei gewahrt und eine gesunde Entwickelung der Parteibewegung verbürgt wird." Die zweite Resolution (Antragsteller Bebel) erklärt zunächst ausdrücklich, daß die Landeskonferenz bei allen vorkommenden Wahlen für öffentliche Angelegenheiten in Elsaß-Lothringen dieselbe Taktik akzeptirt, wie die Genossen im übrigen Deutschland; „das heißt, die Partei betheiligt sich im ersten Wahlgang bei allen Wahlen, die Aussicht auf Erfolg versprechen oder sich als Mittel für die Agitation darbieten. Dagegen erachtet es die Konferenz für zweckmäßig, bei dem zweiten Wahlgang, wenn die im ersten Wahlgang abgegebenen Stimmen keine Aussicht für den Sieg beim zweiten Wahlgang versprechen, oder bei engeren Wahlen, bei welchen die Kandidaten der eigenen Partei ausfallen, denjenigen Kandidaten einer bürgerlichen Partei ihre Stimmen zu geben, welche den Forderungen der Partei am nächsten stehen." Für die Resolution Bebel erklärten sich Bueb-Mülhausen, Doppler-Mülhausen, Emmel-Saargemünd und andere, für die Resolution Martin Böhle-Straßburg und die Mehrheit der Straßburger Delegirten. Die Annahme des ersten Theils der Resolution Martin empfahl Emmel-Saargemünd, gegen dieselbe sprach Bebel. In der Abstimmung wurde der erste Theil der Resolution Martin (Billigung des Verhaltens der Straßburger Genossen bei der letzten Bezirkstags-Wahl) mit allen gegen 8 Stimmen angenommen, hingegen der zweite Theil mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt. Hierauf erfolgte die Annahme der Resolution Bebel mit allen gegen 8 Stimmen. Mit großer Mehrheit wurde noch beschlossen, daß die Partei sich auch an den Kreistags-Wahlen betheilige. Der künftige Landesvorstand erhielt den Auftrag, ein gemeinsames Kommunal-Wahlprogramm für Elsaß-Lothringen auszuarbeiten. Abends referirte Genosse Bebel über das Agrarprogramm. Er rechtfertigte in längeren, ungemein fesselnden Ausführungen die Forderung der Verstaatlichung des Hypothekenwesens, welche nicht konservativ, wie vielfach behauptet worden, sondern in ihren Folgen eminent revolutionär sei. Emmel-Saargemünd referirte über die Organisation, Walter-Mülhausen über die Agitation. Ein Antrag Böhle's, Elsaß-Lothringen in drei Agitationsbezirke mit je einem Agitationskomitee an der Spitze zu theilen, wurde angenommen, ebenso ein Antrag Emmel, wonach der Landesvorstand sich bei wichtigen Anlässen durch Genossen von auswärts zu verstärken habe. Als Vorort der Partei (Sitz des Landesvorstands) wurde aufs neue Mülhausen bestimmt. Den Elsässer Genossen wird empfohlen, auf dem Parteitage in Breslau sich nur durch einen Delegirten vertreten zu lassen; dazu wird ihnen Böhle-Straßburg in Vorschlag gebracht. Schließlich sprach die Konferenz durch einstimmigen Beschluß den im Essener Meineidsprozeß Verurtheilten ihre volle Sympathie aus.

Agrarprogramm. In der letzten Versammlung, die der Sozialdemokratische Volksverein in Solingen wegen des Agrarprogramms abhielt, lagen drei Resolutionen vor, die von den Genossen Franzen, Schumacher und Graßmann gestellt waren. Sie lauten:

1. Die Versammlung erklärt den Programmentwurf der Agrarkommission für durchaus unannehmbar. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die einzelnen neuen Forderungen, besonders aber die Einleitung, dem sozial-kommunistischen Prinzip nicht entsprechen, und spricht im Einverständniß mit der großen Mehrzahl der Parteigenossen im ganzen Lande die Erwartung aus, daß der Parteitag zu Breslau dem Entwurf seine Zustimmung versagen wird.

2. Die Versammlung erkennt die Nothwendigkeit bestimmter Agrarforderungen, namentlich des Landarbeiterschutzes, an; sie wünscht jedoch, daß die endgiltige Beschlußfassung über den Entwurf der Agrarkommission unter Herbeischaffung weiteren Materials über die einschlägigen Fragen erst auf dem nächstjährigen Kongresse stattfindet.

3. Die Versammlung erklärt den Entwurf der Agrarprogramm-Kommission in vorliegender Fassung für unannehmbar, hält es jedoch für nothwendig, daß der diesjährige Parteitag die Kommission beauftragt, umfassenderes Material zu sammeln und einen neuen Entwurf auszuarbeiten.

Die zweite, von Schumacher gestellte Resolution wurde zu gunsten der dritten zurückgezogen. Die Abstimmung ergab für beide Resolutionen Stimmengleichheit. Beide sind also abgelehnt und es ist nun der Kreisversammlung überlassen, sich über die Vorschläge der Agrarkommission schlüssig zu machen.

Reichstags-Kandidaturen. Für den westfälischen Kreis Herford-Halle, bis jetzt vom Freiherrn v. Hammerstein vertreten, wurde am Sonntag auf der Kreiskonferenz in Herford der Redakteur Hoffmann aus Bielefeld aufgestellt; für den Kreis Naumburg-Weißenfels-Zeitz am gleichen Tage von der Kreiskonferenz in Zeitz Redakteur Thiele aus Halle.

Delegirtenwahlen zum Breslauer Parteitag. Dresden-Neustadt: Breslauer und Postelt. — Wahlkreis Naumburg-Weißenfels-Zeitz: Leopold aus Zeitz. — Stettin: Knappe.

13 Jahre lang ist der Parteigenosse Schwarzer in Strehlen in Schlesien bei einem und demselben Unternehmer beschäftigt gewesen. Kürzlich berief er in Schreibendorf eine Versammlung ein, dafür setzte ihn der Unternehmer auf die Straße. So fördert das „Patriotenthum" den „sozialen Frieden".

In den Gemeinderath des hessischen Dorfes Spachbrücken wurde ein Sozialdemokrat gewählt.

Nach der amtlichen „Darmstädter Zeitung" sollen die Zigarrenfabrikanten in Klein-Krotzenburg zu der Drohung, jeder Arbeiter werde entlassen, der sozialdemokratische Blätter lese oder in Wirthschaften verkehre, wo diese ausliegen, aus dem Grunde gekommen sein, weil die Gedächtnißfeiern des deutsch-französischen Krieges in der sozialdemokratischen Presse angegriffen worden wären. Das ist aber unzutreffend. Die Maßregel hat darin ihre Ursache, daß das „Offenbacher Abendblatt" in einem Nachruf über einen verstorbenen Zigarrenfabrikanten den Terrorismus schilderte, den dieser Mann gegen seine Arbeiter ausgeübt hat. Lediglich dies hat den Theilhaber und Verwandten des Verstorbenen veranlaßt, in der geschilderten Weise in das Privatleben seiner Arbeiter einzugreifen, wozu das Unternehmerthum in keinem Falle ein Recht hat, und wenn alle Amtsblätter der Welt das Gegentheil noch so emphatisch behaupten. Natürlich hat der Herr dann auch Nachahmer gefunden.

Der sozialdemokratische Verein Vorwärts in Pforzheim erklärt im Offenburger „Volksfreund", daß er gegen die Kandidatur des Parteigenossen Stroh nichts mehr unternehmen werde.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— **Wegen** angeblicher Beleidigung des preußischen Staatsministeriums und der deutschen Reichsregierung stand in Breslau der verantwortliche Redakteur der „Volkswacht", Genosse Neukirch, am Dienstag vor dem Landgericht. Die Verhandlung wurde jedoch vertagt, da der vom preußischen Staatsministerium gestellte Antrag nicht von sämmtlichen Ministern unterzeichnet ist. Der Gerichtshof beschloß, daß die fehlenden drei Unterschriften noch eingeholt werden müssen, da das Ministerium in Preußen nicht in dem Sinne als ein Kollegium anzusehen ist, das in solchen Fällen durch seinen Vorsitzenden vertreten werden kann.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Vergolder und Berufsgenossen. Die öffentliche Versammlung vom 4. September hat einstimmig folgender Resolution zugestimmt: „Die heute, am 4. September, in der „Ressource" tagende öffentliche Versammlung der Vergolder und Berufsgenossen beschließt, die Arbeit nicht früher wieder aufzunehmen, als bis die Fabrikanten den Aufschlag von 33⅓ pCt. bewilligen. Neue Arbeit wird nicht mehr angenommen. Vom Montag ab ruht die Arbeit in allen Fabriken. Ausgenommen sind nur die Fabriken, in denen bereits Lohn gezahlt wird, ferner die Firma Kubitz u. Imberg. Gleichzeitig beschloß die Versammlung, in den ersten 14 Tagen von Bezahlung von Streikgeldern Abstand zu nehmen. Die Fabrikanten werden ersucht, in der nächsten Versammlung, welche am Montag, den 9. September, vormittags 10 Uhr, in der „Ressource", Kommandantenstr. 57, stattfindet, zu erscheinen. Die Fabrikanten werden ferner ersucht, sich schon jetzt an die unterzeichnete Kommission zu wenden.

Zuzug ist streng fern zu halten! Die Filialen werden gebeten, die Berliner Kollegen thatkräftig zu unterstützen!

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Im Auftrage der Kommission:
W. Schnorra, Gerhartstr. 6, Hof III.

Achtung, Musikinstrumenten-Arbeiter! Da viele patriotische Fabrikanten am St. Sedan die Fabriken geschlossen haben und somit den Arbeitern ein unfreiwilliger Feiertag aufgedrungen wurde, werden diejenigen Fabriken, die bisher unterlassen haben, Stellung dagegen zu nehmen, aufgefordert, den Unterzeichneten so schnell wie möglich in Kenntniß zu setzen, da in dieser Sache Montag Abend im Zentrum der Stadt eine öffentliche Versammlung stattfindet.

J. Fischer, Vertrauensmann, Muskauerstr. 33, Quergeb. I.

Achtung, Filzschuh-Arbeiter! In der General-Versammlung der Filzschuh-Arbeiter am 10. August cr. bei Buski ist die Auflösung des Vereins beschlossen worden, nachdem sich sämmtliche Mitglieder zum Beitritt zum „Verein der deutschen Schuhmacher" bereit erklärt haben. Es wurde eine Kommission gewählt, die die geschäftlichen Angelegenheiten des Vereins zu regeln hat. Es werden daher alle, die noch Forderungen an den Verein haben, aufgefordert, diese bei der unterzeichneten Kommission einzureichen, ebenso sind die Reste von Marken, Billets und Geldern bis spätestens Dienstag an den Kollegen E. Reinfeldt, Swinemünderstraße 6, 3 Tr., abzuliefern. Die Abrechnung erfolgt durch den „Vorwärts" und in der Versammlung der Schuhmacher. Alle Fehlenden werden bekannt gegeben. — Die Kommission. J. A.: Carl Lange, Gr. Frankfurterstr. 73.

Achtung, Metallschleifer! In der Werkstatt des Schleifermeisters Roth, Alexandrinenstr. 97, werden Arbeiten für die Firma Dewitt u. Hertz hergestellt. Die Kollegen werden hierauf aufmerksam gemacht.

Sattler. Der Streik in der Militäreffekten-Fabrik von Loh (Berlin) dauert unverändert fort. Zu den 28 Streikenden, die von Anfang an die Arbeit eingestellt hatten, sind noch fünf Heimarbeiter zugekommen. Zur Zeit sind 18 Verheirathete mit 15 Kindern und 15 Unverheirathete am Streik betheiligt. Die Heimarbeiter haben sich, sobald sie über den Streik unterrichtet wurden, angeschlossen. Der Zuzug von Sattlern nach Berlin ist fernzuhalten, da möglicherweise noch andere Militäreffekten-Fabriken in die Bewegung hineingezogen werden.

Die Setzer und Drucker der Papierwaaren-Fabrik von Ernst Sarfert Nachf. in Bockwa bei Zwickau haben wegen Tarifstreitigkeiten gekündigt.

Die ausständigen Klempner Mülhausens i. E. haben ihre Forderungen bewilligt erhalten.

Aus Bialystok in Rußland wird der „Vossischen Zeitung" über den schon früher vom „Vorwärts" erwähnten Streik noch geschrieben: Die Regierung des Zaren hat es vor etwa drei Monaten für nothwendig erachtet, die sämmtlichen Arbeiter der Fabriken mit Büchern zu versehen, die neben einem Auszuge des allgemeinen Strafgesetzes auch die hauptsächlichsten Bestimmungen der Fabrikgesetzgebung enthalten. Aus diesem kleinen Buche sind für den einzelnen nicht blos seine Pflichten gegen Staatsobrigkeit und Fabrikherrn, sondern auch seine persönlichen Rechte ersichtlich. Am Schluß des Buches hat auch noch ein Formular für Lohnzahlungen und ein solches für die Höhe der bei gewissen Uebertretungen vom Lohn in Abzug zu bringenden Geldstrafen Platz gefunden. Die ganze Einrichtung hat den Zweck der Belehrung oder, wie es hier zu Lande heißt, der Aufklärung über Rechte und Pflichten, über Leistungen und Gegenleistungen in dem mit dem Fabrikbesitzer bestehenden Vertragsverhältniß. Schon im Laufe der Sommermonate hatte es Schwierigkeiten, die Arbeiter zur Empfangnahme dieses Buches gegen Quittungsleistung zu bewegen. Jetzt hat sich die Unzufriedenheit mit dieser Neueinrichtung bis zu der sinnlosen Annahme, es handle sich um Wiedereinführung der Leibeigenschaft, gesteigert. Die Gegenvorstellungen der Behörden in Gemeinschaft mit den Fabrikherren sind erfolglos geblieben, und vor ungefähr zehn Tagen ist bei sämmtlichen Fabriken unseres Kreises eine Arbeitseinstellung in Szene gesetzt worden, die mindestens zehntausend Arbeiter umfaßt. Nicht etwa, daß diese dadurch ihre Unzufriedenheit gegen ihre Brotherren zu erkennen geben wollen, nein, sie lehnen sich einfach gegen die Einrichtungen des Staates auf. Um diesen mit Gewalt Geltung zu verschaffen, andererseits aber auch den Stillstand der Fabriken möglichst einzuschränken, hat das Militär eingegriffen. Bei uns sind in der Umgebung schwärmen die Kosakensotnien; trotz ihrer wuchtigen Handhaben aber ist bis heute von ihnen nichts besonderes erreicht worden. Im allgemeinen sind unsere Fabrikherren nicht sehr beunruhigt über diese sozialen Wirren und leben der bestimmten Zuversicht, daß in wenigen Tagen, ob mit Gewalt oder in Güte, der Ausstand beendet sein wird. In siebzehn Gouvernements des Reiches ist die Neu-Einrichtung anstandslos durchgeführt worden. Das Gouvernement Grodno und insbesondere darin der Kreis Bialystok mit seinen nahe an zweihundert Fabriken ist der erste Bezirk, wo die neue Einrichtung auf Schwierigkeiten stößt.

Die Bücher, um die es sich handelt, sind nach unseren Informationen einfach Arbeitsbücher, und die Arbeiter haben daher ganz recht, sich gegen die Einführung dieser Bücher zu wehren.

Eingelaufene Druckschriften.

Der Sozialdemokrat, Central-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 3).

Inhalt der Nr. 36: Wochenschau. — Einige neue Vorschläge zum Agrarprogramm. — Die finanzielle Lage der englischen Gewerkschaften. — Herr v. Rottenburg und die Zünftler. — Zum Essener Meineidsprozeß. — Ueber die Bewegung für das Stimmrecht der Frauen in England. — Die rumänische Sozialdemokratie und die jüdischen Arbeiter. — Parteinachrichten. — Wie man uns behandelt. — Todtenliste. — Versammlungsstimmen zum Agrarprogramm. — Lohnbewegung und Streiks in der Schweiz seit 1890. — Gewerkschaftliches. — Literarisches.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 49. Heft des 13. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Essener Meineidsprozeß. — Ueber Ludwig Anzengruber. (Schluß.) — Großlandwirthschaft oder Kleinlandwirthschaft. Von Eduard Adler. —

Auch ein Jubiläum. — **Josef Dietzgen.** Ein Abriß seines Lebens von Eugen Dietzgen. — Literarische Rundschau. — Notizen: Zur Geschichte der Petroleum-Industrie. — Feuilleton: Germinie Lacerteux. Von Edmond und Jules de Goncourt. Einzige autorisirte Uebersetzung von Emma Adler. (Fortsetzung.)

Von der **Gleichheit**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 18 des 6. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Kesselrevision, nebenbei auch Fabrikinspektion. — Friedrich Engels. (Fortsetzung.) — Die liebe Polizei im Kampfe gegen die proletarischen Frauen. — Die Agitation für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen. — Zur Lage der Geraer Textilarbeiterinnen. — Feuilleton: Der Hafen. Von Guy de Maupassant. Deutsch von Marie Kunert. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1895 unter Nr. 2750) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 85 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Inseratenpreis die zweigespaltene Petitzeile 20 Pf.

Die **„Soziale Praxis, Centralblatt für Sozialpolitik"**. Nr. 49 enthält u. a.: Armenpflege und Arbeiterversicherung. I. Die Enquete des Vereins für Armenpflege. Von Dr. P. Alberti. II. Die badische Statistik. Von Dr. K. Faber. Aus dem Notizentheil heben wir hervor: Beseitigung der kommunalen Doppelbesteuerung in Preußen. — Sparkassen-Bestrebungen der Städtischen Sozialkommission in Krefeld. — Fremdartige Zumuthungen an die Gemeinden. — Die deutschen Gewerkschafts-Organisationen im Jahre 1894. Von C. Legien, M. d. R. — Verband der englischen Frauen-Gewerkvereine. — Streiks in Oesterreich. — Die Submissionsfrage auf dem sächsischen Innungstage. — Sicherung der Bauhandwerker im Deutschen Reich. — Arbeitslosen-Versicherung in Bern. — Mitwirkung der Vormundschaftsgerichte bei Beitrags-Festsetzungen an Waisen. — Statistik der Krankenversicherung in Sachsen. — Belehrung über die Berufungsfrist in Armensachen. — Weibliche Armenpfleger in Kolmar. — Auskunftsstelle für Wohlthätigkeit in Görlitz. — Benutzung der Volksbibliothek in Kiel.

Von der Wiener Wochenschrift **„Die Zeit"** ist soeben das 48. Heft erschienen. Aus dem Inhalt desselben heben wir hervor: Der Bezirks-Bürgerhauptmann. Von K. — Kriegsgericht und Universität. Von Dr. Julius Ofner. — Die materialistische Geschichtskonstruktion und das Christenthum. Von Karl Jentsch. — Die Aenderungen unserer Wirthschaftsverfassung im 19. Jahrhundert. Von Prof. Dr. Eugen v. Philippovich. — Technik und Kultur. Von Leo Silberstein. — Ueber Doppelempfinden. Von Karl Rosner. — J. S. Machar. Von F. V. Krejci. — Premièren. Von Caph. — Die Woche. — Bücher. — Revue der Revuen. — Der Mondreigen von Schlaraffis. Von Ricarda Huch.

„Neue Revue". Die Wochenschrift für Politik, Wissenschaft, Kunst und öffentliches Leben „Neue Revue" veröffentlicht in Heft Nr. 39 (VI. Jahrg.) vom 4. September 1895 folgende Aufsätze:

M. Citoyen: Moralunterricht; K. Bleibtreu: Zum Jubiläum von 1870 (Sedan); P. Pauli: Die neudeutsche Sprachbewegung; J. K. Ingram: Die Beseitigung des kolonialen Sklavenhandels; Ch. Khrogh: Aufgepaßt! Theater und Literatur; Miniaturbilder aus der Zeit.

Ein Paradies. Nach dem Holländischen des Rienzi. Berlin, B. Heymann. 16 S., 10 Pf.

Der Gottesbegriff. Aus dem Holländischen des D. Nieuwenhuis. Bielefeld, G. Slomke. 80 S., 40 Pf.

„Menschenopfer unerhört," Bedenken gegen den Religionsunterricht. Von K. Faust. Leipzig, Schupp.

Naturarzt-Kalender, 1896. Berlin, W. Möller.

La superstition socialiste. Par le baron R. Garofalo. Traduit de l'Italien par Auguste Dietrich. Paris, Félix Alcan (108 Boulevard Saint Germain 108).

Briefkasten der Expedition.

Für die Familien der im Essener Meineidsprozeß Verurtheilten gingen bei uns ferner ein:

Carl Voß 1,50. Fr. 1,—. T. 1,—. Von den Arbeitern der Salomon'schen Lederfabrik, Treptow 21,55. Ein Zeitungshändler 1,—. Von Angestellten der Normalzeit 4,50. Gesammelt bei der Lassallefeier in Apolda 9,55. Dr. —r, Charlottenburg 5,—. „Klub Margareth", Straßburg i. Elsaß 5,—. Lese- und Diskutirklub Aufklärung 6,—. 2 Spandauer Frauen 1,—. Durch Max Becher, Alte Jakobstr. 20 3,75. Athletenklub Florenz, durch die Frauen rund gemacht 10,—.

Summa 70,85 M. Bereits quittirt 4053,82 M.; in Summa 4124,67 M.

In Nr. 206 der Zeitung soll es statt Schränkefabrik Sudikatis u. Krohn, Schraubenfabrik heißen. Ferner ist anstatt Personal der Buchbinder Berner, W. Bruer Nachf. zu lesen.

P. M. Im achten Jahre.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, 6. September.

Opernhaus. (Kroll's Theater.) Carmen.

Schauspielhaus. Das Käthchen von Heilbronn, oder: Die Feuerprobe

Deutsches Theater. Der Widerspenstigen Zähmung.

Berliner Theater. Bernhard von Weimar. — Hohenzollern.

Lessing-Theater. Der Veilchenfresser.

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Die Reise nach dem Mars.

Neues Theater. Der natürliche Sohn.

Schiller Theater. Minna von Barnhelm.

Residenz-Theater. Fernand's Ehekontrakt.

Adolph Ernst-Theater. Paradebummler.

Central-Theater. Eine tolle Nacht.

Alexanderplatz-Theater. Flitterwochen. Vorher: Ein Kind der Liebe.

National-Theater. Berliner im Feuer und Wasser.

Theater Unter den Linden. Die Chansonnette.

Belle-Alliance-Theater. Berliner Raubthiere. Schwarze Diamanten.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)

Freitag: **Minna von Barnhelm.**
Sonnabend: **Götz von Berlichingen.**
Sonntag: **Kabale und Liebe.**

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater

25/26. Chausseestr. 25/26.

Jeden Abend 7½ Uhr:
Gastspiel der **Schauspielgesellschaft**
„Die Liliputaner!"
Direktion: Carl u. Theodor Rosenfeld.
Die Reise nach dem Mars.
Großes Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten und 13 Bildern von Robert Breitenbach.
Die Kasse ist von 9 Uhr vorm. ab den ganzen Tag geöffnet. Außerdem Billets im Invalidendank.

Adolph Ernst-Theater.

Paradebummler.
Gesangsposse in 4 Akten von Eduard Jacobson u. Leon Treptow. Kouplets von Ed. Jacobson und Gustav Görß. Musik von Gustav Steffens.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Kein Aufgeld.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: **Max Samst.**
Berliner im Feuer und Wasser.
Volksstück in 5 Akten und 7 Bildern von Fritz Schäfer.
Musik vom Kapellmeister A. Wiedecke.
Regie: Fritz Schäfer.
Dirigent: Kapellmeister A. Wiedecke.
Wirkliches Feuer.
Wirkliches Wasser. Wirklicher Regen.
Hauptbilder:
3. Bild: La Puce (Henny Schmid sucht den Floh).
6. Bild: 80 bildschöne badende Mädchen im Wasserbassin mit wirklichem Wasser.
7. Bild: Groß-Feuer (Rettung von drei Menschen aus Feuersgefahr durch unsere brave Feuerwehr.)
Montag: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend: **Gürtelringkampf und Spezialitäten-Vorstellung.**

Neues Club-Haus

72. Kommandantenstrasse 72.
Jeden Sonntag: **BALL.**
Empf. meine 4 Säle zu Festlichkeiten u. Versammlungen gratis. H. Ebert.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.
Emil Thomas a. G.
Zum 3. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von **Wilh. Mannstädt** und **Julius Freund.**
Musik von **Julius Einödshofer.**
In Szene gesetzt v. Dir. **Richard Schultz.**
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Zum 4. Male: **„Eine tolle Nacht."**

Passiren denn noch Wunder!
Ja!
Kommt und seid überzeugt!
Ein dunkles Geheimniß
ist der
Singhalese
Rannin
jeden Abend 9½ Uhr präzise
in
Kaufmann's Variété
Königstrasse, Kolonnaden.
Ferner 24 Novitäten-Nummern
Mlle. Arniotis kommt!!!

Eden-Konzert
Welt-Restaurant
Dresdenerstr. 97. 2143l.
Im vorderen Saal täglich:
Grosses Künstler-Konzert.
Entree vollständig frei!
Im Theatersaal:
Grosse Variété- und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr; der Vorstellung: Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Alcazar.
Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
Vornehmster Familienaufenthalt!
Total umgebaut und neu renovirt.
Durchweg neues
Sensations-Programm!
Neu! Neu!
Rampe's Flitterwochen.
Bourlesque mit Gesang und Tanz in 1 Akt von F. Waldau.
Musik von R. Thiele.
Anfang 7½ Uhr. Entree 10 Pf.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Direktion: R. Winkler.

Passage-Panopticum.

Tunesische Truppe:
Schlangenbeschwörer, Arabische Schule, Bauchtänzerinnen, Derwische etc.

1 Vereinszimmer für 30 Personen zu vergeben. Köpenickerstr. 38. 2707b

Urania
Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5—10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
!Salambo?

Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).
Täglich außer Sonnabends
Victoria-Brauerei
Lühowstr. 111—112, nahe Potsdamer Brücke.
Im wundervollen Konzert-Garten resp. Saal.

Anfang Wochentag 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf-Billets (für die Wochentage) à 40 Pf. und Familien-Billets à 1 M. (für 3 Personen giltig). (Siehe Plakate).
Großartiges Programm!
Jeden Donnerstag und Sonntag nach der Soiree:
Tanzkränzchen.

Circus Jansly-Leo.
Friedrich Karl-Ufer.
Freitag, 6. September, abends 8 Uhr:
Erste grosse Komiker-Vorstellung
unter dem Motto:
Wer lachen will, muss heute kommen.

Buss' Ballsäle,
Große Frankfurterstraße 85.
Gänzlich und elegant renovirt.
Sonntag: Großer Ball.
Entree frei.
Empfehle meine Säle Montags und Mittwochs zu Versammlungen; auch sind noch einige Sonnabende zu vergeben. 2231b

Englischer Garten
Alexanderstr. 27c.
Säle zu Festlichkeiten mit Theaterbühne u. zu Versammlung. unentgeltlich.
2970L* **Hoffmann & Sohn.**

April 1896
ist im Südosten Berlins, lebhafter Arbeiterverkehr, ein
Garten-Restaurant
mit kleinem Saal u. Vereinszimmer zu verm. Dasselbe biet. tücht. Wirth sichere Existenz. Refl. bel. Adr. unt. A. B. I in d. Exp. d. Ztg. abzug. 2250b

Ein gangb. **Gas- u. Wassergeschäft** ist krankheitsh. z. verk. Näh. unt. V. 14 Annoncen-Exp. Thurmstr. 2. 2258b

Ausstellung Italien in Berlin.
Größtes und angenehmstes Vergnügungslokal der Residenz.
24 italienische Kapellen,
die in allen Restaurants der Ausstellung konzertiren.
Täglich: **Großes Fest-Programm.**
Konzert des Maestro Gialdini.
Konzert der Bersagliern unter Leitung des Maestro Gatti.
Grosser Gondel-Corso auf dem Canale grande.
Entree pro Person nur 50 Pf. — Kinder unter 12 Jahren frei.

Danksagung.

Für die rege Theilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Gelbgießers **Karl Dahms**, sage ich Verwandten und Freunden, besonders der Firma Julius Pietsch, den Meistern, Kollegen und Sängern, sowie dem Ortsverein der Klempner und Metallarbeiter V, meinen besten Dank. Die trauernde Wittwe **Auguste Dahms** geb. **Wolter.** 2259b

Verband der Sattler und Tapezirer.
Filiale Norden.
Am 7. September, abends 8½ Uhr, bei **Meyer, Müllerstr. 7:**
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Diskussion über Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Verschiedenes.
Um pünktliches Erscheinen bittet
156/15 **Die Ortsverwaltung.**

Louis Keller's Riesen-Festsäle, Koppenstr. 29.
Sonnabend, den 7. September cr.:
11. Stiftungsfest
des Gesangvereins
„Stralauer Liedertafel II"
(Mitgl. d. A.-S.-B. Berlins u. U.).
Instrumental- u. Vokalkonzert
und **Spezialitäten-Vorstellung.**
Unter gütiger Mitwirkung der Gesangvereine Vorwärts III zu Friedrichsfelde, Frohsinn II und Frischauf I zu Friedrichsberg und Zukunft in Nieder-Schönhausen, Orchesterverein Harfe II und Kraftklub Union in Stralau.
Vierfacher Ringkampf. 267/1
Nach dem Konzert: **Ball.**
Große **Gratis-Lotterie.**

Lassallefeier Schönholz
Die Gewinne auf Nr. 21 und 85 sind bei Malinowsky, Reinickendorf Wilkestr. 30, abzuholen. 222/12

Erkläre hiermit, daß der Kollege Baudach seinen Verpflichtungen dem Holzarbeiter-Verband gegenüber nachgekommen ist. [2256] B. Lohse.

Möbel-Kaufgelegenheit.
Zum Umzug passendste Gelegenheit für Brautleute, Hotels u. Wiederverkäufer. In meinen **größten Möbelspeicher, Neue Königstr. 59, vorn 1.,** sollen sofort ca. 150 Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Durch sehr große Gelegenheitseinkäufe zu fabelhaft billigen Preisen ist es mir möglich schon ganze Wohnungs-Einrichtungen für 90 130, 200 Mk. zu liefern, ebenfalls hochfeine Wirthschaften zu 1000 bis 5000 Mk., also billiger wie jede Konkurrenz. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung, ohne große Preiserhöhung. Kleiderspind 15, Kommode 9, Küchenspind 12, Stühle 2 Mk., neues Nußb.-Kleiderspind 30, Muschelspind 35 Mk., Bettstellen mit Matratzen, Keilkissen 18, Sopha 15 Mk., Säulen-Kleiderspind, hochelegant 56, Trumeaux mit Säulen 60 Mk., Cylinderbureaux, Herren-Schreibtische, Damen-Schreibtische, Schreibsekretäre 90, Plüschgarnituren 60, neue 150 Mk. Paneelsophas, Chaiselongue, Salongarnituren, Portièren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 Mk. Empfehle allen Herrschaften vor Einkauf von Möbeln mein entschieden größtes Möbellager zu besichtigen. Gekaufte Möbel können sechs Monate kostenfrei auf meinen Aufbewahrungs-Speichern lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt.

Kranzbinderei u. Blumenhdlg.
August Retzlaff,
Gerichtstraße 80, 2969b
empfiehlt für Gewerkschaften und Vereine **Widmungskränze, Guirlanden** und **Blumen** zu den billigsten Marktballen-Preisen bei geschmackvoller Ausführung

Dampfreinigungsinstitut
für 3210E*
Bierdruck-Apparate
von **W. Oberschmidt & Co.**
Gefällige Bestellungen:
Berlin N., Weinbergsweg 11d.

Gut gehendes **Parterre-Restaurant** mit **Garten** ist sofort preiswerth zu verkaufen. Zu erfragen Naunynstr. 83 im Restaurant. 3152E*

Achtung! Achtung!
Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtödten umsonst **Guckel,** Lausitzer Platz 2. Elsasserstraße 12.

Brennholz billig zu verk. Kistenfabrik Lindenstr. 26. 2257b

Restaurations-Verkauf
event. Vermiethung. Schöne große Räume, neue Einrichtung, flottes Baugeschäft, großes Bauterrain, unmittelbar am Bahnhof und königl. Amtsgericht. L. Fernkorn, Charlottenburg, Berlinerstr. 68. Vrtr. d. Brauerei Pichelsdorf.

Gr. Vereinszimmer noch z. vergeb. Empfehle kräftigen **Mittagstisch.**
3095E* **Flick,** Simeonstr. 23.

Nur 4½ Mark
Goldin-Remontoir-
Anker-Uhr für Herren, von echtem Golde nicht zu unterscheiden, versende ich, so lange der Vorrath reicht, zum Spottpreise von nur M. 4,50. Goldin-Damen-Remontoir-Anker-Uhren à M. 5,50. Für guten Gang 2 Jahre Garantie. Goldin-Uhrketten für Herren und Damen à M. 1,50, Goldin-Ringe à M. 1,50. Vorzügliche Weckeruhren à M. 3.—. Versand gegen Nachnahme oder vorher. Geldeins. (auch Briefmarken) durch die Firma: **Feith's Neuheiten-Vertrieb in Dresden A. 9.**

Nur Vorderwohnungen sind Prenzlauer Allee 195, Ecke Danzigerstraße 66, aus 2—4 Zimmern mit Bad, Mädchenzelaß best. z., 1. Okt z verm. Vorder- u. Hintergart., s.-Haltest. zweier Pferdebahn.

Arbeitsmarkt.

Achtung!
Parquetbodenleger!
Die Kollegen der Firma **Rosenfeld & Cie.** haben wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist strengstens fernzuhalten. 76/17*
Die Werkstatt-Kontrollkommission d. Deutschen Holzarbeiter Verbandes.

Achtung, Klavierarbeiter!
Der Streik in der Piano-Fabrik von Jul. Pfaffe, Landsbergerstr. 100, dauert unverändert fort. Zuzug ist strengstens fernzuhalten. 141/15*
Die Werkstatt-Kontroll-Kommission.

Achtung! Achtung!
Zimmerer!
Die Baufirmen: 256/12
Schwien, am Urban, Pumplun & Co., Wilmersdorf, Simon & Co., Haidestraße, und **Charlet, Dunckerstraße,**
haben die Forderungen unserer Berufsgenossen bewilligt. **Die Sperre ist deshalb aufgehoben.**
Die Firmen:
Küster, Greifswalderstraße
und
Stiebitz & Köppchen, Birkenstraße
bleiben nach wie vor gesperrt.
Das ständige Bureau befindet sich bei **Blaurock, Gipsstr. 16.**
Der Vertrauensmann der Berliner Zimmerleute.

2 tüchtige Versilberer, 24 M. Lohn, verlangt sofort A. Poose, Siegnitzerstraße 15.

1 tücht. Schlosser u. 1 Monteur für Gas- und Glühlicht-Anlagen finden lohnende u. dauernde Beschäftig. bei Fr. Korka, Schlosser u. Installateur f. Gas-, Wasser- u. Heizungs-Anlagen, Borsigstr. 31. 2253b

Selbständiger Meister
gegen guten Lohn für dauernde Arbeiten zum Planschleifen von Zink und Kupferplatten gesucht. 3174E*
Offerten in der Expedition dieser Zeitung unter **P. E.**

Karton- Arbeiterinnen, geübte, verl. A. Eisenstädt, Beuthstr. 5. *

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 208. Freitag, den 6. September 1895. 12. Jahrg.

Unserm neuesten Kurs.

August

1. **Münster.** Acht Genossen wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz, zu Geldstrafen von 15—85 M. Gesammtsumme 280 M.
„ **Solingen.** Von der Anklage, einen Unteroffizier beleidigt zu haben, Genosse Wilde freigesprochen. Antrag 200 M. Geldstrafe.
„ **Stettin.** Die Genossin Frau Naß und Frau Pangram von der Anklage der Uebertretung der §§ 43 und 149 der Gewerbe-Ordnung freigesprochen.
„ **Jauer.** In der Berufungsinstanz Genosse Lehms wegen Beleidigung eines Amtsvorstehers 30 M. Geldstrafe. Erstinstanzliches Urtheil 8 Tage Gefängniß.
3. **Frankfurt a. M.** Wegen Beleidigung des Ortsvorstehers Brode in Reußen, Genosse Schmidt 300 M. Geldstrafe.
„ **Altona.** Sechs Monate Gefängniß der Pantoffelmacher Bauer aus Pinneberg wegen Majestätsbeleidigung. Antrag: 1½ Jahre Gefängniß.
„ **Lägerdorf.** Der Vorsitzende des Wahlvereins wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz 6 M. Geldstrafe.
5. **Goslar.** Genosse Roßkamp wegen groben Unfugs, Boykottaufforderung, 5 M. Geldstrafe.
5. **Erfurt.** Wegen Beleidigung eines Oberlehrers Genosse Huth 100 M. Geldstrafe.
6. **Wiesbaden.** Zwei Monate Gefängniß Genosse Reibel wegen Majestätsbeleidigung.
7. **Konstanz.** Die Genossen Krohn, Dittrich, Schulze und Hauri je 10 M. Geldstrafe wegen Vergehens gegen das badische Einführungsgesetz zum Reichspreßgesetz.
„ **Leipzig.** Sieben Maurer wegen Hausfriedensbruchs, begangen bei dem Ausstand, je 10 Tage Gefängniß.
„ **Fürth.** Wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zehn Vorstandsmitglieder des Frauen- und Mädchenvereins je 10 Mark und 45 Mitglieder je 3 Mark Geldstrafe.
8. **Dresden.** Wegen Beleidigung von Arbeitskollegen anläßlich einer Arbeitsniederlegung die Genossen Rostig und Feuerberg je 5 Wochen und Genosse Hoffmann 1 Woche Gefängniß.
„ **Berlin.** In der Revisionsinstanz die Genossen Topf und Roland von der Anklage der Verrufserklärung freigesprochen.
10. **Berlin.** Genosse Knoll wegen Beleidigung eines Steinsetzmeisters und eines Garnisonbeamten, beide in Erfurt, 200 M. Geldstrafe.
13. **Kiel.** Ein Genosse wegen unerlaubten Kollektirens 5 M. Geldstrafe.
„ **Berlin.** Wegen Aufreizung, Verächtlichmachung staatlicher und kirchlicher Einrichtungen ꝛc. Genosse Steding 9 Monate Gefängniß. Genosse Baake von der gleichen Anklage freigesprochen.
„ **Magdeburg.** Ein Tag Gefängniß, Genosse Baumüller, wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.
15. **Kassel.** Genosse John, wegen Beleidigung eines Bürgermeisters 14 Tage, und wegen Beleidigung militärischer Vorgesetzten, 3 Wochen Gefängniß.
„ **Ilmenau.** Wegen unerlaubten Kollektirens, ein Genosse 10 M. Geldstrafe.
16. **Landshut.** Von der Anklage, groben Unfug verübt zu haben, fünf Genossen freigesprochen.
17. **Harburg.** Genosse Kaufmann wegen öffentlicher Beleidigung 100 M. Geldstrafe. Von der gleichen Anklage — dolus eventualis — die Genossen Weniger und Weber freigesprochen.
„ **Essen.** Wegen wissentlichen Meineides Genosse Schröder 2 Jahre 6 Monate, die Genossen Meyer und Gräf je 3 Jahre 6 Monate, und die Genossen Imberg, Beckmann und Willing je 3 Jahre Zuchthausstrafe. Der Genosse Thiel wegen fahrlässigen Meineides 6 Monate Gefängniß.
19. **Osnabrück.** In der Berufungsinstanz Genosse Schrade-Bramsche wegen Beleidigung eines Werkmeisters 50 M. Geldstrafe. Erstinstanzliches Urtheil zwei Monate Gefängniß.
„ **Schweidnitz.** Sechs Wochen Gefängniß Genosse Hartung in Freiburg wegen Beleidigung der Polizeibehörde. Freisprechung erfolgte von der Anklage, groben Unfug verübt zu haben.
20. **Stettin.** Von der Anklage, zu Gewaltthätigkeiten aufgereizt zu haben, Genosse Herbert freigesprochen.
20. **Luckenwalde.** Genosse Hellfinger 5 Mandate auf je 15 M. lautend wegen Annoncirens der Einladung zu einem verbotenen Volksfest. Wegen des gleichen Vergehens Buchdruckereibesitzer Kobisch 15 Mark.
„ **Soden im Taunus.** Wegen groben Unfugs Genosse Petermann, 1 Woche Haft.
21. **Breslau.** Von der Anklage, einen Maurermeister beleidigt zu haben, Genosse Kosmeier freigesprochen.
22. **Hanau.** Genosse Hoch von Hanau, und Genosse Schmidt-Frankfurt, von der Anklage, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten angereizt zu haben, freigesprochen. Antrag: 4 bez. 1 Woche Gefängniß.
22. **Königsberg i. Pr.** Drei Wochen Gefängniß, Genosse Lorenz, wegen Beleidigung eines Polizeibeamten.
„ **Leipzig.** Wegen Richterbeleidigung Genosse Wiesenthal, 3 Wochen Gefängniß.
23. **Dresden.** 30 Mark Geldstrafe Genosse Rothe in Plauen wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz.
„ **Meißen.** Genosse Thiepold wegen Beleidigung eines Kaufmanns 2 Wochen Gefängniß.
26. **Neu-Ruppin.** 9 Monate Gefängniß Genosse Kniestedt in Acken wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegeneinander.
27. **Halle.** Wegen Beleidigung von Polizeibeamten Genosse Schneckenburger 6 Monate Gefängniß.
„ **Leipzig.** Wegen Beleidigung eines Arbeitskollegen und Verstoßes gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung Genosse Kunigam 6 Tage Gefängniß.
28. **Duisburg.** Genosse Kohns aus Essen, wegen Majestätsbeleidigung 3 Monate Gefängniß.
29. **Nürnberg.** Drei Monate und 3 Tage Gefängniß ein Genosse wegen Verstoßes gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung.

Insgesammt wurde erkannt auf 1476 M. Geld-, 18 Jahre 6 Monate Zuchthaus- und 4 Jahre 5 Monate 3 Wochen und 2 Tage Gefängnißstrafe.

Der Parteivorstand.

Was ist die Volkspartei?

Aus Südwest-Deutschland wird uns geschrieben:

Die Programme der Deutschen Volkspartei — denn das Programm wurde mehrmals geändert — gingen stets sehr ins einzelne. So auch ihr neuer Programmentwurf. Kein Wunder, wenn man die Rolle bedenkt, die in dieser Partei Juristen spielen. Diese Juristerei bringt es mit sich, daß hier viel paragraphirt, registrirt, numerirt wird.

Diesmal sind im politischen Theil des Programms die meisten Erweiterungen dadurch entstanden, daß die „Grundrechte“ von 1849, deren Aufnahme in die Reichsverfassung das alte Programm fordert, nunmehr in den Text verarbeitet wurden. Es ist also soweit nichts neues. Es ist aber nicht alles aus den „Grundrechten“ in den Programmentwurf aufgenommen worden. Eins fehlt, das nicht ohne Interesse ist.

Artikel 13 der „Grundrechte“ lautete: „Den nicht deutschredenden Volksstämmen Deutschlands ist ihre volksthümliche Entwickelung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterricht, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege.“

Das fehlt jetzt in dem Programmentwurf der Volkspartei. Warum? Befindet sich betreffs dieses Punktes die Volkspartei im Widerspruch mit den „Grundrechten“ von 1849 und mit ihrem eigenen alten Programm? Wird sie national unduldsam, wie die nationalliberale Partei?

Wohl enthält der prinzipielle Theil des Programms den Hinweis auf die „Selbstbestimmung“ der Nationen (allerdings in der vagen Form des „gleichen Anspruchs auf Selbstbestimmung“ — unser Programm fordert kategorisch: „Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde“), doch das reicht nicht aus. Auch das alte volksparteiliche Programm enthält diesen Satz, begnügt sich aber damit nicht. Und thatsächlich ist es für ein so ins Detail gehendes Programm, wie das der Volkspartei, das selbst aus der Verantwortlichkeit der Minister oder der Verbilligung der Eisenbahn-Tarife besondere Paragraphen macht, durchaus nicht genügend.

Es handelt sich nicht um die ferne Zukunft, sondern um die Praxis der Gegenwart, wo im Deutschen Reich noch keine Selbstbestimmung der Nationen anerkannt ist. Die Frage ist: wie verhält sich die Volkspartei zu der gewaltsamen Germanisirung Elsaß-Lothringens und Polens? Wie verhält sie sich dazu, daß die deutsche Sprache der andersprechenden Bevölkerung „in dem Kirchenwesen, dem Unterricht, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege“ aufgezwungen wird? Und warum vermieden es die sonst sehr gesprächigen Verfasser des volksparteilichen Programm-Entwurfs, in diesem darüber auch nur ein Sterbenswörtchen zu sagen? Warum lassen sie diese Forderung der „Grundrechte“ unter den Tisch fallen?

Der wirthschaftliche Theil des Entwurfes zeigt unter anderem eine Verschärfung der Forderungen zur Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Das meiste ist hier der sozialdemokratischen Agitation entnommen, ohne freilich daß die Volkspartei mit uns Schritt halten könnte. Wir lassen sie weit zurück, aber sie trippelt nach, so gut sie kann.

Worin aber die deutsche Volkspartei sich nicht direkt an die deutsche Sozialdemokratie anlehnt, das ist auch danach! So die Forderung der „Versicherung gegen Arbeitslosigkeit“, die blos eine Umschreibung des „Recht auf Arbeit“ ist. Da ist zunächst interessant zu erfahren, was sich die Volkspartei unter diesem pompösen Namen denkt? Wie denkt sie sich z. B. die Ausführung dieser Reform? Sollen auch die frisch vom Lande zukommenden Arbeitskräfte versichert werden? Wer soll die Kosten tragen? Worin soll die Versicherung bestehen? Vor allem muß man zu diesen Fragen Stellung nehmen, wenn man mit einer solchen Forderung auftritt. Wie gedenkt nun die Volkspartei damit fertig zu werden? Vielleicht geben uns die Gelehrten und Politiker der „Frankfurter Zeitung“, die für den Entwurf so warm eingetreten ist, darüber Aufschluß?

Uebrigens will die Volkspartei nur die „unverschuldete“ Arbeitslosigkeit versichern. Wie gedenkt sie nun, die Scheidelinie zu ziehen zwischen „verschuldeter“ und „unverschuldeter“ Arbeitslosigkeit? Auch das ist keine müssige Frage, denn von ihrer Beantwortung hängt der Werth der ganzen Maßregel ab. Wir appelliren wieder an die allwissende „Frankfurter Zeitung“, die uns natürlich auch darin wird Bescheid geben können! . . . Oder?

Uns will es scheinen, daß es sich für die Volkspartei dabei blos um eine Art kommunaler Armenunterstützung handelt. Dann sei man doch ehrlich und sage es!

Wir übergehen noch vieles andere, um denjenigen Punkt herauszugreifen, der in diesem Moment für uns das meiste Interesse hat — das Verhalten der Volkspartei zum Bauernthum.

Die Volksparteiler lieben es, zu behaupten, die Sozialdemokratie habe ihre großartigen Erfolge ihrem praktischen Programm zuzuschreiben und nicht ihrer sozialrevolutionären Stellungnahme. Dann bleibt freilich unerklärlich, warum die Volkspartei selbst, die an den gegenwärtigen Staat ungefähr die gleichen politischen und sozialpolitischen Forderungen stellt, wie die Sozialdemokratie, nicht auch einen ähnlichen Erfolg aufzuweisen hat. Deshalb auch der stete Konkurrenzneid der Volkspartei gegen die Sozialdemokratie.

Aber nun bietet sich einmal der Volkspartei die Gelegenheit, zu zeigen, welche praktischen Vorzüge ihre sozialreformerische Stellungnahme hat. Beim Bauernthum stehen ihr weder sozialdemokratische Organisation, noch sozialdemokratische Disziplin im Wege. Der Bauer ist auch von Haus aus der sozialrevolutionären Theorie am wenigsten zugeneigt. Also nichts steht hier der Volkspartei im Wege, damit sie uns einmal beweise, was sie kann und was sie werth ist!

So erklärt denn auch die „Frankfurter Zeitung“, daß die Volkspartei die „Erhaltung und Kräftigung“ des Bauernthums „nicht nur für nothwendig, sondern auch für durchaus möglich“ halte, ein offenbarer agitatorischer Vorzug gegenüber der Sozialdemokratie, die beides für unmöglich hält. So die „Frankfurter Zeitung“; aber wie es gemacht werden soll, darüber hat uns das volksparteiliche Programm Aufschluß zu geben.

Und also spricht ihr neuer Programmentwurf: „(4) Erhaltung und Kräftigung des bäuerlichen und gewerblichen Mittelstandes; Steigerung der Produktivität des Bodens und der Leistungsfähigkeit der mittleren und kleineren Betriebe“ . . . Doch das sind offenbar blos Wünsche, die irrthümlicher Weise unter die programmatischen Forderungen gerathen sind. Aber nicht auf Wünsche, sondern darauf kommt es an, auf welche Weise man sie erfüllen soll. Darauf gibt Antwort! Wünsche sind billig, wünschen kann man sich auch das Blaue vom Himmel.

„Planmäßige Nutzbarmachung der technischen Fortschritte und Hilfsmittel für dieselben“ . . . „Nutzbarmachung“ und dabei noch „planmäßig“ — sehr schön. Aber wie das zu stande bringen? Sehen wir weiter!

Kunst und Wissenschaft.

Berliner Possen. Im Adolf-Ernst-Theater singt Fräulein Dora ein Kouplet, in dessen Endstrophe sie bekennt, das öffentliche Leben gäbe ihr noch Stoff genug zu lustigen Bemerkungen. Aber da hinten in der Ecke lauere „der Blaue“, und da heiße es: „G'scheit sein, still sein, vorsichtig sein“, wie der Schlußvers des Kouplets lautet. Nun ist die Vorsichtigkeit nirgends von größerem Uebel, als bei dem Possendichter, der von jeher das Vorrecht des lustigen Raths besaß, keck und nicht verschwiegen zu sein. Wenn unsere Possendichter selber sich der „Aengstlichkeit aus guten Gründen“ zeihen, wer will da noch auf ein erneutes Aufblühen Berlinischer Possenkunst hoffen und wer noch glauben, daß sich an die alten Possentraditionen mit ihrer Verquickung von sentimentalischer Gutmüthigkeit und sarkastischer Ironie heutzutage anknüpfen ließe?

An zwei aufeinander folgenden Abenden, am Dienstag und am Mittwoch, haben unsere Possentheater, das Adolf-Ernst- wie das Zentral-Theater, ihre diesjährigen Novitäten aufgeführt. Es hat sich in neuerer Zeit ein förmlicher Sport herausgebildet, zu ergründen und zu wetten, welche dieser Bühnen jeweilig das „Rennen um die Gunst Berlins gewinnen werde“. Was dem geehrten Schaupöbel besser behagen wird? Wer nicht den dressirten Pudeln der Berliner Zeitungskritik gleicht, die unter freudigem Gebell dem Publikum apportiren, was der wohlmeinende Direktor apportirt wissen will, dem fällt natürlich die Entscheidung hart. Es ist möglich, daß alles die Szene im Zentral-Theater gesehen haben muß, da der Komiker Thomas aus einem Kanonenrohr geschossen wird und in den Lüften zappelt. Es ist ebenso gut möglich, daß man Tielscher's drei Töchter als elegant kostümirte Paradebummler wird bewundern müssen. Eines ist für den Unbefangenen jedenfalls klar: Das Gerede, als besäßen wir wieder eine Berliner Posse, ist hohle Schaumschlägerei. Weder die „Paradebummler“ bei Adolf Ernst (Verfasser sind die Herren Jacobson und Treptow), noch „Die tolle Nacht“ von Freund und Mannstädt im Zentral-Theater geben ein lustiges, übermüthiges oder bitter-satirisches Bild Berlinischer Vorgänge, Berlinischen Geistes.

Trotzdem sie äußerlich grundverschieden adjustirt sind, sind sie durchaus wesensverwandt. Beide wurzeln in einem Gebiet, das man im internationalen Artistenjargon mit dem Ausdruck exzentrische Komik bezeichnet. Im Adolf-Ernst-Theater kann man noch eher darüber getäuscht werden, weil die Paradebummler noch mit einem dünnen Fädchen an das sentimentalische Volksstück und die Syrupmoral der L'Arronge und Genossen geknüpft sind. Der Schornsteinfeger Hirsekorn ist durch Fleiß und seiner Hände ehrlichen Arbeit ein reicher Rentner geworden. Das ist ja nach uraltem Volksstückbrauch die Regel. Nun wird er protzig, will nur mit Rittern vom Geist verkehren, fällt einem Schwindler in die Hände und erkennt schließlich, daß niemand über seinen Stand hinausstreben solle. Diese Philistrosität ist aber nur ein dürftig gezimmertes Gerüst um die Komödie, die in Wirklichkeit durch komisch-exzentrisches Vorführen von Paradebummlern wirken soll. Paradebummler aber sind Leute, die unausgesetzt bemüht sind, die Aufmerksamkeit der Großstadt auf sich zu lenken, populär zu werden, Staat zu machen.

So weit geht die Wesenkverwandtschaft der sogenannten Berliner Possen, daß bei Adolf Ernst, wie im Zentral-Theater ein und derselbe komisch-exzentrische Tric zu finden ist. Der Handlungsreisende Lehmann (Tielscher) läßt seine drei Töchter immer auf elegante Gruppenbilder bedacht sein, er stellt mit ihnen förmliche Tableaus; im Zentral-Theater thut der Billethändler Pietsch dasselbe mit seinen Paradebummlern, seinen vier à la Barrison aufgeputzten und wohldressirten Töchtern, den „vier Pietschern“, wie es geist- und geschmackvoll in der Posse heißt. Allein naiver und offenherziger ist man im Zentral-Theater gewesen. Dort ist man auf gar keine Moralitäten mehr bedacht. Der Possenreiz wird vorwiegend darin gesucht, daß das Theater und seine schauspielerischen Kräfte mit den grotesk-komischen Künsten und Einfällen bunter Artistenwelt arbeiten. So wird bei der Soubrette selber nicht tolle Laune, Grazie oder Dreistigkeit zur Hauptsache. Wenn sie, gymnastisch geschult, einen exzentrischen Tanz auszuführen vermag, dann spendet man ihrer Bravour überreichen Beifall. Der Philister Pieper aus Nakel in Posen will einmal in Berlin den wilden Mann spielen. Da erlebt er in einer tollen Nacht die seltsamsten Dinge. Im Zirkus Renz wird er zum unfreiwilligen Akteur, beim Souper mit einer Trapezkünstlerin eilt er von Abenteuer zu Abenteuer, und schließlich wirbelt noch ein Maskenball im Wintergarten vor seinen Augen auf. Den Pieper in tausend komischen Verlegenheiten gab Herr Thomas. Die Darsteller des Komischen sind um so übler daran, je mehr das Possentheater sich den Zirkuskünsten nähert. Sie werden im Grunde zu einer passiven Rolle verurtheilt, wo sie aktiv sein könnten. Ihre Individualität wird zurückgedrängt, ihr besonderer Esprit, wenn sie den haben, darf sich nicht entfalten. Was könnte aus dem wienerischen Frohsinn und der herzlichen Schalkhaftigkeit von Frl. Dora, was aus der Berlinischen Schärfe und resoluten Schneidigkeit von Frl. Bäckers bei Adolf Ernst werden, gäbe es eine Posse, die einen Abglanz des wirklichen Lebens bedeutete. So aber zerrinnt ihr Können in einseitigen, niederen Künsten, im Vortrage grotesker Solonummern.

Technische Rundschau.

(Der Clyde-Tunnel. Neue Gewehre. Eine elektrische Quecksilber-Bogenlampe. Petroleum-Lampen.)

Die Welt steht heute im Zeichen des Verkehrs; wenigstens trifft dies für die kapitalistisch entwickelten Länder zu, in denen nicht das Militär, sondern Handel und Industrie die erste Stelle einnehmen. In den großen Verkehrsmittelpunkten Englands, wo der Schiffsverkehr ebenso wenig eine Verzögerung erleiden darf, wie der übrige Verkehr, überbrückt man nicht mehr die Flüsse, welche die verschiedenen Stadttheile trennen, sondern baut die Verbindung unter dem Flußbett, als Tunnels, die von der einen zur anderen Seite reichen. In London wird emsig an einem neuen Themsetunnel gearbeitet; in Glasgow, der großen schottischen Handels- und Fabrikstadt, sind vor kurzem die beiden Ufer des Clyde durch einen gewaltigen Tunnel verbunden worden. Der Clyde ist nur 122 Meter breit, aber sehr tief und durch Baggerarbeiten für Seeschiffe bis zu 5½ Meter Tiefgang fahrbar gemacht, so daß auf ihm ununterbrochen ein starker Verkehr von dichtgedrängten Schiffen herrscht. Da derselbe schon durch die vorhandenen Brücken belästigt wird, so beschloß man, die neue Verbindung, welche zwischen dem Norden und Süden der Stadt nöthig wurde, unter dem Flußbett zu bauen. Dieselbe besteht aus drei getrennten Tunnels, deren jeder eine innere Weite von etwa 5½ Meter hat. Der mittlere ist für Fußgänger, die beiden andern für den Wagenverkehr bestimmt, und zwar sollen durch jeden die Wagen nur in einer Richtung fahren. Der Fußgänger-Tunnel schließt sich dem Flußbette an, so daß man auf einer geneigten Ebene herabgehend, zum theil auch auf Treppen, die Mitte erreicht, von wo man ebenso wieder heraufsteigt. Für Pferde, welche eine starke Wagenlast ziehen, wäre das Ueberwinden der Steigung eine zu schwere Arbeit; daher sind die beiden für den Wagenverkehr bestimmten Tunnels ganz horizontal unter dem Flußbett gelegt; durch hydraulische Aufzüge werden die Lasten und Thiere in die Tiefe und aus der Tiefe wieder herauf befördert. Wenig mehr als vier Jahre genügten, um diese gewaltige Verkehrsader fertig zu stellen, obwohl die

„Schaffung selbständiger Organe für die Landwirthschaft und für das Handwerk zu unabhängiger Berathung der Regierung und sachkundiger Rathsertheilung an die Berufsgenossen." Das ist keine Lösung. Der Bauer frägt die Volkspartei: „Was rathet ihr uns? Was sollen wir thun, was sollen wir vom Staat fordern, um unsere Lage zu verbessern?" Und darauf antwortet die Volkspartei: „Rettet Euch selbst. Wir wissen nichts!"

Das geht nicht, Ihr Herren! Ihr seid eine praktische Reformpartei. Zeigt uns die Reformen, mittels deren Ihr das Bauernthum kräftigen wollt! Heraus mit Eueren Reformen! Macht uns keinen blauen Dunst vor!

Aber nachdem wir den langen Wunschzettel der Volkspartei abgelesen, bleibt nur noch folgender magere Rest: Unterricht — Versuchsstationen — Meliorationstechniker! Und das alles? Doch, es giebt „daneben" noch etwas,

„daneben für die Landwirthschaft: Hebung der Vieh- und Pferdezucht (ein Pferd ist nach volksparteilicher Philologie kein Vieh), sowie der landwirthschaftlichen Nebenbetriebe . . ."

„Hebung", „Kräftigung" ꝛc. — aber zeigt uns doch, wie man's hebt?!

Uebrigens, ein Nebenbetrieb der Landwirthschaft ist, besonders im Badischen und Württembergischen, auch die kapitalistische Hausindustrie. Doppelt interessant zu erfahren, wie diese gehoben werden soll?

Sodann folgen: Jagdrecht und Wildschaden — Aufhebung der Fideikommisse — Beschränkung (blos Beschränkung) der Vermögens-Ansammlung in der todten Hand (was ihr bis Dato zugefallen, soll ihr aber auch für die Zukunft verbleiben). Das sind alte Forderungen, noch von Anno 49, wegen ihres Alters ehrwürdig, doch von geringster Bedeutung.

Schließlich der aus dem alten Programm übernommene fromme Wunsch: „Förderung" der Kredit-, Einkaufs- und Verkaufs-Genossenschaften. Das bleibt ein frommer Wunsch, so lange die Volkspartei nicht klipp und klar erklärt, ob sie staatliche Unterstützung für die Genossenschaften fordert?

Viel Wünsche, wenig Forderungen. Viel Versprechungen, wenig Handlungen. Große Anmaßung, aber geringes Können.

Ja, auf diese Weise kann man vieles in ein agrarisches Programm aufnehmen! Zum Beispiel: Aufhebung der Mißernten, Steigerung der Produktivität des Getreidebaues auf nackten Granitblöcken, Zucht von Seidenwürmern in den Nasen der Bauernkinder . . . . . .

O, Ihr großen Staatsgenies der Volkspartei! Ihr versprachet der Welt einen Berg und giebt ihr eine Maus — jetzt wird die ganze Welt über Euch lachen! Warum habt Ihr denn Eure Maus zu einem Berg aufgebauscht? Die Juristen, die Juristen!

Wenn man wirklich das Bauernthum „erhalten und kräftigen" und dabei ernst genommen werden will, so muß man vor allem zu folgenden Aufgaben klare und entschiedene Stellung nehmen:

1. Wie kann man es machen, daß jede Bauernfamilie einen für ihre Arbeitskräfte ausreichenden Bodenbesitz bekomme;

2. wie kann man es machen, daß dieser Bodenbesitz nicht durch Erbtheilungen zersplittere, zugleich aber keine Mitglieder der Bauernfamilie proletarisirt werden;

3. wie kann man es machen, daß der Bauer bei den niedrigen (und stets sinkenden) Getreidepreisen nicht nur auf seine Produktionskosten, sondern noch auf einen Gewinn komme, der der Familie eine den gesundheitlichen und den kulturellen Erforderungen der Gegenwart entsprechende Existenz sichere;

4. wie kann man die Schuldenlast des Bauernthums abschaffen und ihre Erneuerung verhindern.

Das ist noch keineswegs alles. Aber wenn die Volkspartei wenigstens dazu Stellung nimmt, dann wollen wir mit ihr im Ernst weiter sprechen. Sonst behaupten wir, ihre großen Versprechungen seien nichts als — Flausen!

Vielleicht weiß die „Frankfurter Zeitung", die so vieles weiß, auch darüber was zu sagen?

Mit ihr wollen wir uns noch ein klein wenig unterhalten. Sie ärgert sich in ihrer Sonntagsnummer vom 25. August darüber, daß die Sozialdemokratie die Volkspartei als possibilistisch oder kleinbürgerlich bezeichne. Das demokratische Handelsblatt, das erst kürzlich der Welt verkündete, daß es in den Wiener Bankhäusern gelesen werde, bestreitet die Richtigkeit dieser Behauptung. Ausnahmsweise hat sie nicht so sehr Unrecht. Aber was ist denn die deutsche Volkspartei? sie ist — das Möchtegern — sozialpolitisches Mädchen für alles!

Die Volkspartei ist ein Wesen, das ein weiches Herz hat und eine schwere Leber, einen großen Wasserkopf, lange, dürre Arme, aber gar keine Beine und Geschlechtstheile. Wenn es sich bewegen will, muß es sich auf die Hände stellen, und, währenddem es sich langsam vorwärts schiebt, pendelt sein hilfloser Rumpf zwischen den Armen. Es bleibt auch ewig steril, und aus demgleichen Grunde kann niemand sagen, ob es männlich oder weiblich. Will man die Richtigkeit dieser Zeichnung bestreiten, dann nehme man offen Stellung zu den aufgeworfenen Fragen.

Freilich leichter, als das, ist es, auf das sozialdemokratische Agrarprogramm zu insinuiren. Aber wo in der Volkspartei hat sich nur eine Spur des Protestes gegen das Programm erhoben? Das sozialdemokratische Agrarprogramm ist aber bereits abgethan.

Quod licet Jovi, non licet bovi! Man kann auch den Spruch umkehren: Was den Ochsen ziemt, geziemt dem Zeus nicht. Wir wollen es der Volkspartei verrathen: sie könnte von ihrem Standpunkt aus das ganze sozialdemokratische Agrarprogramm unterschreiben.

Aber vielleicht weiß sie es selbst? Vielleicht hat sie sogar von der seitens der Sozialdemokratie an den Agrarforderungen soeben geübten Kritik heimlicherweise Nutzen gezogen? Wer weiß!

Soziale Rechtspflege.

Gewerbegericht. Wenn bei der Fortsetzung der Arbeit das Leben oder die Gesundheit der Arbeiter (auch der Lehrlinge) einer erweislichen Gefahr ausgesetzt sein würden, welche bei Eingehung des Vertragsverhältnisses nicht zu erkennen war, dann können nach der Gewerbe-Ordnung die Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge) vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne vorherige Aufkündigung die Arbeit verlassen. Auf diese Bestimmung berief sich der Bahnhofsportier S. aus Neisse gegenüber einer Klage des Bäckermeisters Sterndorf, der eine vertraglich ausbedungene Konventionalstrafe beanspruchte, weil der Sohn des Beklagten die Lehre bei ihm verlassen und auf dringendes Verlangen von dem Vater nicht nach Berlin zurückgeschickt worden war, um das Lehrverhältniß fortzusetzen. Der Beklagte hielt sich aber auch noch deshalb dazu berechtigt, den Sohn nicht in die Lehre zurückzugeben, weil diese vom Werkmeister des Klägers mißhandelt worden ist und der Meister selbst angeblich mit den Worten dazu animirt haben soll: „Hauen Sie den Jungen, daß er die Wände raufgeht." Der Kläger bestritt, daß der Lehrling in einer über das zulässige Maaß hinausgehenden Weise geschlagen worden sei und daß er dazu aufgefordert habe; für seine Behauptungen machte er sich anheischig, den Beweis zu erbringen. Der Gerichtshof nahm aber angesichts eines vom Beklagten beigebrachten ärztlichen Attestes davon Abstand, auf die behaupteten Mißhandlungen weiter einzugehen. Er hielt für durchgreifend die Feststellung des Arztes, daß im Interesse der Gesundheit des jungen S. die Aufgabe des erwählten Berufes geboten sei, und wies unter Bezugnahme darauf die Klage ab. Der Vorsitzende betonte noch, daß der Sohn des Beklagten zur einseitigen Lösung des Verhältnisses nach einer Bestimmung des Lehrvertrages, die übereinstimme mit Bestimmungen der Gewerbeordnung (siehe oben) berechtigt war, da seiner Gesundheit beim Verbleiben im Bäckereiberuf eine erweisliche Gefahr drohte.

Der Barbierherr Kuhn wandte u. a. gegen die Lohnentschädigungsklage des Barbiers R. ein, derselbe hätte nicht „bummeln" brauchen, wenn er gewollt; es sei ihm eine Stellung in Friedenau angeboten worden. Der Kläger, welcher infolge der Aufgabe des Kuhn'schen Geschäfts arbeitslos geworden war und nur geklagt hatte, weil ihm Kuhn die versprochene „Abfindung" nicht zu theil werden ließ, wies den Einwand des Beklagten damit zurück, daß ein tüchtiger Barbier eine seinen Fähigkeiten entsprechende „gute Stellung" in Berlin nicht wieder bekomme, wenn er inzwischen in Friedenau gearbeitet habe. Das Gericht schloß sich dem an und erklärte den fraglichen Einwand des Klägers für richtig; unzweifelhaft hätte sich der Kläger in seinem Geschäft geschädigt, wenn er in Friedenau Stellung genommen. Die übrigens noch nicht bewiesene Behauptung, daß er dort hätte arbeiten können, sei somit für den Anspruch des Klägers ganz bedeutungslos. Der Beklagte wurde verurtheilt, da es ihm nicht gelang, nachzuweisen, daß Kläger mit der sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses einverstanden war. Auf die Aeußerung: „Es ist ja egal, ob ich hier oder wo anders arbeite", legte das Gericht kein Gewicht.

Mitglied der Innung zu sein, machte der Schlächtermeister Frühof gegen die Klage seines ehemaligen Kutschers geltend, indem er die Kompetenz des Gerichts für den vorliegenden Rechtsstreit bestritt. Die Kammer VI erklärte sich unter dem Vorsitz des Assessors Unger dennoch für zuständig. Das Gesetz mache einen Unterschied zwischen Gesellen und sonstigen Arbeitern der Innungsmeister, denn es sage ausdrücklich, daß die Schiedsgerichte der Innungen zuständig seien für gewerbliche Streitigkeiten zwischen den zum Bereich des betreffenden Schiedsgerichts gehörenden Innungsmitgliedern und ihren Gesellen. Der Kutscher eines Schlächtermeisters könne aber nicht als dessen Geselle angesehen werden.

Gerichts-Zeitung.

Die famose juristische Erfindung des „dolus eventualis" hat dem Arbeiter Richard Ehrlich aus Britz fünf Tage Gefängniß eingebracht. Ehrlich hatte sich vor dem Rixdorfer Schöffengericht wegen Sachbeschädigung zu verantworten, weil er am 2. Juli d. J. dem Maurer Wunderlich in Britz Hemd und Weste zerrissen hatte. Der Angeklagte war am Abend des genannten Tages in etwas angeheitertem Zustande nach Hause gekommen und mit dem vor der Hausthür stehenden Maurer Wunderlich in Differenzen gerathen. Schließlich hatte Ehrlich den letzteren gepackt, um sich mit ihm zu prügeln und hierbei waren Hemd und Weste des Angegriffenen zerrissen worden. Daß die Sachbeschädigung vorsätzlich geschehen, bestritt der Angeklagte und dies konnte auch nicht durch die Beweisaufnahme nachgewiesen werden. Da aber nur vorsätzliche Sachbeschädigung strafbar ist, so beantragte der Amtsanwalt selbst die Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof unter Vorsitz des Amtsrichters Dr. Schlössing! kam jedoch zu einer Verurtheilung, da hier der dolus eventualis vorliege. Wohl habe der Angeklagte zunächst den Angegriffenen mißhandeln wollen, der Hintergedanke aber sei gewesen, dem Wunderlich eventuell die Sachen zu zerreißen. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte einmal wegen Sachbeschädigung vorbestraft ist, sei auf fünf Tage Gefängniß erkannt worden.

Hoffentlich wird sich mit diesem eigenartigen Urtheil noch die Berufungsinstanz zu beschäftigen haben.

Was ein Häkchen werden will. Der 18jährige Schulknabe Paul Karl Burdack aus Britz hatte sich dieser Tage vor dem Rixdorfer Schöffengericht wegen dreier Diebstähle zu verantworten, deren Ausführung von einem ungewöhnlichen Raffinement zeugt. Eines Tages kam der Angeklagte in die Apotheke von Weickam in Rixdorf und verlangte für 5 Pf. Ingwer, weil er von früher her wußte, daß derselbe aus einem Nebenzimmer geholt werden mußte. Während der Apotheker das Verlangte holte, stahl der Knabe aus der Ladenkasse 6 M., die ihm später jedoch wieder abgenommen wurden. Am nächsten Tage nahm der Angeklagte einem kleinen Knaben, dessen Mutter das Kind mit 50 Pf. zum Kaufmann geschickt hatte, um Waaren zu holen, auf offener Straße das Geld fort und vernaschte es. Den dritten Diebstahl verübte der Angeklagte, indem er einem Schießbudenbesitzer 1 M. entwendete, als er an dessen Ladentisch vorüberging. Wegen zahlreicher ähnlicher Fälle schwebt noch die Untersuchung. Burdack wurde für die drei erwähnten Diebstähle zu fünf Monaten und drei Wochen Gefängniß verurtheilt.

Um den literarischen und sittlichen Werth der von Frau Lina Morgenstern verfaßten und herausgegebenen Jugendschriften handelt es sich in einer Privatklage, welche Frau Morgenstern gegen den Lehrer Ziegler angestrengt hat. Gestern stand in dieser Sache vor der 140. Abtheilung des Schöffengerichts Termin an. Die Parteien waren persönlich zur Stelle, die Klägerin hatte den Rechtsanwalt Gerhardt, Kläger den Rechtsanwalt Winterfeldt als Beistand angenommen. Kläger ist Vorsitzender des Vereins zur Ueberwachung von Jugendschriften und Herausgeber einer Monatsschrift, welche diesen Zweck vertritt. Er hat in einer im Mai dieses Jahres erschienenen Nummer einen Abschnitt aus einem vom Institutsvorsteher Dr. Albrecht Görtz in Leipzig verfaßten Werk „Die Erziehung der jungen Mädchen" wiedergegeben. Dies bildet die Grundlage der Beleidigungsklage. Es wird darin vor den schriftstellerischen Erzeugnissen verschiedener Verfasserinnen, wie Thekla Gumpert, Luise Büchner und Lina Morgenstern gewarnt und besonders hervorgehoben, daß die von der letztgenannten herausgegebene Monatsschrift „Für junge Mädchen" eine geeignete Lektüre für die heranwachsende weibliche Jugend nicht sei. Klägerin nimmt natürlich einen entgegengesetzten Standpunkt ein. Beklagter erklärte, daß ihm eine Herabsetzung der Klägerin völlig fern gelegen, aber im Interesse der Jugend und des von ihm vertretenen Vereins habe er sich der Warnung des Dr. Görtz anschließen müssen. In einer späteren Nummer habe er diesen Standpunkt eingehend begründet. Der Vorstand des Vereins habe die von der Klägerin herausgegebene Monatsschrift geprüft und sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Inhalt nicht bildend sondern verbildend auf jugendliche Leserinnen einwirken müsse. Dasselbe sei der Fall bei dem von der Klägerin herausgegebenen Kalender, der außerdem von grammatikalischen und orthographischen Fehlern wimmele. Das von der Klägerin herausgegebene Buch „Blüthenleben" übe auf die weibliche Jugend einen gefährlichen Einfluß aus, denn anstatt dieselbe zu einer gesunden Thätigkeit anzuspornen, werde eine erotische Wirkung erzielt. Die Rechtsbeistände der Parteien stellten beiderseits Anträge auf Ladung verschiedener Sachverständigen. Der Gerichtshof lehnte diese Anträge ab und beschloß, sich die Akten in der Privatklagesache kommen zu lassen, die von Frau Lina Morgenstern gegen Dr. Götz in Leipzig angestrengt ist und in welcher anfangs Oktober Termin zur Hauptverhandlung ansteht. Ein neuer Termin in der Sache gegen Ziegler wurde zum 15. Oktober angesetzt.

Versammlungen.

„Wie stellen sich die Arbeiter denjenigen patriotischen Fabrikanten gegenüber, welche am Sedantag feiern ließen, doch das Bezahlen vergessen haben?" Mit dieser Frage beschäftigte sich am Mittwoch eine von etwa 700 Personen besuchte öffentliche Versammlung der Metallarbeiter im „Kösliner Hof", Köslinerstr. 8. Vor Eintritt in die Tagesordnung gelangte ein von Endrikatis unterzeichnetes Schreiben der Arbeiter der Firma Brodnitz u. Seydel, Müllerstraße, zur Verlesung, worin gegen die Einberufung dieser Versammlung durch den Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter protestirt wurde, ihre Angelegenheiten regelten sie mit der als human bekannten Firma selbst. (Vereinzelter Beifall und großes Gelächter.) Räther nahm in seinem Referat sofort bezug auf die nach seiner Meinung sonderbare Zumuthung eines geringen Bruchtheils der Berliner Metallarbeiter: ihretwegen von einer Besprechung dieser die Gesammtheit interessirenden Angelegenheit Abstand zu nehmen. (Sehr richtig.) Redner charakterisirte die Feier des 2. September und bemerkte, daß der 2. September 1870 der Ausgang der kapitalistischen Aera in Deutschland sei, deren „Segen" die Arbeiter im vollsten Maße zu kosten bekämen. Hätte die Bourgeoisie demnach auch alle Ursache, am 2. September ihrem Patriotismus Ausdruck zu verleihen, so habe die von ihr geknechtete Arbeiterschaft jedoch entschieden sich dagegen zu verwahren, zu ihren patriotischen Festen als Staffage gezwungen zu werden. Im Mai 1890 seien es gerade die Berliner Metallindustriellen gewesen, die ihre Organisation dazu benutzten, ihren Arbeitern deren größten Feiertag, die Feier der Verbrüderung der Arbeiter der ganzen Welt, zu verbieten, obgleich diese denselben auf eigne Kosten feierten, und heut kommen dieselben Herren und zwingen die Arbeiter gegen ihren Willen und ohne Entschädigung zu feiern. Hiergegen hätten die Arbeiter energisch Protest zu erheben. Wie sehr die Fabrikanten eine Stellungnahme der Arbeiter zu ihren Machinationen fürchteten, bewiesen verschiedene Auslassungen. Von unbekannter Hand sei beispielsweise bei der Firma E. Becker, Chausseestr. 100, am selben Tage ein Zettel am Kloset befestigt worden, der alle Arbeiter der Firma auffordert, in der Versammlung am Platze zu sein, um — gegen das Vorgehen Räther's zu protestiren. (Aha!) Der Referent untersuchte nunmehr die in allen bürgerlichen Zeitungen gepriesene „Opferfreudigkeit" der Berliner Metallindustriellen auf ihren wahren Werth, die Herren haben es sich ein schönes Stück Geld kosten lassen. (!) Viele ließen am 2. September bis Mittag, andere

---

Arbeiten in einem der beiden Seitentunnels vor drei Jahren durch hereinbrechendes Wasser ersäuft wurden.

Bei uns in Deutschland, speziell im lieben Preußen, legt man auf ununterbrochenen Wagen- und Eisenbahn-Verkehr weniger Gewicht; hier müssen sich lange Wagenreihen anstauen, wenn ein Regiment Soldaten vorübermarschirt, und Eisenbahn-Züge müssen halten, wenn es einer königlichen Jagdgesellschaft beliebt, das Wild über die Geleise zu hetzen. Dafür dürfen aber auch Erfindungen, welche sich mit der Vervollkommnung der Mordinstrumente befassen, auf volles Verständniß und freudiges Entgegenkommen rechnen. Auf den einfachen Vorderlader folgte der Hinterlader, auf diesen das Magazingewehr, bei welchem gleich eine ganze Reihe von Patronen in das Gewehr kommt, um hinter einander abgeschossen zu werden, so daß der Soldat es bis auf 25 Schuß in der Minute bringen kann. Jetzt hören wir wieder von einem neuen Gewehr, durch welches die Handgriffe des Schützen weiter vereinfacht werden sollen, den sogenannten Selbst-Lader. Bei allen Schußwaffen erfolgt bei der Entzündung ein mehr oder minder starker Rückstoß, da die Pulvergase nach hinten ebenso stark drücken, als nach vorn; je größer also die erreichte Geschwindigkeit ist, um so stärker muß auch dieser Rückstoß sein, welchen der Schütze auszuhalten hat. Es lag nahe, zu versuchen, ob sich diese Bewegung nicht noch ausnützen lasse, da man dadurch einerseits für den Schützen die Kraft des Rückstoßes mildert, andererseits ihm einige Handgriffe erspart, was bei der großen Aufregung, in welcher sich derselbe im Gefechte befindet, von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Eine theilweise Ausnutzung des Rückstoßes erfolgt bereits bei den jetzt gebräuchlichen Gewehren, welche das Auswerfen der Patronenhülse, sowie das Spannen und Laden selbstthätig ausführen. Die neuen Selbstlader sollen nun dem Schützen auch noch das Oeffnen und Schließen abnehmen, so daß er nur noch zu zielen und abzudrücken hat, wenigstens so lange noch Patronen im Magazin stecken; ist eine Reihe verschossen, so muß er es allerdings wieder füllen. Ein mit diesen Vorzügen versehenes Gewehr soll sich in Jägerkreisen bereits gute Freunde erworben und günstige Aufnahme gefunden haben. Wir wollen hoffen, daß unsere Armeeverwaltung diese Vorzüge nicht hoch genug anschlägt, um uns jetzt schon mit der Forderung nach neuen Gewehren zu überraschen.

Auf dem Gebiete der Lichterzeugung findet ein reger Wettkampf zwischen Gas und Elektrizität statt; in der „Zeitschrift für Beleuchtungswesen" finden wir die Beschreibung einer neuen elektrischen Bogenlampe, welche Dr. Arons erfunden hat. Der elektrische Strom wird dabei nicht durch Kohlen geschickt, sondern durch zwei mit Quecksilber gefüllte Röhren, welche über dem Quecksilber durch ein gebogenes Glasrohr vereinigt sind, so daß sie eine umgekehrt stehende U-förmige Röhre bilden. Der Raum über dem Quecksilber ist möglichst luftleer gepumpt, und in ihm kommt, wenn man den Strom durch das Quecksilber schickt, ein schöner, heller Lichtbogen zu stande. Da die Quecksilberdämpfe sich hier in einem absolut abgeschlossenen Raume befinden, so verbreiten sich in dem Raum, in welchem die Lampe brennt, gar keine giftigen Dämpfe; diese schlagen sich vielmehr immer wieder auf das Quecksilber nieder, so daß die Lampe gar kein Quecksilber als Brennmaterial verzehrt. Trotzdem wird sie kaum die gebräuchliche Kohlenbogenlampe verdrängen, da die Kosten der verbrauchten Kohlenstäbe bei den Gesammtkosten keine Rolle spielen. Aber einen Vorzug hat sie vor dieser, welcher sie für viele wissenschaftliche Untersuchungen geeignet erscheinen läßt. Schickt man nämlich das Licht irgend einer Lichtquelle durch ein Prisma, so wird es in die einzelnen farbigen Bestandtheile zerlegt, aus welchen es besteht, es entsteht ein sogenanntes Spektrum. Dieses besteht bei leuchtenden Gasen aus einzelnen farbigen hellen Linien (den Bildern des Spaltes, durch welchen das Licht ins Prisma kommt), während das Spektrum der Sonne und des elektrischen Kohlenlichtes ein breites Farbenband darstellt. Nun giebt es eine ganze Reihe von optischen Messungen, bei welchen man einfarbiges, sog. homogenes Licht gebraucht; dieses giebt die neue Lampe in einer bisher nicht erreichten Stärke, so daß sie in der physikalisch-technischen Reichsanstalt mehrfach Verwendung gefunden hat.

Uebrigens ist es bisher dem elektrischen Licht so wenig wie dem Gaslicht gelungen, in bedeutender Ausdehnung der Masse des Volkes, dem Arbeiter, für seinen Hausbedarf nutzbar zu werden. Während das Gas die öffentliche Beleuchtung, welche ihm jetzt vom elektrischen Licht streitig gemacht wird, im Sturm eroberte, ist die Familienlampe des Arbeiters, sowie die Studirlampe des Schriftstellers und Gelehrten die Petroleumlampe geblieben. Die Petroleumlampen-Industrie hat übrigens, von der Konkurrenz der neuen Lichtarten bedrängt, auch gewaltige Anstrengungen gemacht, bequemere und hellere Lampen zu konstruiren. Man hat ein Petroleumglühlicht zu erzeugen versucht, indem man die Brennscheibe aus einem Glühstoff bereitete, doch hat sich das nicht bewährt; in neuester Zeit sind dochtlose Petroleumlampen gebaut worden, indem man das Petroleum durch große Hitze vergast und die gebildeten Petroleumgase anzündet, so daß man ein Petroleumgaslicht erhält. Doch halten diese und ähnliche Erfindungen bei der Erleuchtung größerer Räume die Konkurrenz des Gases und der Elektrizität kaum aus; andererseits entwickeln sie zu viel Hitze, um am Schreib- und Studirtisch den einfachen Petroleum-Rundbrenner zu verdrängen, welcher sich bis heute noch immer siegreich behauptet hat. Eine bequemere Lampe für diesen Zweck harrt noch des glücklichen Erfinders.

Bt.

bis 2, 3 oder 4 Uhr arbeiten, nur wenige haben den ganzen Tag feiern lassen. Bei Brodnitz u. Seydel wüßten die Kollegen trotz ihres Protestes noch nicht, ob die versäumte Arbeitszeit bezahlt wird. Redner bedauert, für sie den Finger krumm gemacht zu haben. (Beifall.) Die Firma Becker hat 180 M. für Bier gezahlt, das im Weddingpark „verquetscht" wurde, weitere Entschädigung soll es nicht geben. Bei Hartung, Prenzlauer Allee, wurde bis 4 Uhr gearbeitet, bei Ludwig Löwe u. Ko. bis 3 Uhr; die Nachtschicht fiel ganz aus; doch Bezahlung giebts nicht. Göde, Chausseestraße, ließ einen halben Tag feiern, der Geldspinden-Arnheim und die Firma Borgmann u. Ko., Fennstraße, den ganzen Tag. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft zahlt für zwei ausgefallene Stunden den Lohn; Max Hasse hat sich auch bekehrt und wird zahlen. Bei Pietschmann u. Söhne, Aktiengesellschaft für Musikinstrumente-Fabrikation, mußte der ganze Tag gefeiert werden, über die Bezahlung schweigt bis jetzt des Sängers Höflichkeit. — Von den Firmen der Metallindustrie im Norden Berlins war die Aktiengesellschaft vormals Schwartzkopff am anständigsten; es verdient hervorgehoben zu werden, daß für zwei Stunden Ausfall pro Mann 2 Mark Lohn entschädigt werden. Was diese Firma kann, dem werden auch die anderen nachkommen können, denn nicht um das „feiern müssen" an sich handele es sich, sondern um die Verweigerung der Bezahlung dafür. Beschämend sei es, daß leider sich auch Metallarbeiter — auch organisirte (!) sollen darunter gewesen sein — gefunden haben, die ihre Arbeitgeber um Freigabe des 2. September ersuchten, um den „Sedanrummel" mitmachen zu können. (Zurufe.) Redner verurtheilte eine derartige, eines zielbewußten Arbeiters unwürdige Handlungsweise aufs schärfste und kam zu dem Schluß: Die Versammlung möge klipp und klar fordern, die Metallindustriellen, überhaupt das Unternehmerthum, möge wenigstens soviel Vaterlandsliebe, Opferfreudigkeit und auch — Gerechtigkeitsgefühl besitzen und ihren Arbeitern den entgangenen Lohn auszahlen. Angesichts der gegenwärtig günstigen Konjunktur in der gesammten Metallindustrie sollen die Berliner Metallarbeiter zeigen, daß sie nicht willens sind, zu Ehren der Feste des Kapitalismus Opfer zu bringen. (Lang andauernder allseitiger Beifall.) Gutheit, von der Firma Brodnitz u. Seydel, stellte als erster Diskussionsredner zunächst fest, daß die Firma es bisher abgelehnt habe, dem Verband der Metallindustriellen sich anzuschließen, daß sie aber durch diese Versammlung sehr leicht dazu angereizt werden könne. Zunächst wäre nach seiner Meinung der nächste Sonnabend abzuwarten gewesen, Näther sei mit der Versammlung jedenfalls nur deshalb so zeitig vorgegangen, damit ihm der „Deutsche Metallarbeiter-Verband" nicht zuvorkomme. (Heiterkeit und Zuruf: Die machen es uns ja doch noch nach.) Ein Arbeiter der Firma Becker suchte seine und die Handlungsweise seiner Kollegen zu rechtfertigen. Sie seien zu dem Fest in der Müllerstraße, wo 180 Mark verkneipt wurden, gegangen, weil sie mußten; im übrigen hätten sie sich über zu geringe Bewegungsfreiheit in der Fabrik nicht zu beklagen. Becker, Näther und andere suchten Gutheit auseinander zu setzen, daß die Einberufung der Versammlung gerechtfertigt und auch ein energisches Vorgehen zu dieser Zeit am Platze sei. Der Berliner Verband zähle 6000, die Mitgliedschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes am hiesigen Ort 1500 Mitglieder; die Kollegen sollten nur einig zusammenstehen und sich ihrer Kraft bewußt werden. Der Streit um die „bessere Form" der Organisation sei ein müßiger, jeder möge sich da anschließen, wo er sich die meisten Vortheile verspreche; organisiren und agitiren sei die Pflicht jedes einzelnen sich an der modernen Arbeiterbewegung Betheiligenden. (Bravos.) Endrikatis und Gutheit, die wiederholt das Wort zur Vertheidigung ihres Protestes nahmen, waren nicht in der Lage, die Versammlung umzustimmen. Näther suchte ihnen in seinem Schlußwort nachzuweisen, daß sie nur allzusehr „das hohe Lied des humanen Fabrikanten" gesungen und besser gethan hätten, sich dem Vorgehen der Kollegen der übrigen Firmen anzuschließen. Gegen nur 2 Stimmen fand folgende Resolution Annahme:

„Die ꝛc. Versammlung erhebt entschiedenen Protest gegen die Machinationen der Berliner Metall-Industriellen, ihre Arbeiter zu zwingen, die Sedanfeier zu verherrlichen. Sie erwartet, daß die Fabrikanten mindestens soviel Opfermuth besitzen, die Arbeiter für die erzwungenen Feierstunden zu entschädigen."

Zum Schluß ersuchte Näther sämmtliche Vertrauensleute der einzelnen Fabriken, ihm bis Montag Mittheilung zukommen zu lassen, ob der Lohn für die versäumte Zeit gezahlt worden sei oder nicht.

Im Berliner Arbeitervertreter-Verein erstattete in der letzten Sitzung der Vorsitzende Symanowski Bericht über die Besichtigung der Heilanstalt für Verletzte in Nieder-Schönhausen, die am 26. August stattgefunden hat und an der sich 34 Vereinsmitglieder betheiligten. Man hat im großen und ganzen den Eindruck gehabt, als ob mit dem Raum allzu haushälterisch umgegangen würde; in einem Saal von mäßiger Größe stehen 38 Betten. Die Anstalt, welche für 80 Personen Platz bieten soll, ist augenblicklich von 42 besetzt. Aeußerst primitive Badeeinrichtungen und mangelhafte Klosets sind ebenfalls dort vorhanden. Die Kleidung der Insassen erregte das Befremden der Besucher; es hatte den Anschein, als ob die Sachen anderwärts alt gekauft und dann in Nieder-Schönhausen in Benutzung genommen sind. Im Laufe der Diskussion — Redner waren außer dem Vorsitzenden noch Wolf, Buchholz, Schalthoff, Stephan — kam zur Sprache, daß über das Essen auch Klage geführt ist. Man fand eine Erklärung dafür zum theil in dem Umstande, daß die Verpflegungskosten dort niedriger angesetzt sind, wie in den anderen Anstalten, die denselben Charakter haben. Als Beweis, wie unzulänglich manche Einrichtungen sind, wurde hervorgehoben, daß für die 42 Insassen nur 2 Wannen in dem feuchten Keller, wo das Wasser an den Wänden herunterrieselt, aufgestellt sind. Von einer Seite wurde betont, daß die Villa „Scharfenberg" darum eben in eine Heilanstalt umgewandelt sei, weil sie der Besitzer aus hygienischen Rücksichten nicht mehr bewohnen wollte. — Nach Erledigung dieses Punktes wurde in eine Besprechung der wichtigeren Revisionsentscheide und der Bescheide und Beschlüsse des Reichs-Versicherungsamtes eingetreten. In einer Altersrentensache hatte der Kläger zum Erweise der Entrichtung der seiner versicherungspflichtigen Beschäftigung entsprechenden Anzahl von Beiträgen zwei mit je 52 Marken beklebte Quittungskarten vorgelegt. Weil vier Marken nur angehängt, nicht eingeklebt waren, wurde die Sache in die Vorinstanz zurückverwiesen. Die Marken müssen vorschriftsmäßig verwendet, d. h. eingeklebt werden.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Zinkgießer und Stürzer Berlins und der Umgegend hielt am Dienstag, den 27. August, seine ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem Bericht des Kassirers Kollegen Kühn wurde eine Einnahme von 83,80 M. erzielt, dem gegenüber steht eine Ausgabe von 9,50 M., somit verbleibt ein Ueberschuß von 74,30 M. Dieser Ueberschuß mit dem Bestand vom letzten Vierteljahr von 264,85 M. ergiebt die Summe von 339,15 M., der Bestand des Vergnügungsfonds beträgt 169,65 M., so daß ein Gesammtvermögen von 508,80 M. vorhanden ist, dem Kassirer wurde Decharge ertheilt. Im Gewerkschaftlichen wurde von den Kollegen Klar und Volgmann die Lohnforderung bei der Firma Vogel vorgebracht. Nach dem Bericht dieser Kollegen war es den Gießern, welche die letzten bei dieser Firma waren, nicht möglich, unseren festgesetzten Minimallohn von 30 M. zu verdienen. Nachdem die Kommission bei dem Chef vorstellig wurde, erklärte sich der Fabrikant Vogel dazu bereit, einen Gießer in Lohn zu stellen, welcher diejenigen Arbeiten zu machen hat, worauf der Minimallohn nicht verdient werden kann. Als die Kollegen ihn aber aufforderten, auch Wort zu halten, und nicht dem in Lohn gestellten Kollegen die gut bezahlte Arbeit zu geben, versprach er dieses und bewilligte für den Lohnarbeiter 33 Mark. Ebenso bewilligte der Fabrikant Oettrich seinen Gießern 30 M., also den Minimallohn, während er früher blos 27 und 28,50 M. zahlte, hierbei kam es aber zu der Entlassung eines Kollegen, unter dem Vorwande, es sei nun blos noch Arbeit für einen Gießer. Nachdem der auf diese Weise gemaßregelte Kollege unterstützt wurde und auch gleich wieder Arbeit bekam, wünschte Herr Oettrich, daß der von ihm entlassene Gießer wieder anfangen solle. Da er sich verpflichtet hatte, den Minimallohn zu zahlen, nahm der Kollege die Arbeit wieder an. Hierauf theilte der Arbeitsvermittler mit, daß auch nicht ein Gießer außer Arbeit ist, während die indifferenten auf der Straße lungern, er forderte die Kollegen auf, überall für den Minimallohn einzutreten und wo derselbe nicht gezahlt wird, sofort den Kollegen Volgmann zu benachrichtigen, welcher dann die weiteren Schritte zu übernehmen hat. Auf Antrag des Kollegen Schwanke wurde beschlossen, den Familien der Essener Genossen eine Unterstützung von 20 M. zukommen zu lassen. Kollege Gürtler theilte mit, daß der Maskenball am 7. März 1896 in Cohn's Festsälen stattfindet. Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 10. ds., Pücklerstr. 49 statt.

Der Zentralverband deutscher Brauer, Zweigverein Berlin, hielt am Sonntag, den 1. September, seine Monatsversammlung im „Englischen Garten" ab. Vor Eintritt in die Verhandlung ehrte die Versammlung das Andenken an unseren verstorbenen Vorkämpfer, Führer und Lehrer Friedrich Engels in der allgemein üblichen Weise. Sodann referirte Kollege Kliemann über „Die historische Entwickelung der Gewerkschaften". Der Referent gab ein Bild der Entwickelung der Gewerkschaften Deutschlands, Frankreichs und Englands; an der Hand reichen Materials wies er nach, wie die Veränderungen der Gewerkschaftsformen, resp. deren jeweilige Zwecke und Ziele sich überall — hier früher dort später — nach der Entwickelung der wirthschaftlichen Verhältnisse richteten und sich dieser anpassen mußten. In der darauffolgenden Diskussion wurden seine Ausführungen von einigen Rednern noch erweitert resp. ergänzt. Außerdem fand noch die Wahl der provinziellen Agitationskommission statt, deren Aufgabe es sein soll, die Brauereiarbeiter der östlichen Provinzen, die noch in miserablen Verhältnissen leben, der Organisation zuzuführen.

Eine Delegirten-Versammlung der Musik-Instrumenten-Arbeiter tagte am 1. September bei Herrn Schulze, Oranienstr. 51. Es wurde konstatirt, daß eine erhebliche Anzahl der Delegirten nicht anwesend war. Ein Antrag des Kollegen Rüdiger, die Werkstätten der fehlenden Delegirten durch die Zeitung bekannt zu machen, wird einstimmig angenommen. Ebenso wird der Antrag des Kollegen Wustrow, eine Kommission von fünf Mitgliedern zu wählen, welche die Aufgabe hat, säumige Werkstätten heranzuziehen, gegen eine Stimme angenommen; auch sollen die Delegirten in nächster Zeit durch Karten eingeladen werden. In betreff der unfreiwilligen Feier des Sedantages, welcher einzelne Werkstätten ausgesetzt waren, werden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß die dadurch Geschädigten das Recht haben, den entsprechenden Lohn für diesen Tag zu fordern. Jedoch muß die Forderung bis zum nächsten Zahltage geltend gemacht werden. Ueber die Lage des Pfaffe'schen Streiks wird bekannt gemacht, daß vier Kollegen in Arbeit getreten und vier noch ausständig sind.

Im Allgemeinen Deutschen Tapezirerverein hielt am 2. September Genosse Jahn einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Sittliches Recht und öffentliche Meinung". An der Diskussion betheiligten sich mehrere Redner im Sinne des Referenten. Am Sonntag, den 22. September, findet im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72, ein Kränzchen statt.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hielt seine regelmäßige Bezirksversammlung für die Rosenthaler- und Schönhauser Vorstadt am 2. d. M. bei Mörschel ab. Genosse Hoffmann hielt einen interessanten, mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Der Kampf ums Dasein". Von den eingeladenen Kollegen waren nur wenig erschienen. Besonders scharf wurde von der Versammlung das indifferente Verhalten der Kollegen bei Otto, Franseckistraße 6, kritisirt, sowie auch die Sonntagsknusserei bei Marfinsky, Schwedterstr. 238, von welcher die dort arbeitenden Kollegen trotz mehrfacher Aufforderungen von seiten des Verbandes nicht ablassen. In der Diskussion über den Antrag Ahrens forderten die Kollegen, daß der Arbeitsnachweis in seiner jetzigen Form beibehalten werde, so lange nicht andere Mißhelligkeiten vorliegen; da eine Verkleinerung resp. Abschaffung desselben ein großer Schritt rückwärts wäre. Zum Schluß fand folgende Resolution einstimmig Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit der Form des Arbeitsnachweises einverstanden, und ersucht, möglichst dahin zu wirken, daß solchen Werkstätten, in denen nachweislich die Arbeitsverhältnisse unter aller Würde sind, keine Arbeiter vermittelt werden."

Die chirurgische Branche hielt am 3. d. M. eine öffentliche Versammlung ab. In derselben erstattete der Vertrauensmann Brückner Bericht über die Kassenverhältnisse des öffentlichen Fonds. Es wurden vereinnahmt 95,60 M., verausgabt 88,25 M., so daß ein Baarbestand von 74,35 M. verblieb. Für streikende Gewerkschaften ꝛc. wurden ferner auf Listen gesammelt insgesammt 860,45 M. In seiner Eigenschaft als Delegirter zur Gewerkschafts-Kommission erstattete Brückner ferner Bericht über die Thätigkeit dieser Korporation. Gegen den Bericht wurden Einwendungen nicht erhoben. Die Versammlung wählte als Revisoren des Vertrauensmannes Fichtner, Knobel und Boddin, als Vertrauensmann Henricksen, als Stellvertreter Matthes. Im weiteren wurde Bericht erstattet über den Streik bei Dewitt u. Herz. Die Situation hat sich nicht geändert. An Unterstützungen sind seitens der Gewerkschaften bis jetzt eingegangen 990 M. Im ganzen wurden vereinnahmt 4214,15 M. Zu unterstützen sind noch 17 Verheirathete mit 24 Kindern und 10 Unverheirathete. Der Streik dauert bereits acht Wochen. Ueber die Frage, ob der Streik aufgehoben werden soll, wurde eine geheime Abstimmung der Streikenden herbeigeführt. Für Aufhebung des Streiks wurden 2, dagegen 19 Stimmen abgegeben. Der Streik dauert demnach fort und ist für die Unterstützung der Streikenden Sorge zu tragen.

Die Vergolder und Berufsgenossen waren am 4. d. M. sehr zahlreich in der „Berliner Ressource" versammelt, um Stellung zu dem Verhalten der Fabrikanten zu nehmen. Zu dieser Versammlung waren die Arbeiter und Arbeiterinnen von Ruthenberg, August Werkmeister, Kubitz u. Imberg, sowie von Rixdorf besonders eingeladen worden. Die Hauptfrage betraf den vielerörterten Generalstreik zur Aufbesserung der Akkordlöhne. Die Frage der Lohnbewegung fand nochmals eine eingehende Erörterung und gaben die anwesenden Vertreter der einzelnen Fabriken und Werkstätten die Meinungen der daselbst beschäftigten Arbeiter kund, die größtentheils dahin gingen, daß der geforderte Lohnzuschlag auf Akkordarbeit von 33⅓ pCt. durchaus gerechtfertigt und nothwendig sei, da die Verdienste überaus schlechte seien. Die Stimmung war im allgemeinen für den Streik. Die Fabrikanten stehen einer Lohnerhöhung ablehnend gegenüber. Nach einer aufgenommenen Statistik beträgt der durchschnittliche Verdienst pro Woche 13 M., mit Ausnahme der Barockvergolder, welche höhere Verdienste erzielen. Das Resultat der langwierigen Verhandlungen war der Beschluß, am Montag, den 9. d. M., früh in den Generalstreik einzutreten und vordem keine neue Arbeit anzunehmen. Am Montag früh findet in demselben Lokale eine Versammlung statt, zu welcher die Fabrikanten eingeladen werden sollen. Ebenfalls eingeladen ist die Werkstatt von Kubitz u. Imberg. Die dortigen Arbeiter haben in der Versammlung zu erscheinen. Vorbedingung des Streiles ist, daß in den ersten zwei Wochen keine Unterstützung gezahlt wird. — Den ausständigen Glasarbeitern in Carmaux wurde die Hälfte des Ertrages der Tellersammlung zugebilligt.

Der Lokalverband der Glasarbeiter zu Stralau hielt seine Mitgliederversammlung am 1. September 1895 im Lokale des Herrn Schröder zu Stralau ab. Vor Beginn der Tagesordnung ehrte die Versammlung in üblicher Weise den verstorbenen Vorkämpfer Friedrich Engels. Die Abrechnung für das 2. Quartal ergab einen Ueberschuß von 156,30 M. und einen Baarbestand von 797,61 M. Angenommen wurde der Antrag: „In Noth gerathenen Kollegen die Krankenunterstützung ein halbes Jahr zu gewähren." Die Kommission berichtete, daß sie noch keine Verhandlung mit der Direktion gehabt habe. Es wurde dann von der Versammlung beschlossen, die Kommission zu beauftragen, auf der Forderung von 8 pCt. auf Doppelwerkstellen zu beharren, zwei Formen auf jeder Doppelwerkstelle oder 2 pCt. Lohnerhöhung zu fordern. Ferner wurde noch beschlossen, 20 Pf. Lohnerhöhung pro 100 Stück für halbweißes Glas zu verlangen. Zur Forderung, vom 15. September ab eine halbe Stunde länger zu arbeiten, wurde beschlossen, daß wir die halbe Stunde nicht länger, also nur bis 4 Uhr, weiter arbeiten wollen. Ferner wurden noch für die streikenden Kistenmacher 50 M., für die Kollegen in Carmaux (Frankreich) 100 M. und für die Opfer des Essener Meineidsprozesses Schröder und Genossen 25 M. bewilligt.

Charlottenburg. Die Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes hielt hier am Sonntag, den 1. September, beim Gastwirth Leder, Bismarckstraße 71, eine Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende unseres am 5. August verstorbenen Lehrers und Führers Friedrich Engels. Die Anwesenden ehrten das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. In derselben Weise wurde anläßlich der 31 jährigen Wiederkehr seines Todestages des Agitators und Genossen Ferdinand Lassalle gedacht. Kollege Rohrlack referirte hierauf über: „Arbeiter- und Unternehmer-Verbände". Lebhafter Beifall lohnte dem Redner für seine trefflichen Ausführungen. Unter Verschiedenem wurde folgender Antrag angenommen: Für die Familienangehörigen der nach unserer Ueberzeugung unschuldig verurtheilten Bergarbeiter Schröder und Genossen Sammellisten zu besorgen und unter den Mitgliedern in Umlauf zu setzen. Zum Schluß wurden zu dem am 14. September, bei Triesetau, stattfindenden Vergnügen die Eintrittskarten ausgegeben.

Charlottenburg. Im kleinen Saale von „Bismarckshöhe" tagte am Dienstag Abend eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Maler und Anstreicher. Nach einem recht beifällig aufgenommenen Vortrage des Genossen Adolf Hoffmann-Berlin über: „Der Kampf ums Dasein" gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, welche zum Anschluß an die hier am Orte befindliche Organisation aufforderte. Hiernach gab der Vertrauensmann Kollege Düker seinen Rechenschaftsbericht, welcher genehmigend zur Kenntniß genommen wurde. Die Neuwahl des Vertrauensmannes ergab, daß Kollege Düker als Vertrauensmann weiter fungiren wird. Ferner wurden noch zu Revisoren die Kollegen Göbel, Scheuerbrandt und Andrup gewählt.

Friedrichsberg. Am 20. v. M. hielt der Arbeiterbildungs-Verein eine Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Versammelten zu Ehren Friedrich Engels von den Sitzen. Darauf hielt Genosse Rohrlack einen lehrreichen Vortrag über: Die wirthschaftliche Lage des arbeitenden Volkes. Unter Verschiedenem wurden die Genossen ersucht, die Lokalliste mehr zu beachten. Ferner sprach die Versammlung ihren Unwillen über die vielseitige Gründung von Zwergvereinen, so über die Bauern-, Knippel- und die vielerlei Gesangvereine aus.

Schöneberg. Das Verbot von sozialdemokratischen Versammlungen am Sedanstage scheint sich nicht bis auf hier erstreckt zu haben. Hierselbst hielt der Arbeiter-Bildungsverein eine den Saal von Öst vollständig füllende, nach außen hin durch ein Transparent mit der Inschrift: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" kenntliche Versammlung ab und zwar mit dem vom Genossen H. Schulz gehaltenen Vortrage: „Die Arbeiterschaft und das Sedan-Jubiläum". Der wirkungsvolle Vortrag fand begeisterte Aufnahme. Mit allen Stimmen wurde eine sich in entschiedener Weise gegen das Feiern von Kriegsjubiläen aussprechende Resolution angenommen. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen, an ihrer Stelle trat eine Pause zur Aufnahme neuer Mitglieder ein. Nach darauf folgender Besprechung innerer Vereinsangelegenheiten theilte der Vorsitzende mit, daß die Mitglieder nur noch bis zu der am 16. September stattfindenden Versammlung die in diesem Vierteljahr zur Vertheilung kommende Broschüre erhalten können. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen und blieben die Anwesenden bis zum Eintritt der Polizeistunde um 11 Uhr noch gemüthlich zusammen.

Die Freie Vereinigung der Händler und Händlerinnen Berlins und Umgegend tagt jeden Freitag nach dem 1. bei Wiegel, Pücklerstr. 145 und jeden Freitag nach dem 15. bei Lorenz, Koppenstr. 47, abends 8 Uhr.

Zentral-Verein der Turnan-Angestellten Deutschlands. Sitzung am Freitag, den 6. d. M., abends 8½ Uhr, bei Nölig, Neue Friedrichstraße 44: Vortrag.

Tanzlehrerverein „Solidarität". Monatsversammlung im Lokale von Strauer, Oranienstr. 121.

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag, abends von 7½—8½ Uhr: Lektüre. 8½—10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstr. 170a: Geschichte (Cäsarismus im alten Rom; Entstehung des Christenthums; unchristlicher Kommunismus.) Südost-Schule, Waldemarstr. 131: Deutsch (Literatur.) Bei allen Unterrichtsfächern werden neue Theilnehmer, Damen und Herren, jederzeit aufgenommen.

Lese- und Diskutirklub „Westen". Jeden Freitag, abends 8½ Uhr, bei Hermann Werner, Bülowstr. 69.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Bd. Naumann, Potsdamerstraße 3. — Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr. Freitag. Uebungsstunde Abends 9—11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Collegia, Waldemarstr. 31 bei Noll. — Kaller'scher Männerchor, Schönhauser Allee 28, bei Kelle. — Arbeiter-Gesangverein Nord, Kastanien-Allee 11, bei Augustin. — Buchbinder-Männerchor, Holzmarktstr. 3, bei Peter. — Gesangver. Maiglöckchen I, Lindowerstr. 26 b, Sachs. — Gemüthlichkeit, Neue Friedrichstraße 44, bei Nölig. — Typographia, Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, Cohn's Restaurant (großer Saal), Beuthstr. 20. — Gesangverein Lorbeerzweig, Swinemünderstraße 35 bei Hübner. — Gesangverein Rheingold, Gaudystr. 40 bei Riegel. — Gesangverein Melodie, Rixdorf, Derfflr. 14a bei Schmidtke. — Friedrichshainer Männergesangverein, Baumannstraße 86 bei Fritz Zydel. — Brandenburger Männer-Gesangverein in Brandenburg a. H., Mengers Volksgarten, Bergstraße. — Gesangverein Freya II (gemischter Chor), Rixdorf, Hermannstr. 140, bei Daniel Böttcher. — Freie Liedertafel, Gr. Frankfurterstr. 74 bei Preuer. — Nordwacht, Chausseestr. 72 bei Meißner. — Freie Sänger, Schmargendorf, Warnemünderstraße bei M. Schulze. — Arbeiter-Gesangverein Sängerkreis (Weißensee), Weißenburgerstraße und Sedanstraßen-Ecke bei Brennert. — Lorelei, Grünthalerstraße 4 bei Hammerling. — Lustige Sänger, Potsdam, Brandenburger Kommunikation 16 bei Glaser. — Bieder'scher Männerchor, Rosenthalerstr. 57 bei Merrau. — Geselligkeit, Hennigsdorf, Böhnert's Gasthaus. — Cranke, Weißensee, Königschaussee 41 bei Krause. — Gesangverein Vereinte Sangesbrüder, Moabit, Perlebergerstraße 29 bei Hermerschmidt. — Sängerverein Sorgenfrei, Admiralstraße 186, Märkischer Hof. — Sangesfreund, Tragheimerstr. 22 bei Kamlowsky. — Gesangverein Wacht auf I, Wörtherstraße 19 bei Schmidt. — Gesangverein Strauer Liedertafel, Rummelsburg, Hauptstr. 8 bei Bowinkel. — Gesangverein Treu und Einigkeit, Rixdorf, Handjerystraße Nr. 58 bei Neben. — Gesangverein Frohsinn, Rummelsburg, Götzenstraße, Ecke Kantstraße, bei Meiers. — Gesangver. der Metallarbeiter (Ost), Blumenstr. 46. — Morgenroth 2, Lichtenberg, Bismarckstr. 74 bei Krause. — Rosenthaler Vor[illegible] Bernauerstr. 47. — Frohsinnung (Berlin W.), Grunewald, Hohe 110 bei Kessner. — Brüderschaft, Alte Jakobstr. 87—88 bei [illegible]sprecht. — Freiheitsglocken, Münsterstraße bei Buchholz. — Concordia, Blumenstr. 46 bei Tomeitschek. — Sorgenfrei, Rosenthalerstr. 57 bei Fultus Merrau. — Eintracht III, Eberswalde, Freienwalderstr. bei Weber.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften sind zu senden an P. Gent, Adalbertstr. 95. **Freitag:** Skatklub Kairo, Abends 8 Uhr bei Fr. Bothe, Restaurateur, Ritterstr. 32. — Musikverein Hoffnung, Große Frankfurterstr. 139 bei Gold.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Quartettverein Wedding, Abends 8½ Uhr, bei Schäfer, Neue Hochstraße 49. — Gesangverein Hilaria, abends 8½ Uhr, Sitzung Blumenstr. 48 bei Tomascheck. — Karlhaus'scher Gesangverein. Uebungsstunde: abends 9 Uhr bei Wiedemann, Blumenstr. 38. — Zitherklub „Alpengruß" (Direktion R. Wolkewitz), bei C. Gomoll, Waldemarstr. 38, abends 9 Uhr. — Privat-Theaterverein Crescendo, 9 Uhr, bei Schulz, Pankufenstr. 35. — Vergnügungsverein Thusnelda, abends 8½ Uhr, bei Zabeil, Lindenstr. 106. — Musikverein Hoffnung (Ost), abends von 9—11 Uhr. Uebungsstunde Große Frankfurterstraße 133 bei Gold. — Tambourverein Frei-weg, Uebungsstunde bei W. Maddatz, Elsasserstr. 11. — Zitherklub Waldrose, abends 9 Uhr, Manteuffelstr. 86, Parterre-Restaurant. — Verein Grüne Tanne, abends 9 Uhr, bei Kaiser, Markusstraße 8. — Vergnügungsverein Im Brand, Sitzung abends 9 Uhr bei Feind, Weinstr. 11. — Gesangverein der Bauanschläger Berlins, abends 9 Uhr bei J. Wernau, Rosenthalerstr. 57. — Zitherklub Frohsinn, abends 8½ Uhr bei Reich, Blumenstr. 32. Gäste willkommen.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und Umgegend. Freitag: Apfelblüthe, Hochstädterstr. 39 bei Gramineky.

Turnverein Fichte. 2. Männerabtheilung turnt Dienstag und Freitag abends von 8—10 Uhr in der Turnhalle Skalitzerstraße 66—67. 4. Männerabtheilung turnt Dienstag und Freitag abends von 8½ bis 9½ Uhr in der Turnhalle, Stefanstraße 3. 5. Männerabtheilung turnt Dienstag und Freitag abends von 8—10 Uhr in der Turnhalle, Mariannen-Ufer 19. — 1. Lehrlingsabtheilung turnt Dienstag und Freitag abends von 8—10 Uhr, in der Turnhalle, Friedenstr. 73. — 3. Lehrlingsabtheilung turnt Dienstag und Freitag abends von 8—10 Uhr, in der Turnhalle, Borckstraße 21—22. — Turnverein Gesundbrunnen die erste Männer-Abtheilung turnt heute Abend von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums, Pankstr. 9—10. — Kraft- und Artistenklub Berolina jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei Grützner, Feldemarstr. 42. — Kraft-Turnverein Hoffnung, abends von 9—11 Uhr bei Nowak, Manteuffelstraße 9.

Skatklub Schnitt, abends 9 Uhr, bei Trittelwitz, Falkensteinstr. 7. — Tanzlehrer-Verein Solidarität, im Restaur. Grauer, Oranienstr. 121. Uebungsstunde und Sitzung.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting every Friday at 9 p. m. at Behrens Restaurant, Königstr. 62. Lecturer Mr. J. Bloch. Guests are welcome.

Club Uncle Sam. 9 o'clock p. m. Munzstr. 17. Washington's birth day celebration. Guests welcome.

Vermischtes.

Die „Schillerlinde" in Blasewitz. Aus Dresden wird der „Frankf. Ztg." geschrieben: Es ist nothwendig, eine Schiller-Legende zu zerstören, ehe sie in die Fachliteratur etwa als beglaubigte Thatsache übergeht. Im „Schillergarten" in Blasewitz bei Dresden steht eine Linde, die Schiller 1785 an seinem Geburtstage gepflanzt haben soll; wenigstens wird das auf den Speisekarten in jenem Restaurationsgarten und auch in einer neuen Erzählung eines bekannten deutschen Dichters behauptet. Auch die „Gustel von Blasewitz" soll bei der Pflanzung der Linde zugegen gewesen sein. Nach dem Urtheil der Sachverständigen ist dieser Baum jedoch viel älter, als daß er erst 1785 gepflanzt sein könnte. Den Namen „Schillerlinde" erhielt er überhaupt erst 1859 von dem damaligen Besitzer des Restaurationsgartens zur hundertjährigen Geburtstagsfeier des Dichters. Der Zweck dieser „Lindentaufe" war namentlich ein geschäftliches Interesse; zu der Persönlichkeit Schiller's hat der Baum gar keine wirkliche Beziehung.

Recht liebliche Polizeizustände scheinen in bezug auf die Behandlung Fremder in Geestemünde zu herrschen. Das Rechtsgehen auf den Brücken ist an manchen Orten durch Polizeiverordnung vorgeschrieben. Manchmal erweist sich aber eine solche Brücke zu einer wahren „Fremdenfalle". Aus Geestemünde wird der „Freis. Ztg." mitgetheilt, daß Fremde dort fast täglich mit Strafmandaten bedacht werden, weil sie, ohne auf die angeschlagene Warnung zu achten, aus Versehen auf der linken Seite die Brücke überschreiten. Der Kreiskasse soll aus diesen Strafgeldern ein namhafter Betrag zufließen. Besonders ungerechtfertigt ist es, wenn ein Polizeibeamter, wie es vorgekommen, einen Fremden, der in aller Unschuld sich auf der linken Seite hält, die Brücke ruhig überschreiten läßt, ohne ihn zu warnen, und dann nach dem Ueberschreiten mit dem großen Notizbuch eilenden Schrittes naht, um den Missethäter in schneidigem Ton zu fragen, weß Namens, Standes, Orts er sei.

Hexen in der Pfalz. Schon seit einiger Zeit ist das sonst so stille und friedliche Dorf Hambach in der Pfalz in Aufregung versetzt durch den Aberglauben eines hiesigen Bürgers. In seinem Hause vernahm er nämlich in einem Dachstübchen geräuschvolles Klopfen, welches sich jeden Tag um dieselbe Zeit wiederholte, von abends halb 11 bis morgens halb 4 Uhr. Anstatt sich von der Ursache dieses Geräusches zu überzeugen, hatte der Besitzer des Hauses nichts eiligeres zu thun, als den in seiner Nachbarschaft wohnenden Bürgern mitzutheilen, daß sein Haus von einer Hexe besessen sei. Man wandte nun sämmtliche Mittel, wie sie allen Abergläubischen zu eigen sind, an, um den Geist auszutreiben. So z. B. stellte man geweihte Blumen, brennende Kerzen u. s. w. in besagtes Stübchen, man brach die Wand desselben durch, vor welcher dann ein hiesiger junger Mann (sogar noch gedienter Soldat!!) Wache hielt mit geladenem Gewehr, bis besagte Hexe erscheinen sollte. So entstand dadurch vor diesem Hause jeden Abend ein solcher Menschenauflauf, daß schließlich die Polizei einschreiten mußte, um die Straße zu säubern. Kinder, ja sogar Erwachsene, getrauen sich seitdem bei anbrechender Dunkelheit nicht mehr auf die Straße oder allein zu Hause zu bleiben, aus Furcht, man könnte diesem Gespenste begegnen. Und das doch im 19. Jahrhundert in der „hellen" Pfalz! Gewiß ein trauriges Zeichen der Zeit.

Der alte Cato als Weinfälscher. In der Geschichte wird Marcus Porcius Cato Censorius seiner ganzen Erscheinung nach als ein Vertreter der alten Zeit mit ihren Tugenden dargestellt. Seine Lebensweise war altrömisch einfach, hart und rauh und zeigte nirgends eine Spur von Uebbigkeit und Pracht. Als guter Hausvater bewies er sich darin, daß er seine Habe strenge zusammenhielt und eifrig zu vermehren suchte. Ein Mittel dazu scheint bei ihm auch die Herstellung einer sonderbaren Art von Wein gewesen zu sein, wenigstens soweit er als Gesindetrunk verwandt werden sollte. In seiner Schrift de re rustica giebt er dafür, wie man der „Kölnischen Ztg." schreibt, folgende Anweisung: Man thue in ein Faß 10 Amphorä (zu ungefähr 25 Liter) süßen Wein, gieße dazu 2 Amphorä scharfen Essig, ebenso viel gegorenen Wein und 50 Amphorä Wasser, rühre 5 Tage lang die Mischung täglich dreimal mit einem Stock tüchtig um und setze darauf noch 64 Schoppen Meerwasser hinzu! Also nicht genug damit, daß der „alte, würdige Römer" die Schüler der oberen Klassen unserer höheren Lehranstalten mit seinen mehr oder weniger langweiligen Schriften belästigt und sie durch sein ewiges Ceterum censeo Carthaginem esse delendam in Aufregung versetzt, so offenbart er sich auch noch als Weinfälscher. Cato ist darin wie in manchem anderen auch ein Vorbild unserer kapitalistisch-staatserhaltenden Profitjäger, die ja gleichermaßen zum Fraß und Trank für das Volk das Schlechteste gerade für gut genug halten.

In San Francisco sind, wie hiesigen Blättern gemeldet wird, Nachrichten eingetroffen, welche besagen, daß während eines furchtbaren Typhoons alle Schiffe im japanischen Hafen von Kuchinotsu an den Küstenriffen zerschellt wurden. 36 Fahrzeuge sind total vernichtet, alle Mannschaften derselben ertrunken; die Stadt ist fast gänzlich zerstört und der Verlust an Leben enorm. — In der Provinz Gifu haben Ueberschwemmungen 618 Dörfer heimgesucht und viel Eigenthum beschädigt; 20 Personen ertranken.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonnabend, den 7. September, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den Oranienhallen, Oranien-Straße Nr. 51.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Regierungsbaumeisters Herrn **G. Kessler** über: „Konsumgenossenschaften und Sozialdemokratie". 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Sommerfest. 4. Antrag des Vorstandes, betreffend Aenderung der Streikunterstützung. 5. Vereinsangelegenheiten.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung werden die Mitglieder ersucht, zahlreich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

NB. Die Kollegen werden ersucht, heute Abend im Verkehrslokal, Naunynstraße 78, mit den Sommerfest-Billets abzurechnen. 141/17

Verband der Bauarbeiter und Berufsgen.

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 8. September, vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Brüder („Südost"), Waldemarstraße 75:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Urabstimmung über den Antrag des Ausschusses und Hauptvorstandes betreffs unseres Organs. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Verbandsangelegenheiten.

Um das Erscheinen sämmtlicher Mitglieder wird gebeten.

32/3 **Die Ortsverwaltung.**

Verein der Schäftebranche.

Sonnabend, den 7. September, abends 9 Uhr, bei Jul. Wernau, Rosenthalerstr. 57: 173/5

Versammlung.

Steinarbeiter Berlins u. Umgegend.

Sonntag, den 8. d. M., vorm. punkt 10 Uhr, Sophienstr. 34:

Gr. öffentl. Steinarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen auf Platz Holzmann, Yorkstr. 56e. 2. Berichterstattung der Gewerbegerichts-Beisitzer. 3. Das Unterstützungswesen. 4. Abrechnung vom Sommervergnügen. 5. Verschiedenes. 172/7

Sämmtliche Vertreter vom Platz Holzmann sind zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen. **Der Vertrauensmann.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bezirk Süd-Ost.

Montag, den 9. September, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Rautenberg, Oranienstr. 180:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Meyer** über: Die Schule, wie sie ist und wie sie sein soll. 2. Diskussion. 3. Antrag Ahrends, betreffend den Arbeitsnachweis. 4. Verschiedenes. 77/5

Die Drechsler und Bürstenmacher sind zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen. **Die Ortsverwaltung.**

Genossenschafts-Bäckerei für Berlin u. Umgeg.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Donnerstag, den 19. September, abends 8 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstraße Nr. 20:

Ordentliche General-Versammlung.

Hierzu werden die Genossen eingeladen. Rothe Mitgliedskarte legitimirt.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsraths und Vorlegung der Bilanz. 2. Statutenänderung. 38/4

Der Vorstand.

L. Freytag, Geschäftsführer. **A. Schweizer,** Kassirer.

Billige Dampferfahrt

(3 Dampfer mit Musik)

Sonntag, den 8. September nach **Grünau, Zeuthener See,** mit Rundfahrt auf demselben. **Frühstück im Walde.**

Abfahrt: **Stralauer- u. Waisenbrücken-Ecke** morgens 8 Uhr. Rückfahrt 7 Uhr abends.

Billets 60, Kinder 20 Pf. 2251b

Möbel-Gelegenheitskauf

Zum Umzug **Oranien-Straße 73, Hof 1.,** günstigste Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Wiederverkäufer. In meinem 6 Etagen großen Möbelspeicher, alles hell und übersichtlich, kein Laden, sollen sofort ca. 200 neue ganze Wohnungs-Einrichtungen von 100—1000 Mark und darüber verkauft werden. Speziell empfehle ich die großen Vorräthe verliehen gewesener zum Theil sehr wenig benutzter Möbel für jeden annehmbaren Preis. Theilzahlung gestattet. Kleiderspind, Sopha 18 Mark, Kommode, Küchenspind, Waschtoilette 12 Mark, Stühle 3 Mark, Bettstellen mit Federmatratze und Keilkissen 15 Mark, elegante Nußbaum-Kleiderspinde und Wäschespinde 30 Mark, Muschelspinde 40 Mark, Säulen-Kleiderspinde und Vertikows, hochelegant 46 Mark, Trumeaux mit Stufe 55 Mark, Plüschgarnituren 60 und 100 Mark, Paneelgarnituren, Paneelsopha 80 Mark, Muschelgarnituren, Chaiselongue, Schlafsophas, Schreibtische, Koulissentische, Buffets, Schreibsekretäre, Tische, Spiegel 2c., alles staunend billig, sowie fertig dekorirte Salons, Speise- und Schlafzimmer. Besichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Gekaufte Möbel können drei Monat kostenfrei lagern und werden durch eigene Gespanne transportirt und aufgestellt. 3109 L*

Bitte lesen Sie!

Jedem Genossen, der seinen Bedarf an **Sommer-Paletots, Anzügen,** einzelnen **Röcken, Jaquets, Hosen, Westen, Hüten, Stiefeln** 2c., ferner **Betten, Wäsche,** Waschkessel, Koffer, Schirme **billig** und **gut** kaufen will, empfehle mein reichhaltiges Lager in **alt u. neu.**

A. Wergien,

Schneidermeister und Parthiewaaren-Händler,

127 Skalitzerstraße 127.

Bestellungen nach Plaatz werden gut und billig ausgeführt.

Bitte sehr, **recht genau** auf Namen und Hausnummer zu achten.

Rohtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise! Lager in Formen, Bockfaçons.

Heinrich Franck,

Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Sophastoff-Reste

in Plüsch, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!

Proben franko!

Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Bruchbandagen

aller Art (eigenes Fabrikat), sowie **sämmtliche Artikel zur Krankenpflege** empfiehlt

J. Ch. Pollmann, Linienstraße 30.

Lieferant für Orts- u. Hilfs-Krankenk.

Arbeitsanzüge W. Pahr, Brunnenstr. 112.

Prachtvolle Sahnen-Margarine, im Geruch, Geschmack, Aussehen einer fein. Tafelbutter vollständ. gleich, vers. 10 Pfd. Poste franko Nachn. M. 7,50. **Otto Bauer, Cöthen i. A. 4.** *

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin Centrum.

Sonnabend, den 7. Septbr. 1895, abends 8½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei **Bergner, Annenstr. 16.**

Tages-Ordnung: 1. Vortrag von Fräulein **G. Baader** über: **Konsumvereine und Produktiv-Genossenschaften.** 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Gäste willkommen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

118/13 **Die Ortsverwaltung.**

Permanente Zeitungs-Ausstellung. Eintritt 10 Pf.

München: Neueste Nachrichten, Allgemeine Zeitung, Volkszeitung, Sigl's Vaterland 2c. Leipzig: Tageblatt, Neueste Nachrichten, Schoenlank's Volkszeitung und Königliche Leipziger Zeitung 2c. Wien: Neue Freie Presse, Tageblatt 2c. Prag: Bohemia. Riga'er Tageblatt. London'er Herrmann und „tausend" andere Zeitungen in den

Spittelmarkt **Berliner Lesehallen** **Alexanderplatz.**

Achtung! „Froh-Hoffnung." Achtung!

Mitgl. d. Arb.-S. V. Dirigent: **P. Dillenberger.**

Sonnabend, den 7. Septbr., bei Gossmann, Kreuzbergstr. 48.

IV. Stiftungsfest.

Großer Ball, komische Vorträge, Deklamation.

Anfang 8 Uhr. Kaffeepause 12 Uhr.

Karten sind zu haben: J. Raumann, Blücherstr. 45; Paulisch, Kulmstr. 36; Faller, Pallasstr. 16, sowie im Vereinslokal E. Obst, Grunewaldstr. 110. 65/11

Freunde und Gönner des Vereins sind hiermit freundlichst eingeladen.

Charlottenburg.

Im neurenovirten Saale von Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39,

Sonnabend, den 7. September 1895:

II. Stiftungs-Fest

des Verbandes der Zimmerleute Deutschlands

Zahlstelle Charlottenburg. 254/7

Unter Mitwirkung des **Gesangvereins „Vorwärts"** (M. d. Arb.-S.-V.).

Hierzu ladet freundlich ein **Das Komitee.**

Am **Sonntag, den 8. September,** findet die letzte diesjährige

Dampfer-Extrafahrt

über **Friedrichshagen, Hessenwinkel** nach **Woltersdorfer Schleuse** statt. Fahrpreis ganze Tour hin und zurück 1 M. 2260b

Abfahrt von der Waisenbrücke 10½ Uhr vormittags. Ankunft Berlin 9 Uhr abends.

H. Hertzer, Schlesischestr. 6.

Seifen-, Licht- und Soda-Fabrik M. Reich & Co.,

Fabrik Gr. Frankfurterstr. 43.

18 Detail-Geschäfte, fast in allen Passagen der Berliner Markthallen, sowie Alte Jacobstrasse 45, Krautstrasse 48, Badstrasse 12.

Spezialität:

1. **extra prima Terpentin-Salmiak-Seife, giebt blendend weisse Wäsche, 1 Pfund 18 Pf., 2 Pfund 35 Pf.**
2. **Familienseifen,** extra prima, in vorzüglicher Reinheit und Fettgehalt, **3 Stück 40 Pf.**
3. **Glycerinseifen ff.,** wohlriechend (in Riegel 18 Pfennig) [3211L*] **4 Stück 50 Pf.**

Echt Stonsdorfer Likör,

à Liter 1,20 M., 5 Liter 5,50 M., 10 Liter 10 M.

Echten alten Nordhäuser, à Liter 1,— M., 5 Liter 4,50 M.

Ingber, Getreidekümmel, Wachholder, à L. 1 M., 5 L. 4,50 M.

Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich, Liter 1,20 M.

Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M. 3104L*

empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

Eugen Neumann & Co.,

6a Bellealliance-Platz 6a. 81 Neue Friedrichstrasse 81.

8 Oranienstr. 8. 29 Gentzinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.